



DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Einflussfaktoren auf das Verhalten gegenüber AsylwerberInnen – eine Untersuchung in vier kleineren Gemeinden

Verfasserin

Sabrina Fichtinger

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, November 2010

Studienkennzahl laut Studienblatt: A 300

Studienrichtung laut Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuerin: Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Sieglinde Rosenberger

Danksagung

Das Entstehen der hier vorliegenden Arbeit wurde durch die tatkräftige Unterstützung einiger Personen ermöglicht, denen ich nun an dieser Stelle meinen Dank aussprechen möchte.

Meiner Schwester Cornelia Fichtinger möchte ich besonders dafür danken, dass sie sich die Mühe gemacht hat, die Arbeit zwei Mal zu lesen. Auch bei meinem Lebenspartner DI Florian Xaver möchte ich mich für seine Hilfe, besonders beim Erstellen der Arbeit in \LaTeX und bei sonstigen (technischen) Fragen, bedanken. Meinen beiden Kolleginnen Theresia Zweibrod und Sigrid Pferschinger danke ich für die vielen anregenden Gespräche, die sie trotz ihrer eigenen universitären Verpflichtungen mit mir führten. Auch meinen beiden besten Freundinnen Jenny Kuhn und Susanne Böhm möchte ich an dieser Stelle danken; vor allem Susi, die einige freie Stunden geopfert hat, um mich im Forschungsprozess zu unterstützen. Natürlich möchte ich auch meinen Eltern Gabriele und Gerhard Fichtinger danken, denn sie haben es mir erst ermöglicht, ohne großen Druck durch mein Studium zu gelangen.

Großer Dank gilt Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Sieglinde Rosenberger für ihre Bemühungen und die kritische Auseinandersetzung mit meiner Arbeit.

Da diese Arbeit auf Informationen aus ExpertInnengesprächen aufbaut, danke ich meinen InterviewpartnerInnen für ihre Spontaneität bei der Terminfindung sowie für die offenen Gespräche.

Ein ganz besonderer Dank gebührt Dr. Gerhard Xaver für das äußerst professionelle Lektorat.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	9
2	Theoretischer Rahmen	13
2.1	Stand der Forschung	13
2.2	Begriffliche Eingrenzung von Verhalten	16
2.3	Ausdifferenzierung zu untersuchender Einflussfaktoren	20
2.3.1	Strukturelle Rahmenbedingungen der Unterbringung	20
2.3.2	Bildungsgrad der Mehrheitsgesellschaft	25
2.3.3	Charakteristika der AsylwerberInnen-Gruppe	26
3	Methodische Vorgehensweise	29
3.1	Vergleichende empirische Analyse	29
3.2	Fallauswahl	30
3.2.1	Gemeinden mit aufnehmendem Verhalten	34
3.2.2	Gemeinden mit ablehnendem Verhalten	36
3.3	Datenerhebung	38
4	Einflussfaktoren in den Gemeinden	41
4.1	Gemeinden mit aufnehmendem Verhalten	41
4.1.1	Puch bei Hallein	41
4.1.2	Puchenstuben	45
4.2	Gemeinden mit ablehnendem Verhalten	48
4.2.1	St. Michael im Lungau	48
4.2.2	Ramingstein	51
5	Vergleichende Analyse und Ergebnisse	57
5.1	Strukturelle Rahmenbedingungen der Unterbringung	58
5.1.1	Status der QuartierbetreiberInnen	58
5.1.2	Nutzen für die Gemeinde	60

Inhaltsverzeichnis

5.1.3	Informationsmaßnahmen und Begegnungsmöglichkeiten	62
5.1.4	Anteil an der Mehrheitsbevölkerung	69
5.2	Bildungsgrad der Mehrheitsgesellschaft	71
5.3	Charakteristika der AsylwerberInnen-Gruppe	72
5.3.1	Familienstand	73
5.3.2	Heterogene oder homogene Gruppe	74
5.4	Weitere Einflussfaktoren aus ExpertInnengesprächen	77
5.4.1	Vorbildwirkung	77
5.4.2	Schulung der QuartiergeberInnen	77
5.4.3	MeinungsmacherInnen	78
6	Schlussfolgerungen	81

Tabellenverzeichnis

4.1	Einflussfaktoren in der Gemeinde Puch/Hallein im Jahr 2006 .	42
4.2	Einflussfaktoren in der Gemeinde Puchenstuben im Jahr 2004	45
4.3	Einflussfaktoren in der Gemeinde St. Michael/Lungau im Jahr 2004	48
4.4	Einflussfaktoren in der Gemeinde Ramingstein im Jahr 2006 .	52
4.5	Gegenüberstellung der Gemeinden	56

1 Einleitung

Seit Inkrafttreten der österreichischen Grundversorgungsvereinbarung am 1. Mai 2004 wurden die Kompetenzen bei der Unterbringung von AsylwerberInnen zwischen Bund und Ländern neu verteilt (vgl. Grundversorgungsvereinbarung - Art. 15a B-VG): „Ziel der Vereinbarung ist die bundesweite Vereinheitlichung der Gewährleistung der vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde, die im Bundesgebiet sind [...]“ (Art. 1/1 Grundversorgungsvereinbarung - Art. 15a B-VG) Am 30.12.2008 befanden sich in Österreich 17.414 (Fekter, 2010, 1) AsylwerberInnen in Grundversorgung. Da sich Österreich „durch eine ausgeprägte kleinräumige, ländliche Siedlungsstruktur auszeichnet“ (Güngör/Riepl, 2008, 18), ist eine Unterbringung in kleineren Gemeinden nicht selten. Diese hat ein enges Zusammenleben von AsylwerberInnen mit der Mehrheitsbevölkerung einer Gemeinde zur Folge. Die Auswirkungen dieses Zusammenlebens sind für alle Beteiligten unmittelbar spürbar.

Zahlreiche AutorInnen, die sich mit der Unterbringung von AsylwerberInnen im ländlichen Raum beschäftigen, berichten von unterschiedlichen Reaktionen der Mehrheitsbevölkerung: „Die Ansiedlung eines Quartiers für eine größere Anzahl von AsylwerberInnen wird in ländlichen Gemeinden erfahrungsgemäß eher mit gemischten Gefühlen aufgenommen.“ (Liebing/Reichl, 2007b, 53) Aus flüchtlingsfreundlichen bzw. flüchtlingskritischen Einstellungen (vgl. Brunner et al., o.J, 4) können sowohl „gelebte Integration“ (Stockner, 2007, 16) als auch „Konfrontationen und Konflikte“ (Westman, 2006, 3) entstehen. Dieses Verhalten wird von bestimmten Faktoren beeinflusst (vgl. Brunner et al., o.J; vgl. Crawley, 2005; vgl. Liebing/Reichl, 2007b; vgl. Westman, 2006; vgl. Finney, 2005). Die Untersuchung dieser Einflussfaktoren steht im Mittelpunkt dieser Arbeit.

Im Zuge eines Forschungspraktikums, das sich mit der Unterbringung, Versorgung und Betreuung von AsylwerberInnen in Österreich beschäftigte, führ-

1 Einleitung

te ich mit Kolleginnen Interviews mit Leiterinnen von organisierten Unterbringungseinrichtungen für AsylwerberInnen. Im Verlauf der Gespräche berichteten einige Heimleiterinnen von einer guten Aufnahme der AsylwerberInnen in der Bevölkerung, andere hatten die Wahrnehmung und das daraus resultierende Verhalten der Bevölkerung als flüchtlingskritisch erlebt.

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Frage, weshalb es zu unterschiedlichen Verhaltensweisen der Mehrheitsbevölkerung gegenüber AsylwerberInnen in organisierten Unterkünften kommt bzw. welche Faktoren zu diesen unterschiedlichen Verhaltensweisen führen.

Darüber hinaus will diese Arbeit neben ihrem wissenschaftlichen auch einem gesellschaftlichen Anspruch gerecht werden. Wenn es also im Rahmen der organisierten Unterbringung von AsylwerberInnen zu aufnehmendem bzw. ablehnendem Verhalten seitens der Mehrheitsbevölkerung kommen kann, kann eine Untersuchung beeinflussender Faktoren dazu beitragen, ein gelungenes Miteinander zu fördern beziehungsweise Konflikte zu verhindern und damit in weiterer Folge auch zu einer besseren Integration von Flüchtlingen beitragen.

Aufgrund der soeben dargestellten Problematik der unterschiedlichen Verhaltensweisen der Mehrheitsbevölkerung gegenüber AsylwerberInnen in kleineren österreichischen Gemeinden lautet die zentrale Fragestellung: *Welche Faktoren beeinflussen aufnehmendes bzw. ablehnendes Verhalten seitens der Mehrheitsbevölkerung gegenüber AsylwerberInnen in vier kleineren österreichischen Gemeinden?*

Ziel ist es nicht, danach zu fragen, *wie* das Verhalten in den untersuchten Gemeinden aussieht. Vielmehr liegt die Aufgabe dieser Arbeit darin, festzustellen, *welche Faktoren* dieses aufnehmende bzw. ablehnende Verhalten seitens der Gemeindebevölkerung gegenüber AsylwerberInnen beeinflussen. Die forschungsleitende Hypothese lautete daher, dass strukturelle Rahmenbedingungen der Unterbringung, der Bildungsgrad der Mehrheitsgesellschaft und Charakteristika der Gruppe der AsylwerberInnen einen Einfluss auf aufnehmende bzw. ablehnende Verhaltensweisen der Bevölkerung haben. Hier dürften, so die Annahme, sieben Einflussfaktoren eine zentrale Rolle spielen¹:

¹Die folgenden Feststellungen stammen aus Forschungsarbeiten einiger AutorInnen und werden in Kapitel 2.3 ab Seite 20 näher beschrieben.

1. Strukturelle Rahmenbedingungen der Unterbringung:

- *Status der QuartierbetreiberInnen* Während karitative QuartierbetreiberInnen in Gemeinden eher zu aufnehmendem Verhalten verhelfen, trägt einE gewerblicheR WirtIn eher zu ablehnendem Verhalten bei.
- *Nutzen für die Gemeinde* Kann eine Gemeinde von der Unterbringung der AsylwerberInnen profitieren, fördert dies aufnehmendes Verhalten. Im Gegenzug resultiert ablehnendes Verhalten aus Nachteilen aus der Unterbringung für eine Gemeinde.
- *Informationsmaßnahmen und Begegnungsmöglichkeiten* Sowohl Informationsmaßnahmen als auch Begegnungsmöglichkeiten für beide Gruppen tragen zu aufnehmendem Verhalten bei.
- *Anteil der AsylwerberInnen an der Mehrheitsbevölkerung* Ein großer Anteil an untergebrachten AsylwerberInnen in einer Gemeinde fördert ablehnendes Verhalten, ein geringer Anteil kann dem entgegenwirken.

2. Bildungsgrad der Mehrheitsgesellschaft: Ein geringer Bildungsgrad unter der Gemeindebevölkerung führt zu ablehnenden Verhaltensweisen.

3. Charakteristika der AsylwerberInnen-Gruppe:

- *Familienstand* Die Unterbringung von Familien hat aufnehmendes Verhalten eher zur Folge als die Beherbergung von alleinstehenden Personen. Vorrangig männliche, alleinstehende Asylwerber begegnen häufig ablehnenden Verhaltensweisen.
- *Heterogene oder homogene Gruppe* Während eine heterogene AsylwerberInnen-Gruppe in Hinblick auf deren Herkunft und Religionszugehörigkeit aufnehmende Verhaltensweisen begünstigt, erschwert diese eine homogene Gruppe.

Um die Hypothesen für vier kleinere österreichische Gemeinden überprüfen zu können, kommt in dieser Arbeit die vergleichende empirische Analyse als Methode zur Anwendung. Es wird zunächst festgestellt, welche Einflussfaktoren bei der Unterbringung von AsylwerberInnen in den jeweiligen Gemeinden

1 Einleitung

relevant waren. Anschließend wird anhand einer Gegenüberstellung der Faktoren die vergleichende Analyse angewendet. Die Ergebnisse werden schließlich durch ExpertInnenaussagen kritisch betrachtet und ergänzt.

Die Gliederung dieser Arbeit sieht folgendermaßen aus: Zunächst wird der theoretische Rahmen abgesteckt. An dieser Stelle wird der zentrale Begriff des (aufnehmenden und ablehnenden) Verhaltens definiert und abgegrenzt. Darüber hinaus widmet sich dieses Kapitel mit Hilfe von Literatur der theoretischen Ausdifferenzierung jener Faktoren, deren Einfluss auf aufnehmendes bzw. ablehnendes Verhalten in vier kleineren österreichischen Gemeinden untersucht wird. Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit der methodischen Herangehensweise an den Forschungsprozess. Hier werden unter anderem die Fallauswahl und die Datenerhebung näher beschrieben und begründet. Anschließend folgt eine Beschreibung der Einflussfaktoren in jenen Gemeinden, in welchen Untersuchungen stattfanden. Die Daten der betreffenden Gemeinden entstammen statistischen Materialien sowie ExpertInneninterviews. In einem nächsten Schritt werden anhand der Gegenüberstellung der vier Gemeinden die Ergebnisse der vergleichenden Analyse präsentiert. Zusätzlich finden sich an dieser Stelle auch weitere Einflussfaktoren, die im Zuge von ExpertInnengesprächen generiert wurden. In einer Conclusio beantworte ich schließlich die eingangs gestellte Frage aufgrund meiner gewonnenen Erkenntnisse.

2 Theoretischer Rahmen

Da sich diese Arbeit zentral mit Verhalten und dessen Einflussfaktoren beschäftigt, widmet sich der folgende Abschnitt dem theoretischen Rahmen rund um diese Begrifflichkeiten. Zu Beginn erfolgt eine Besprechung des wissenschaftlichen Forschungsstandes zur vorliegenden Thematik. Anschließend werden der Begriff des Verhaltens sowie die dieser Arbeit zu Grunde liegenden Definitionen von aufnehmendem und ablehnendem Verhalten präsentiert. Darüber hinaus werden jene theoretischen Einflussfaktoren, welche die Grundannahmen für diese Arbeit bilden, mit Hilfe von Literatur genauer ausformuliert.

2.1 Stand der Forschung

Im Rahmen der Literaturrecherche musste ich feststellen, dass es nur wenige Arbeiten gibt, die sich mit Verhalten gegenüber AsylwerberInnen beschäftigen. Zwar beschäftigen sich zahlreiche Beiträge mit der Frage nach Einflussfaktoren auf Verhalten, selten stehen jedoch AsylwerberInnen im Zentrum der Untersuchungen. Auch der Fokus auf kleinere Gemeinden in Österreich ist oft nicht gegeben. Aus diesem Grund kann die vorliegende Arbeit trotz ihres explorativen Untersuchungscharakters dazu beitragen, bestehende Forschungsergebnisse zu erweitern und Lücken zu schließen.

In der Folge werden nun Forschungsarbeiten präsentiert, die eine zentrale Grundlage für diese Arbeit bilden. Einige Einflussfaktoren der AutorInnen finden sich in den Annahmen dieser Arbeit wieder.

Michael Brunner beschäftigt sich mit der Flüchtlingsaufnahme in Kleingemeinden. Die zentrale Frage seiner Forschungsarbeit ist, welche Faktoren auf den Umgang der Mehrheitsbevölkerung mit den Flüchtlingen wirken und diesen bedingen (vgl. Brunner et al., o.J, 1). „Die vorliegenden Ergebnisse bestätigen die Annahme, daß der Zuweisungs- und Aufnahmeprozess von Flücht-

lingen in die Gemeinden nur als komplexes Zusammenspiel zwischen gemeindestrukturellen Rahmenbedingungen und divergierenden Interessen gesehen werden kann.“ (Brunner et al., o.J, 1) Brunners Forschung ist dieser Arbeit im Ansatz ähnlich, unterscheidet sich jedoch in der methodischen Vorgangsweise: Trotz der Tatsache, dass in beiden Arbeiten die vergleichende Analyse zur Anwendung kommt, bediente sich Brunner anderer Erhebungsverfahren. Diese sind narrative Interviews und teilnehmende Beobachtungen in den Gemeinden, während die vorliegende Arbeit mit Hilfe von ExpertInneninterviews und statistischen Materialien zu ihren Ergebnissen gelangt. Darüber hinaus verwendet Brunner in seinen Aufsätzen stets den Begriff „Flüchtlinge“, während sich diese Forschungsarbeit explizit mit der Gruppe der AsylwerberInnen – in Abgrenzung zu anerkannten Flüchtlingen – beschäftigt.

Nissa Finney (vgl. Finney, 2005) betrachtet in ihrem Forschungsbeitrag Schlüsselfaktoren – so genannte *key issues* –, welche die öffentliche Meinung über Asyl- und Fluchtthemen beeinflussen. Neben einigen Schlüsselfaktoren, wie etwa Informationsmaßnahmen und Kontaktmöglichkeiten, legt Finney einen Fokus auf die Frage nach der Rolle der Medien. Die Autorin kommt in ihrem Beitrag zu folgendem Schluss: Die Beziehungen und der Austausch zwischen Medien und EmpfängerInnen seien komplex und multidirektional und mehr Forschung sei notwendig, um genau zu verstehen, inwieweit sich die mediale Berichterstattung auf Einstellungen auswirke: „The relationships and exchanges between media messages and their audiences are complex and multidirectional and more research is needed to understand exactly how far and in what ways reporting affects attitudes.“ (Finney, 2005, 4)

Ursula Liebing und Angelika Reichl (2007b) beschäftigen sich intensiv mit „Einflüssen und Einflussmöglichkeiten [...], die Integrationsprozesse behindern oder fördern können.“ (Liebing/Reichl, 2007b, 53) Beschäftigt man sich – wie die vorliegende Arbeit – mit der Personengruppe AsylwerberInnen, so ist der Begriff der Integration verfehlt. Die Forschung der Autorinnen wurde jedoch im Rahmen des Projektes „FluEqual – Salzburg integriert Flüchtlinge“ in Salzburger Gemeinden in den Jahren 2005-2007 durchgeführt. Bei der Gruppe der Flüchtlinge kommt der Integrationsbegriff von staatlicher Seite zur Anwendung¹. Die Autorinnen fassen in ihrem Bericht folgende Erkenntnisse

¹„Im Asylbereich kommt nationale Integrationshilfe gemäß § 68 AsylG 2005 ausschließlich für Fremde, denen der Status des Asylberechtigten zuerkannt wurde, in Betracht.“ (Bundesministerium für Inneres, o.J.a) Auch Langthaler und Trauner greifen dieses Fak-

zusammen: „Bei weitem nicht alles, was das Zusammenleben in Gemeinden mit Flüchtlingsquartieren beeinflusst, hat mit der kulturellen Verschiedenheit der beteiligten Personen zu tun, oder damit, dass es sich bei den Zugezogenen um Asylsuchende handelt. Vergleicht man die unterschiedlichen Standorte und die Quartiere in der Projektregion, so wird ein komplexes Bündel von Einflüssen und Einflussmöglichkeiten deutlich [...].“ (Liebing/Reichl, 2007b, 53) Diese zahlreichen Einflussfaktoren beinhalten beispielsweise wirtschaftliche Rahmenbedingungen der Gemeinde, Informationspolitiken, den Status der QuartierbetreiberInnen, Angebote zur Tagesstrukturierung, Kommunikation unter den Beteiligten oder professionelle Betreuung in der Unterkunft (vgl. Liebing/Reichl, 2007b).

Hanna Westmans Studie beschäftigt sich mit „Konfliktdynamiken im Zuge der Unterbringung von AsylwerberInnen in Salzburger Gemeinden“ (vgl. Westman, 2006). Es wurde in zwei Gemeinden untersucht, welche Faktoren Konflikte begünstigen oder diesen entgegenwirken. Die Faktoren wurden im Zuge von Westmans Forschungsarbeit durch Interviews mit der Mehrheitsbevölkerung identifiziert. In ihren Schlussfolgerungen nennt Westman Problemfelder und Möglichkeiten für die Politik, diesen entgegenzuwirken. Dazu gehören rechtzeitige Informationsmaßnahmen für die Beteiligten, eine klare Kompetenzverteilung unter den beteiligten AkteurInnen, das Coaching von Schlüsselpersonen wie etwa BürgermeisterInnen und privaten WirtInnen sowie die Beachtung von „strukturellen, sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen und Besonderheiten vor Ort“ (vgl. Westman, 2006, 27).

Miles Hewstone befasst sich in seinem Aufsatz mit „Neuere[n] Forschungen über Intergruppenkonflikte: Konsequenzen für den Umgang mit Migration und Integration“ (vgl. Hewstone, 2004). Seine Betrachtungen stammen aus der sozialpsychologischen Perspektive. Hewstone geht in seinem Beitrag dem Phänomen der Interkulturellen Konflikte – einer Unterkategorie der Intergruppenkonflikte – nach. Hier konzentriert er sich besonders auf Vorurteile und Diskriminierung, wobei er ersteres als negative Einstellung und zweiteres als negatives Verhalten gegenüber einer Fremdgruppe definiert (vgl. Hewstone, 2004, 3). Im ersten Teil seines Beitrags geht es um Reaktionen auf MigrantenInnen in Westeuropa und um Ursachen für diese Reaktionen. Hierbei stellt

tum in einem Beitrag auf: „Staatliche Integrationsprogramme stehen nur anerkannten Flüchtlingen zur Verfügung; während des Asylverfahrens gibt es keinerlei Maßnahmen zum Spracherwerb oder zur beruflichen Qualifikation.“ (Langthaler/Trauner, 2009, 463)

Hewstone fest, dass die Existenz bzw. die Wahrnehmung einer Bedrohung die wichtigste Ursache für die „Verschlechterung von Intergruppenbeziehungen“ sei (Hewstone, 2004, 7). Seine Erkenntnis aus der Beschäftigung mit wissenschaftlichen Forschungsbeiträgen zu diesem Thema lautet: „Die Hauptursachen von Vorurteilen und Diskriminierung gegenüber Zuwanderern scheinen wirtschaftliche Probleme bei einem gleichzeitigen Anstieg der Zuwandererzahlen sowie Verhaltensweisen von Angehörigen politischer Eliten, die Minderheiten zu Sündenböcken machen, zu sein.“ (Hewstone, 2004, 8) Im zweiten Teil seines Aufsatzes schlägt der Autor soziale Interventionsmöglichkeiten zur Vermeidung von Intergruppenkonflikten vor. Der wichtigste Schritt sei die qualitative und quantitative Verbesserung von Intergruppenkontakten (vgl. Hewstone, 2004, 9).

Die Erkenntnisse der soeben vorgestellten Forschungsarbeiten sowie weitere Beiträge dienen in Kapitel 2.3 ab Seite 20 als theoretische Grundlage für die Identifizierung und Ausformulierung von möglichen Einflussfaktoren, deren Relevanz schließlich für vier kleinere österreichische Gemeinden aufgezeigt werden soll.

2.2 Begriffliche Eingrenzung von Verhalten

Um Einflussfaktoren auf das Verhalten einer Mehrheitsbevölkerung gegenüber AsylwerberInnen zu untersuchen, muss zuerst definiert werden, was (aufnehmendes bzw. ablehnendes) Verhalten meint.

Der Begriff Verhalten dient als „[a]llgemeine und umfassende Bezeichnung für alle Aktivitäten, Vorgänge und körperlichen Reaktionen, die sich beobachten [...] und messen lassen“. (Institut für Deutsche Gebärdensprache und Kommunikation Gehörloser, o.J.) Diese Definition stammt zwar aus der Psychologie, lässt sich jedoch sehr gut für die vorliegende Arbeit anwenden.

Verhalten gegenüber MigrantInnen findet in der Literatur oftmals Erwähnung. Mit welchem Verständnis und mit welchen begrifflichen Eingrenzungen sich die AutorInnen diesem Phänomen annähern, soll im Folgenden kurz vorgestellt werden.

Michael Brunner (Brunner et al., o.J, 1) verwendet in seinen Untersuchungen den Begriff der „Aufnahme“. Hiermit meint er die „Akzeptanz der Flücht-

lingsaufnahme durch die einheimische Bevölkerung“ (Brunner et al., o.J, 1). Brunner gliedert die Ausformung dieser Aufnahme in mehrere Bereiche. Integration² sei etwa der „[Aufbau] sozialer Beziehungen sowie [die] Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben der Gemeinden“ (Brunner et al., o.J, 4). In etwas abgeschwächter Form kann die „flüchtlingsfreundliche“ Aufnahme auch als Tolerieren von Seiten der Gemeinde bezeichnet werden. Hier gelten die MigrantInnen als integriert, „wenn sie nicht zur Last fallen und unauffällig sind“ (Brunner et al., o.J, 2). Als weiteren Bereich der Flüchtlingsaufnahme beschreibt der Autor den „Balanceakt zwischen distanzierender Integration [...] und sozialem Ausschluss“ (Brunner et al., o.J, 3). Unter distanzierender Integration wird hier verstanden, dass „Trennungsententionen durchaus mit selektiven Integrationsbemühungen z.B. im schulischen Bereich einhergehen“ können (Brunner et al., o.J, 3). Demgegenüber kann es jedoch auch zu einem sozialen Ausschluss der MigrantInnen kommen. Im Bereich der flüchtlingskritischen Aufnahme nennt Brunner latentes Konfliktpotential, Proteste sowie Kontrollprobleme (vgl. Brunner et al., o.J, 3).

Güngör und Riepl (2008, 18) sprechen in ihrem Beitrag von Akzeptanz und Einbeziehung im aufnehmenden und von Irritation und Ängsten im ablehnenden Verhaltensbereich.

Nissa Finney setzte sich im Rahmen von ICAR – dem Information Centre about Asylum and Refugees – mit dem Thema „Key issues: Public opinion on asylum and refugee issues“ (vgl. Finney, 2005) auseinander. Auch sie spricht – ähnlich wie Güngör und Riepl – von Ängsten und Sorgen („fears and anxieties“) sowie von Verständnis und Toleranz („understanding and tolerance“) (Finney, 2005, 3). Darüber hinaus verwendet sie die Begrifflichkeiten „tolerant attitudes“ – tolerante Einstellungen – und „generalized hostility towards asylum seekers“, also allgemeine Feindseligkeit gegenüber AsylwerberInnen (Finney, 2005, 2).

Gerhard Eggerth verwendet im Projekthandbuch von „FluEqual - Salzburg integriert Flüchtlinge“ die Begriffe „positive Wahrnehmung“ sowie „öffentliche Akzeptanz der AsylwerberInnen in den Gemeinden“ (Eggerth, 2007, 44).

Das Netzwerk Migration in Europa e.V. beschäftigt sich in einem Artikel mit der „Einstellung gegenüber Minderheiten und Zuwanderern“ (Netzwerk

²Der Integrationsbegriff findet bei Brunner Verwendung, da es sich in seiner Forschungsarbeit um den Umgang mit Flüchtlingen handelt und bei dieser Personengruppe der Begriff angewendet werden kann.

Migration in Europa e.V., 2001). In einer Aufschlüsselung gelangte das damalige EUMC³ zu einer vierteiligen Gliederung dieser Einstellungen: Intoleranz, Ambivalenz, passive Toleranz und aktive Toleranz (vgl. Netzwerk Migration in Europa e.V., 2001).

Nach dieser anfänglichen Eingrenzung des Begriffs Verhalten stellt sich nun die Frage, wie dieses Phänomen in der Realität erfasst werden kann. Um aufnehmendes bzw. ablehnendes Verhalten in kleineren österreichischen Gemeinden nachweisen zu können, bietet es sich an, die Existenz von Konflikten zum Untersuchungszeitpunkt zu betrachten.

Lutz Schrader (2007) beschreibt Johan Galtungs Konfliktdreieck, welches zwar der Friedens- und Konfliktforschung entstammt, für eine allgemeine Definition von Konflikten jedoch auch für den Zweck dieser Arbeit passend erscheint:

„In jedem Konflikt lassen sich idealtypisch drei Komponenten ausmachen:

- ein Widerspruch, d.h. eine Unvereinbarkeit von Zielen, Interessen bzw. Bedürfnissen,
- ein den Konflikt anzeigendes und allzu oft verschärfendes Verhalten (z.B. Konkurrenz, Aggressivität, Hass, Gewalt) der Konfliktparteien sowie
- eine auf den Konflikt bezogene und diesen – bewusst oder unbewusst – rechtfertigende Einstellung/Haltung. Diese ist eng verbunden mit den Wahrnehmungen und Annahmen der Konfliktparteien in Bezug auf ihre eigene Stellung im Konflikt, die Bewertung der anderen Parteien (z.B. Feindbilder) und ihre Vermutung zu den Konfliktursachen.“

Verhalten komme in dieser Konstellation laut Schrader auf der manifesten Ebene zum Einsatz. Ein objektiver Widerspruch alleine reiche nicht aus, um einen Konflikt zu begründen. „Mindestens eine Partei muss sich auch dieses

³Das EUMC (European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia) existierte von 1997 bis 2007. Die Nachfolgerin des in Wien angesiedelten EUMC ist die FRA (European Union Agency for Fundamental Rights). (http://www.fra.europa.eu/fraWebsite/faq/faq_en.htm)

Widerspruchs, konkret der Unvereinbarkeit ihrer Bedürfnisse, subjektiv bewusst sein und in ihrem Verhalten und ihrer Haltung auf eine Veränderung der für sie unbefriedigenden Situation dringen.“ (vgl. Schrader, 2007)

Eine für die vorliegende Untersuchung präzisere Definition bietet Miles Hewstone (2004) in seinem Aufsatz zum Thema „Neuere Forschungen über Intergruppenkonflikte“. Er widmet sich im Rahmen dieser Arbeit dem Phänomen der „Interkulturellen Konflikte“, welche „ein besonderer Fall so genannter Intergruppenkonflikte“ sind (Hewstone, 2004, 3). „Unter diesem Begriff werden viele unterschiedliche Phänomene subsumiert: Vorurteile, Diskriminierung, Ungerechtigkeit, fortwährende Ungleichheit, Unterdrückung, 'ethnische Säuberung' bis hin zum Völkermord.“ (Hewstone, 2004, 3) Hewstone meint zu dieser Ausprägung von Intergruppenkonflikten, lediglich Vorurteile und Diskriminierung seien relevante Aspekte für die Themen Migration und Integration (vgl. Hewstone, 2004, 3).

Um eine Nachweisbarkeit von aufnehmendem bzw. ablehnendem Verhalten in Gemeinden – und damit eine adäquate Fallauswahl (siehe hierfür Kapitel 3.2 ab Seite 30) – garantieren zu können, bedarf es der Findung von geeigneten Indikatoren für aufnehmendes und ablehnendes Verhalten. Wie sich bereits im vorigen Arbeitsschritt gezeigt hat, ist die Existenz von (interkulturellen) Konflikten ein hilfreicher Indikator. Darüber hinaus sollen auch noch einmal die Dimensionen von Verhalten aus der Literatur aufgegriffen werden und Verwendung finden.

Die Begriffe aufnehmendes bzw. ablehnendes Verhalten lassen sich demnach durch folgende Merkmale charakterisieren und abgrenzen:

Aufnehmendes Verhalten

Der Begriff „aufnehmendes Verhalten“ beinhaltet ein Akzeptieren der AsylwerberInnen durch die Mehrheitsgesellschaft, soziale Beziehungen der beiden Gruppen, die Teilnahme von AsylwerberInnen am sozialen und kulturellen Gemeindeleben sowie die allgemeine Toleranz ihrer Anwesenheit, wenn auch manchmal nur eine selektive Einbindung der AsylwerberInnen möglich ist (vgl. Brunner et al., o.J). Weitere Charakterisierungen des Begriffs „aufnehmendes Verhalten“ in der Literatur nennen ebenfalls Akzeptanz, Einbeziehung, (aktive und passive) Toleranz und Verständnis (vgl. Güngör/Riepl, 2008; vgl. Finney, 2005; vgl. Eggerth, 2007; vgl. Netzwerk Migration in Europa e.V., 2001). Ein

weiteres Indiz für aufnehmendes Verhalten ist die Abwesenheit von manifesten Konflikten in einer Gemeinde.

Ablehnendes Verhalten

Unter dem Begriff „ablehnendes Verhalten“ können ein sozialer Ausschluss der AsylwerberInnen, Irritationen und Ängste, allgemeine Feindseligkeit und Proteste der Mehrheitsbevölkerung zusammengefasst werden (vgl. Brunner et al., o.J; vgl. Güngör/Riepl, 2008; vgl. Finney, 2005; vgl. Eggerth, 2007). Darüber hinaus stellt die Existenz von manifesten Konflikten in einer Gemeinde einen wichtigen Indikator dar.

Die hier erfolgten Definitionen finden Verwendung im methodischen Teil dieser Arbeit (siehe Kapitel 3 ab Seite 29).

2.3 Ausdifferenzierung zu untersuchender Einflussfaktoren

Ziel dieser Arbeit ist es, für vier Gemeinden festzustellen, welche Faktoren einen relevanten Einfluss auf das jeweilige – aufnehmende bzw. ablehnende – Verhalten in den Gemeinden haben. Bevor in einem nächsten Schritt näher auf die Fallauswahl und die Beschreibung der ausgewählten Gemeinden eingegangen wird, sollen zunächst die möglichen Einflussfaktoren präsentiert werden. Die theoretische Beschreibung der zu identifizierenden beeinflussenden Faktoren erfolgt unter Zuhilfenahme verschiedener Literaturbeiträge.

2.3.1 Strukturelle Rahmenbedingungen der Unterbringung

Die folgenden Einflussfaktoren beziehen sich auf den strukturellen Rahmen der Unterbringung, seien es der Status der QuartierbetreiberInnen, Fragen nach dem Nutzen für eine Gemeinde, Informationsmaßnahmen und Begegnungsmöglichkeiten für die beteiligten Personen sowie der Anteil der AsylwerberInnen an der Gemeindebevölkerung.

Status der QuartierbetreiberInnen

Der „Status der QuartierbetreiberInnen“ (Liebing/Reichl, 2007b, 54) spielt in der Literatur eine zentrale Rolle beim Einfluss auf Verhalten; es bestehe demnach ein Unterschied zwischen karitativen oder gewerblichen QuartierbetreiberInnen. „Werden [gewerbliche] Flüchtlingsquartiere von privaten Gewerbetreibenden betrieben, entsteht im Gemeindeumfeld leicht die Wahrnehmung, dass sich ein/e Einzelne/r 'auf Kosten' der anderen MitbürgerInnen wirtschaftlich besser stellt oder bereichert.“ (Liebing/Reichl, 2007b, 54) EinE WirtIn, welcheR AsylwerberInnen etwa aus finanziellen Gründen in seiner/ihrer stillgelegten Gastwirtschaft unterbringt, könne in der Bevölkerung ablehnendes Verhalten hervorrufen. Diese Feststellung machte auch Hanna Westman in ihrer Forschungsarbeit: „Ein Teil der Bevölkerung [...] hat die Vermutung, dass die Pension von der Quartierbetreiberin als Grundversorgungsquartier für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt wurde, um den Betrieb zu retten und daraus Profit zu schlagen.“ (Westman, 2006, 18)

„Karitativen Organisationen, die ein Flüchtlingsquartier betreiben, werden hingegen in der Regel keine eigennützigen Motive unterstellt, da sie eine 'institutionelle' Rechtfertigung, ja sogar eine Verpflichtung zur Unterstützung haben.“ (Liebing/Reichl, 2007b, 54) Michael Brunner meint hierzu, dass „im kirchlichen Kontext angesiedelte Gruppen und Vereine [...] eine betont flüchtlingsfreundliche Haltung“ vertreten (Brunner et al., 1998, 76).

Es lässt sich demnach die Feststellung aus der Literatur entnehmen, dass das Verhalten in Gemeinden mit karitativen QuartierbetreiberInnen positiver ausfallen kann als in Gemeinden, in welchen GastwirtInnen AsylwerberInnen aus wirtschaftlichen Gründen unterbringen.

Nutzen für die Gemeinde

Der Wunsch nach Strukturerehalt in Gemeinden kann einen wesentlichen Einfluss auf das Verhalten gegenüber AsylwerberInnen haben. Kann eine Gemeinde Vorteile aus der Unterbringung von AsylwerberInnen ziehen, so ist für jene AsylwerberInnen durch den Erhalt bzw. die Stärkung bestehender Gemeindestrukturen von Seiten der Mehrheitsbevölkerung auch ein aufnehmendendes Verhalten spürbar. Michael Brunner (o.J., 3) nennt einige Vorteile, von welchen eine Gemeinde mit untergebrachten AsylwerberInnen profitie-

ren könne. Zum einen sei das der Erhalt von Arbeitsplätzen, zum anderen könnten dies auch Ausgleichszahlungen sein (vgl. Brunner et al., o.J, 3). Das System der Ausgleichszahlungen führt Brunner an einer anderen Stelle genauer aus: Ein Vorteil ergebe sich etwa durch „eine höhere Einwohnerzahl bei Volkszählungen, was wiederum einen erhöhten Finanzausgleich zur Folge hat [...]“ (Brunner et al., 1998, 76).

Ein Faktor, welcher ebenfalls Vorteile für eine Gemeinde bieten kann, ist die Eingliederung von schulpflichtigen Kindern von AsylwerberInnen in die Schule einer Gemeinde. „In Gemeinden, in denen es zuwenig Schülerinnen und Schüler gibt, wird [...] der Schulstandort gestärkt.“ (Bundesministerium für Inneres, o.J.b, 14)

Dem gegenüber stehen jedoch auch die Gemeindestruktur schwächende Nachteile, welche ein ablehnendes Verhalten in der Mehrheitsbevölkerung hervorrufen können. Als Beispiele sind hier etwa überfüllte Kindergärten oder fehlende Arbeitsplätze anzuführen⁴.

Informationsmaßnahmen und Begegnungsmöglichkeiten

Informationsmaßnahmen, Kontakt- und Begegnungsmöglichkeiten, Kommunikation – dies sind die wesentlichen Punkte, die in Aufsätzen zum Thema „gelungenes Miteinander“ am häufigsten genannt werden. Es kommt demnach zu einem aufnehmenden Verhalten der Mehrheitsbevölkerung, wenn diese anfangs genannten Punkte zum Einsatz kommen. Janda (2007, 4) meint etwa, „für eine erfolgreiche Integration ist nicht nur die Betreuung der Asylberechtigten, sondern auch die ‚Betreuung‘ der Mehrheitsgesellschaft notwendig“.

Auch Marlies Stockner arbeitet in ihrem Bericht über eine Gemeinde, in welcher „gelebte Integration“ (Stockner, 2007, 16) stattfindet, heraus, weshalb das Zusammenleben hier so gut funktioniert: „Dass das Zusammenleben zwischen

⁴Da für AsylwerberInnen – wenn überhaupt – nur beschränkte Möglichkeiten zur Erwerbsarbeit bestehen, ist die Frage nach der „Bedrohung am Arbeitsmarkt“ eher hypothetisch. Es kann jedoch durchaus der Fall sein, dass durch mangelndes Wissen in der Mehrheitsbevölkerung die Annahme besteht, dass AsylwerberInnen uneingeschränkt Erwerbsarbeit nachgehen und daher eine „Bedrohung“ darstellen können. Aus einer Umfrage erhielten die AutorInnen Wang/Revelle (Wang/Revelle, o.J., 6) folgendes Ergebnis: „Only 19.82 percent of people answered correctly when asked about the difference between a refugee and an asylum seeker.“ Der Unterschied zwischen AsylwerberInnen und Flüchtlingen ist demnach oft nicht klar für Außenstehende – und somit kann es auch vorkommen, dass der Status der Erwerbssituation, oder die Möglichkeit dazu, unklar bleibt.

Flüchtlingen und Einwohnern gut klappt, ist keine Selbstverständlichkeit. [...] Problematisch sei gewesen, dass es für die neu ankommenden Flüchtlinge und die Bevölkerung kaum eine Beratung und Aufklärung durch die Behörden und andere Organisationen gegeben hätte.“ (Stockner, 2007, 16) Durch die Initiierung von gemeinsamen Festen und Veranstaltungen habe sich die Situation in der Gemeinde enorm verbessert – es finde „gelebte Integration“ (vgl. Stockner, 2007) statt.

Iris Gachowetz (2005, 141) hält in den Schlussfolgerungen ihrer Arbeit ebenfalls fest, „wie notwendig persönliche Beziehungen zwischen Flüchtlingen und der Aufnahmegesellschaft sind, um zu einem positiven Miteinander zu finden“.

Auch Birgit Haller konstatiert in ihrem Bericht zur Haltung der Exekutive 'Fremden' gegenüber, dass „fremdenfeindliche Einstellungen bei großen Teilen der Gesamtbevölkerung aufgrund der vielfach faktisch fehlenden Berührungen und Kontakte mit in Österreich lebenden Ausländern nur schwer revidierbar sind.“ (Haller/Feistritz, 2001, 38) Auch an einer anderen Stelle nimmt sie noch einmal darauf Bezug, dass „sich deutliche Einstellungsunterschiede hinsichtlich des Umstandes [...] [ergeben, je nachdem] ob man selbst private bzw. persönliche Kontakte zu Ausländern hat oder nicht“. (Haller/Feistritz, 2001, 46)

Brunner sieht die Begegnungsmöglichkeiten hingegen ambivalent. Zum einen könne laut Brunner bei einer „Überschneidung der Lebensräume von Flüchtlingen und Einheimischen der auf Seiten der einheimischen Bevölkerung subjektiv erlebte Kontrollverlust kompensiert [werden]“. (Brunner et al., o.J, 3) Zum anderen könne gerade diese Überschneidung der Lebensräume „zu latenten Konfliktpotentialen“ (Brunner et al., o.J, 3) führen. Da die Flüchtlingsunterbringung von außen bestimmt werde und die AsylwerberInnen von einer externen Stelle zugeteilt würden, könnte es hier zu einer „Veränderung der vertrauten sozialen Strukturen“ kommen, „die [schließlich] vorrangig als Störung erlebt [wird]“. (Brunner et al., o.J, 4) Brunner hält aber fest: „Dort, wo Überschneidungen der Lebensräume von Einheimischen und Flüchtlingen existieren, kann 'Integration' vorkommen [...]“. (Brunner et al., o.J, 6)

Auch Nissa Finney spricht die Problematik der Informationspolitik an: Die Menschen hätten im Allgemeinen schlechte Kenntnisse über Asyl- und Einwanderungsthemen und es bestehe ein Problem bei der Bereitstellung von Informationen („People in general have poor knowledge about asylum and

immigration issues and there is a problem of information provision.“ (Finney, 2005, 2)) Darüber hinaus nennt sie einige Informationsquellen, die einen Einfluss auf die Einstellung gegenüber Asylthemen haben können. Darunter fallen die Medien, PolitikerInnen, Regierungen und Flüchtlingsorganisationen, „but also more informal, everyday exchanges between people“. (Finney, 2005, 3) Finney schreibt den Alltagsbegegnungen zwischen Personen demnach große Bedeutung zu. Ihre Feststellung über Begegnungsmöglichkeiten stützt die vorigen Aussagen: „The contact hypothesis suggests that contact between members of different groups has the potential to break down fears and anxieties and leads to greater understanding and tolerance.“ (Finney, 2005, 3) Finney meint damit, dass der Kontakt zwischen Mitgliedern verschiedener Gruppen Ängste verringern und zu einem größeren Verständnis und Toleranz zwischen den Gruppen führen könne.

Informationsmaßnahmen in der Mehrheitsbevölkerung und bei den AsylwerberInnen könnten also dazu führen, dass ein soziales Beziehungsgeflecht der beiden Gruppen entsteht. Es sollte daher im Idealfall versucht werden, „[ablehnende] Haltungen aufzuweichen“, „mangelhafte und falsche Vorstellungen zu korrigieren“, „Hörensagen durch Fakten zu ersetzen“ und „Denkanstöße, die zu eigenem Weiterdenken und Weitersuchen führen können [zu geben]“ (Büttner/Meyer, 2001, 53). Büttner meint hierzu weiters, „[d]iffuse Ängste lassen sich über den Weg der Information gut bekämpfen. Dabei ist die mündliche Ansprache besser als die schriftliche (Broschüren) und die direkte Begegnung mit 'Fremden' noch besser als die mündliche Überzeugungsarbeit.“ (Büttner/Meyer, 2001, 53)

Anteil an der Mehrheitsbevölkerung

Als letzter struktureller Aspekt der Unterbringung kann auch der Anteil der AsylwerberInnen an der Mehrheitsbevölkerung ein beeinflussender Faktor für das Verhalten sein. Miles Hewstone etwa nennt als einen Hauptgrund für gewalttätige Reaktionen gegenüber MigrantInnen „[d]as zahlenmäßige Verhältnis von eigener und Fremdgruppe“. (Hewstone, 2004, 6) In Zusammenhang mit diesem Faktum stehen für Hewstone die Kategorien „Bedrohung und Konkurrenz“. (Hewstone, 2004, 6)

Auch Karin Bischof bekräftigt diese Feststellung: „Durchgängig wird das Zusammenleben zwischen 'Zugewanderten' und 'Einheimischen' umso schlechter

beurteilt, je höher der Anteil ausländischer Staatsangehöriger in der jeweiligen Gemeinde ist.“ (Bischof, 2007, 28)

Auch Hanna Westman machte diese Erfahrung im Rahmen ihrer Forschungsarbeit: Es gab „die Empfindung, dass die AsylbewerberInnen zu viele wären (für eine Gemeinde dieser Größe), dass die Gemeinde so viele Flüchtlinge nicht verkraftete [...]“. (Westman, 2006, 15)

Je mehr „fremde“ Personen die Mehrheitsbevölkerung also umgeben, desto ablehnender äußert sich deren Verhalten den AsylwerberInnen gegenüber.

2.3.2 Bildungsgrad der Mehrheitsgesellschaft

Ein Blick auf die Mehrheitsbevölkerung sollte in dieser Untersuchung nicht außer Acht gelassen werden. Hinweise auf die Wichtigkeit der Bevölkerungsstruktur und sozialer Variablen lassen sich in zahlreichen Literaturbeiträgen finden: Finney etwa meint, in der Forschung herrsche ein allgemeiner Konsens darüber, dass tolerante Einstellungen in Verbindung mit Jugend, einem hohen sozioökonomischen Status sowie mit einem hohen Bildungsgrad zu sehen seien. „There is general consensus in research that most tolerant attitudes towards asylum seekers are associated with youth, high socio-economic status, high educational attainment [...]“. (Finney, 2005, 2); Anne Pedersen untersuchte in ihrer Forschung über Einstellungen gegenüber AsylwerberInnen in Australien unter anderem die Faktoren Bildung, Geschlecht und Alter in Zusammenhang mit negativen Einstellungen. „We were interested in the relationship between negative attitudes and factors such as education, gender, age [...]“. (Pedersen/Attwell/Heveli, o.J., 4); auch Heaven Crawley bezieht sich auf diese Faktoren: „Factors influencing attitudes [...] are demographic (e.g. age, sex, race) [...]“. (Crawley, 2009, 3). Birgit Haller zog ebenfalls in ihrer Untersuchung der Haltung der Exekutive gegenüber „Fremden“ die Variablen „Bildungsstatus“, „Alter“ und „Geschlecht“ (Haller/Feistritzer, 2001, 105) als Einflussfaktoren in Betracht. Sowohl der Einfluss des Geschlechts als auch des Alters der Mehrheitsbevölkerung seien laut Crawley jedoch „contradictory“ (Crawley, 2005, 19), also widersprüchlich.

Im Gegensatz zu den Faktoren Alter und Geschlecht sei der Bildungsgrad der Mehrheitsbevölkerung von großer Bedeutung. „Education plays an important role in shaping attitudes towards immigrants.“ (Crawley, 2009, 3) Crawley spricht in Bezug darauf von einer Korrelation zwischen einem hohen Bildungs-

niveau und positiveren Einstellungen gegenüber Immigration (vgl. Crawley, 2009, 3).

Auch Anne Pedersen misst dem Bildungsgrad der Mehrheitsbevölkerung große Bedeutung zu: „The higher the levels of formal education, the less negative attitudes.“ (Pedersen/Attwell/Heveli, o.J., 5) In ihren Forschungsergebnissen fand sie demnach heraus, dass Einstellungen umso weniger negativ seien, je höher der formale Bildungsgrad der Mehrheitsbevölkerung sei.

Winkler beleuchtet diese Feststellung in seinem Beitrag von der anderen Seite: „Zahlreiche Studien zeigen, dass die Einstellung zu Menschen anderer Rasse und Kultur um so negativer ausfällt, je niedriger der Bildungsgrad ist.“ (Winkler, 2003, 34f) Bretschneider liefert eine Erklärungsmöglichkeit für diesen Ansatz: „Zweifelsohne spielen reale oder befürchtete Konkurrenzsituationen eine ausschlaggebende Rolle, denn besonders ausgeprägt ist diese [ablehnende] Meinung unter Personen mit geringem Bildungsgrad und geringer beruflicher Qualifikation [...].“ (Bretschneider, 2007, 21)

Um den Einflussfaktor Bildungsgrad untersuchen zu können, bedarf es zunächst einer Abgrenzung des Bildungsbegriffs: „'Bildungsferne' ist in der Literatur weder eindeutig definiert, noch ist er systematisch vorfindbar.“ (Obermayr, o.J., 1) In dieser Arbeit werden jene Personen unter der Kategorie „niedriger Bildungsgrad“ zusammengefasst, welche lediglich über eine primäre Ausbildung mit einem Pflichtschulabschluss als höchster abgeschlossener Ausbildung verfügen.

2.3.3 Charakteristika der AsylwerberInnen-Gruppe

Das nachfolgende Kapitel beschäftigt sich mit Charakteristika der Gruppe der AsylwerberInnen. Hier liegt die Annahme zu Grunde, dass deren soziodemografische Konstellation – also ob es sich um untergebrachte Frauen/Männer, Familien/Alleinstehende, eine heterogene/homogene Gruppe handelt – eine Rolle bei der Beeinflussung des Verhaltens der Mehrheitsbevölkerung spielt. In der Literatur fanden sich hierzu einige Hinweise, welche bei den Faktoren im Einzelnen Erwähnung finden.

Familienstand

In diesem Abschnitt sollen sowohl das Geschlecht als auch die Form des Zusammenlebens von AsylwerberInnen betrachtet werden. Eine Unterbringung von vorwiegend Frauen oder Männern sowie von Familien oder Alleinstehenden kann einen Einfluss auf die Wahrnehmung in der Mehrheitsbevölkerung haben.

Michael Brunner etwa entdeckte in seiner Forschungsarbeit einen Zusammenhang zwischen den untergebrachten Personen und deren Aufnahme beziehungsweise Ablehnung: „[G]enerell [werden] Kinder, Frauen oder Familien bevorzugt aufgenommen [...]“ (Brunner et al., o.J, 5) Bei Westman (Westman, 2006, 17) findet sich eine Bestätigung für diese Aussage:

„Eine Wahrnehmung in der Bevölkerung war auch, dass es im Ort durch die Unterbringung von Flüchtlingsfamilien zu weniger Schwierigkeiten/Problemen kommen würde als durch die Unterbringung von jungen Erwachsenen bzw. Alleinstehenden. Hier wurde z.B. erwähnt, dass man Familien leichter integrieren könne. Der Gedanke, dass jede Gemeinde eine oder ein paar Familien aufnimmt, erscheint also weniger bedrohlich als die Aufnahme einer Gruppe von (jüngeren) Asylbewerbern.“

Es sei jedoch auf die Wertestudie von Friesl et al. (2009) verwiesen, in der bei der Frage nach ungeliebten NachbarInnen die Option „Menschen mit vielen Kindern“ (Friesl/Polak/Hamachers-Zuba, 2009, 265) bei 6-15 % der Befragten auf Zustimmung stieß. Aus diesem Grund kann eine Unterbringung von zahlreichen Familien mit Kindern auch zu einer ablehnden Haltung seitens der Mehrheitsbevölkerung führen, da es zu Lärmbelästigungen und Irritationen kommen könnte.

Hanna Westman fand in ihrer Forschungsarbeit heraus, inwiefern die Unterbringung von jungen alleinstehenden Männern zu Konflikten führen kann:

„Dass im Grundversorgungsquartier [...] meist junge alleinstehende Männer wohnen, wird von einigen in der Bevölkerung als bedrohlich empfunden. Dass diese keine Beschäftigung haben (weil sie nicht arbeiten können), wird ebenfalls als bedrohlich wahrgenommen. Mit dieser Unterbeschäftigung wird die Angst verbunden,

dass die jungen Asylbewerber kriminell werden könnten.“ (Westman, 2006, 16)

Brunner nennt ebenfalls „eine Anhäufung von Männern bei wenig verfügbaren Arbeitsplätzen“ (Brunner et al., o.J, 5) als problematischen Faktor. So könnte es vorkommen, dass eine Unterkunft voller alleinstehender Männer den Eindruck der Konkurrenz und der Bedrohung vermittelt.

Heterogene oder homogene Gruppe

Was die Zusammensetzung der untergebrachten AsylwerberInnen-Gruppe betrifft, lassen sich auch dazu Aussagen in der Literatur finden. So liegt hier etwa die Feststellung zu Grunde, dass eine homogene Gruppe von AsylwerberInnen – sei es nach deren Geschlecht, Herkunftsland oder Religionszugehörigkeit – eher ein ablehnendes Verhalten in der Mehrheitsbevölkerung fördere als eine gemischte Gruppe. Karin Bischof meint hierzu, dass die „Wahrnehmung der Migrant/innen als relativ einheitliche Gruppe“ ein „höheres 'Problempotenzial'“ (Bischof, 2007, 29) in sich bergen könne. Wenn eine Gruppe unter den AsylwerberInnen in der Gemeinde demnach überrepräsentiert ist, kann es zu ablehnendem Verhalten kommen.

3 Methodische Vorgehensweise

Um eine adäquate Beantwortung der eingangs gestellten Forschungsfrage gewährleisten zu können, kommt in dieser Arbeit die vergleichende empirische Analyse als Methode zur Anwendung.

Ziel dieses Kapitels ist es, anhand der bereits erfolgten Eingrenzung des Verhaltens-Begriffs sowie der Begriffe aufnehmendes und ablehnendes Verhalten in Kapitel 2.2 vier Gemeinden für die vergleichende Analyse auszuwählen. Neben der Beschreibung der Fallauswahl findet auch eine nähere Erklärung des Datenerhebungsverfahrens Erwähnung.

3.1 Vergleichende empirische Analyse

„Vergleich als Methode bedeutet, dass man den Vergleich zur Kontrolle verwendet. Durch den Vergleich soll überprüft werden (verifiziert oder falsifiziert), ob eine Generalisierung über mehrere Fälle [...] hinaus einer Prüfung standhält.“ (Jahn, 2006, 164) Die methodische Vorgehensweise basiert auf Detlef Jahns (2006, 440) Abbildung der wesentlichen Elemente bzw. Schritte der vergleichenden empirischen Analyse.

Die zentrale Fragestellung sowie die forschungsleitende Hypothese und die sieben zu überprüfenden Einflussfaktoren wurden bereits in der Einleitung vorgestellt. Um jedoch den methodischen Rahmen abstecken zu können, finden an dieser Stelle die Begriffe abhängige und unabhängige Variablen Erwähnung und es erfolgt eine Zuordnung anhand der Fragestellung und der Hypothesen: „Ein wesentliches Element im Forschungsprozess stellt jenes soziale Phänomen dar, welches erklärt werden soll. Dieses wird wissenschaftstheoretisch als Explanandum bezeichnet und in methodologischer Hinsicht abhängige Variable genannt. Die abhängige Variable ist entscheidend für den Forschungsprozess, denn sie soll erklärt oder verstanden werden.“ (Jahn, 2006, 192) Die abhängige Variable dieser Arbeit ist demnach das Verhalten der Mehrheitsgesellschaft,

welche bereits im vorhergehenden Kapitel näher beschrieben wurde.

Jahn führt weiters aus, die abhängige Variable sei „abhängig von der Erklärungskraft einer Reihe von unabhängigen Variablen, die vermutlich für ein Ergebnis verantwortlich sind“. (Jahn, 2006, 48) Als unabhängige Variablen treten im Fall der vorliegenden Arbeit die sieben Einflussfaktoren aus Kapitel 2.3 ab Seite 20 auf. Diese haben, so die Annahme in dieser Arbeit, einen Einfluss auf aufnehmendes bzw. ablehnendes Verhalten einer Mehrheitsbevölkerung gegenüber AsylwerberInnen in vier kleineren österreichischen Gemeinden.

„Eine wesentliche Rolle in der vergleichenden Politikwissenschaft spielt die Erfassung sozialer Tatbestände und die Vergleichbarkeit unterschiedlicher Konzepte. Damit ein politikwissenschaftlicher Vergleich sinnvoll durchgeführt werden kann, müssen wir in einem gewissen Maße sicher sein, dass die gleichen Konzepte auch das Gleiche in unterschiedlichen Kontexten bedeuten [...]“. (Jahn, 2006, 207) Die Ebene der begrifflichen Erfassung des Verhaltensbegriffs wurde bereits in Kapitel 2.2 ab Seite 16 konkretisiert und wird daher an dieser Stelle nicht noch einmal behandelt.

3.2 Fallauswahl

Nach der theoretischen Erfassung des Verhaltensbegriffs und der definitiven Abgrenzung der Begriffe aufnehmendes und ablehnendes Verhalten ist die strategische Fallauswahl ein zentraler Schritt, um eine vergleichende empirische Analyse anstellen zu können. Jahn beschreibt die Fallauswahl als „das wesentliche analytische Element des Forschungsdesigns in der vergleichenden Politikwissenschaft, um den Forschungsprozess zu steuern.“ (Jahn, 2006, 223) Es werden in diesem Abschnitt daher jene vier Gemeinden präsentiert, in welchen Untersuchungen zu Einflussfaktoren auf Verhalten gegenüber AsylwerberInnen durchgeführt wurden.

Bei der Suche nach Gemeinden kam die positive Fallauswahl zum Einsatz. „Von einer positiven Fallauswahl spricht man, wenn Fälle unter bestimmten Aspekten herausgegriffen werden (Einschlussverfahren).“ (Jahn, 2006, 231) Gemeinden, die im Rahmen dieser Arbeit untersucht werden sollen, bedürfen demnach analytischer Auswahlkriterien. Diese Kriterien sind:

1. die Unterbringung von AsylwerberInnen in organisierten Unterkünften,
2. weniger als 5.000 EinwohnerInnen in der jeweiligen Gemeinde und
3. aufnehmendes bzw. ablehnendes Verhalten und/oder die (Nicht-)Existenz von Konflikten.

Anbei folgt eine kurze Klärung der Begriffe AsylwerberInnen, organisierte Unterkünfte und kleinere Gemeinden. Darüber hinaus wird dargelegt, weshalb in dieser Arbeit eben jene Kriterien zur Fallauswahl herangezogen wurden, in Abgrenzung zu anderen Personengruppen und Lebensräumen.

AsylwerberInnen Hier soll kurz erklärt werden, wer AsylwerberIn ist und weshalb sich diese Arbeit mit dem Verhalten der Mehrheitsbevölkerung speziell gegenüber AsylwerberInnen beschäftigt und nicht etwa gegenüber Personen mit zuerkanntem Flüchtlingsstatus, ArbeitsmigrantInnen oder anderen Personen, die unter der großen Gruppe der MigrantInnen zusammengefasst werden können.

Die Grundversorgungsvereinbarung Art. 15a B-VG definiert AsylwerberInnen als „Fremde, die einen Asylantrag gestellt haben (Asylwerber), über den noch nicht rechtskräftig abgesprochen ist“ (Grundversorgungsvereinbarung - Art. 15a B-VG, Art. 2). Im Jahr 2009 stellten 15.821 Personen einen Asylantrag in Österreich (Bundesministerium für Inneres, 2009, 3).

Am 30.12.2008 befanden sich 17.414 (Fekter, 2010, 1) AsylwerberInnen in Österreich in Grundversorgung. AsylwerberInnen werden zunächst in den Bundesbetreuungsstellen und anschließend in Grundversorgungsquartieren untergebracht, während sie auf die Bearbeitung ihres Asylantrags warten.

Im Jahr 2009 endeten 3.247 (Bundesministerium für Inneres, 2009, 16) Asylverfahren mit einem positiven rechtskräftigen Entscheid. Diesen Personen wurde demnach offiziell der Flüchtlingsstatus zuerkannt. AsylwerberInnen, die noch auf ihren Asylbescheid warten, sind demnach potentiell Personen mit rechtskräftigem Aufenthaltstitel in Österreich. Kann man bereits im Unterbringungsprozess von AsylwerberInnen zu einem aufnehmenden Verhalten seitens der Mehrheitsbevölkerung beitragen, könnte sich die spätere Integration von Flüchtlingen ebenfalls unproblematischer gestalten.

Organisierte Unterkünfte AsylwerberInnen, welche sich in österreichischer Grundversorgung befinden, können sowohl in organisierten Unterkünften (Gasthaus, Pension oder Heim) (vgl. Koordinationsstelle für Ausländerfragen beim Amt der NÖ Landesregierung, o.J., 9) als auch individuell untergebracht werden (Grundversorgungsvereinbarung - Art. 15a B-VG, Art. 9). Eine individuelle Unterbringung bedeutet, dass die AsylwerberInnen in privaten Wohnungen leben und einen Mietzuschuss vom jeweiligen Land erhalten (vgl. Koordinationsstelle für Ausländerfragen beim Amt der NÖ Landesregierung, o.J., 9).

In dieser Arbeit liegt der Fokus jedoch auf der Unterbringung in organisierten Quartieren, welche entweder von karitativen BetreiberInnen – etwa NGOs – oder von gewerblichen QuartiergeberInnen – zum Beispiel WirtInnen – betrieben werden. Die Entscheidung für die Konzentration auf Gemeinden mit organisierten Quartieren erfolgte aus dem Grund, dass bei dieser Beherbergungsform mehrere AsylwerberInnen an einem Ort untergebracht sind und daher von einer Gemeindebevölkerung eher wahrgenommen werden können als einzelne, privat wohnende AsylwerberInnen.

Kleinere Gemeinden Kleinere Gemeinden unterliegen in dieser Arbeit der Definition, dass sie von weniger als 5.000 EinwohnerInnen bewohnt werden. Derartige „kleinere Gemeinden“ machen die Mehrheit in Österreich aus. Von insgesamt 2.357 Gemeinden sind dies 1.487 – 63 % der österreichischen Gemeinden haben demnach unter 5.000 EinwohnerInnen¹.

Die Begründung, weshalb sich diese Arbeit mit dem Zusammenleben in derartigen kleineren Gemeinden und nicht etwa im urbanen Raum beschäftigt, lässt sich besonders treffend mit Kenan Güngörs und Edith Riepls (2008, 18) einleitenden Worten beschreiben:

„Großstädte und großstadtähnliche Ballungszentren standen seit jeher im Fokus der integrationsrelevanten Betrachtungen. Vor dem Hintergrund der sich langsam durchsetzenden Erkenntnis, dass ein nicht unerheblicher Teil der zugewanderten Bevölkerung in kleineren und mittleren Gemeinden lebt und Österreich sich durch eine ausgeprägte kleinräumige, ländliche Siedlungsstruktur auszeichnet, gewinnt die Frage des Zusammenlebens und der kommunalen Integrationsarbeit nun verstärkt an Bedeutung.“

¹Eigene Berechnung nach Österreichischer Gemeindebund (o.J.).

Es zeigt sich, „dass sich die integrationsrelevanten Rahmenbedingungen zwischen städtischem und ländlichem Raum zum Teil deutlich unterscheiden.“ (Güngör/Riepl, 2008, 18) Das Hauptunterscheidungsmerkmal zwischen urbanem und ländlichem Raum ist wohl die Anonymität. Während man in der Großstadt hohe Anonymität genießt, fehlt diese in einer kleinen Gemeinde häufig. Auch Güngör und Riepl (2008, 18) beschreiben Gemeinden als „vergleichsweise überschaubare, sozial-räumlich homogenere Einheiten“.

Es wurden mit Hilfe der positiven Fallauswahl somit folgende vier Gemeinden für eine Untersuchung ausgesucht:

- Puch bei Hallein (2006)
- Puchenstuben (2004)
- St. Michael im Lungau (2004)
- Ramingstein (2006)

Die Einflussfaktoren auf aufnehmendes bzw. ablehnendes Verhalten gegenüber AsylwerberInnen wurden in diesen Gemeinden mit Fokus auf bestimmte Jahre (in Klammer) untersucht. Die Tatsache, dass zu aufnehmendem bzw. ablehnendem Verhalten in den Gemeinden jeweils unterschiedliche Zeitpunkte untersucht wurden, stellt kein Problem für die Forschungsarbeit dar. Der Fokus der einzelnen Untersuchungen liegt auf dem jeweiligen Jahr, in dem es in den einzelnen Gemeinden zu aufnehmenden/ablehnenden Verhaltensweisen kam. Der Zeitpunkt der Untersuchung ist aus dem Grund irrelevant, da die einzelnen Fälle in sich geschlossen untersucht wurden. Ein direkter Vergleich der Gemeinden an sich soll in dieser Arbeit nicht erfolgen, sondern lediglich ein Vergleich der Einflussfaktoren. Diese sollten idealerweise immer und nicht nur punktuell relevant sein – weshalb unterschiedliche Untersuchungszeitpunkte für die Forschungsergebnisse durchaus von Vorteil sein können.

In der Folge werden nun die vier Gemeinden, in welchen Untersuchungen stattfanden, vorgestellt und ihre Auswahl anhand der vorangegangenen Definition von Verhalten aus Kapitel 2.2 ab Seite 16 begründet:

3.2.1 Gemeinden mit aufnehmendem Verhalten

Die Charakteristika von „aufnehmendem Verhalten“ gemäß der Definition in Kapitel 2.2 auf Seite 19 sind jene der Akzeptanz, Einbeziehung und Toleranz der AsylwerberInnen, aber auch sozialer Beziehungen und der Teilhabe dieser am Gemeindegesehen. Weiters zeichnet sich „aufnehmendes Verhalten“ durch die Abwesenheit von manifesten Konflikten aus.

Puch bei Hallein (2006)

Die Gemeinde Puch bei Hallein (Salzburg) beherbergt seit dem 1. Juli 2004 AsylwerberInnen im Gasthof „Jägerwirt“. Betreiberin des Quartiers ist die Caritas Salzburg (vgl. Caritas Salzburg, 2004). Neben der Unterbringung der AsylwerberInnen wird in diesem Quartier auch die Versorgung und eine direkte soziale Betreuung angeboten. Zwischen 2005 und 2007 fand das Projekt „FluEqual - Salzburg integriert Flüchtlinge“ statt, unter anderem auch in Puch/Hallein. Eine Maßnahme des Projekts war u.a. die Unterstützung für das Zusammenleben in der Gemeinde. Aus diesem Grund existieren einige Projektberichte sowie Newsletter, welche über das Gemeindeleben berichten und somit als Grundlage für diesen Abschnitt dienen (Liebing/Reichl, 2007a; Liebing/Reichl, 2007b; Salzburger Fenster). Der Fokus der Untersuchung liegt aufgrund der Projektinformationen auf dem Jahr 2006.

An dieser Stelle folgen nun einige Zitate, die das aufnehmende Verhalten in Puch bei Hallein im Jahr 2006 belegen sollen:

- Das Pucher Quartier fungierte „als Anlaufstelle für ehrenamtliches Engagement – bereits bei der Quartiersgründung wurden Listen mit Spendenbedarf sowie Kontaktlisten für potentielle UnterstützerInnen für Behördengänge, Arztbesuche oder Einkaufsfahrten angelegt“. (Liebing/Reichl, 2007b, 55)
- Es gibt zahlreiche „ehrenamtliche Angebote, die sich positiv auf die Integration auswirken – Deutschkurse, Nähwerkstätten, oder Fahrradwerkstätten: In Puch verfügt mittlerweile jede[R] AsylwerberIn über ein eigenes Fahrrad.“ (Liebing/Reichl, 2007b, 55)
- „Kirchenkreise laden gelegentlich Asylsuchende zu Kaffeerunden oder Ausflügen ein.“ (Liebing/Reichl, 2007b, 56)

- In Puch wurde „noch vor der Quartiersgründung ein sog. Anrainerbeirat eingerichtet [...]. Der Anrainerbeirat [...] trifft sich in ca. sechswöchigen Abständen. An den Treffen nehmen die unmittelbaren AnrainerInnen des Quartiers teil, eine Vertreterin der Quartierbetreiberin Caritas, der Bürgermeister sowie eine Vertreterin der Pfarre Puch. [...] Gemeinsam werden Ansatzpunkte für Lösungen gesucht.“ (Liebing/Reichl, 2007b, 56)
- „Die professionelle und dichte Betreuung [im Quartier] beugt Konflikten im Haus vor. Das relativ konfliktfreie Klima im Haus bereitet wiederum einen guten Boden für das Zusammenleben im Ort.“ (Liebing/Reichl, 2007b, 56)
- In Puch haben AsylwerberInnen die Möglichkeit, selbst zu kochen – hier stellt die Gemeinde eine Ausnahme dar. „Die Asylsuchenden können sich so ein Essen nach eigenen Bedürfnissen zubereiten [...]. [...] Die Auswirkungen auf das eigene Wohlbefinden sind durchgängig positiv. Wer für sich selbst kochen kann, muss auch vor Ort einkaufen. Und wer selbst kocht, kann auch zu gemeinsamen Festen, zu Schulveranstaltungen, etc. einen eigenen Beitrag leisten.“ (Liebing/Reichl, 2007b, 55)
- 2005 fand im Gasthof „Jägerwirt“ in Puch ein „Dankeschönfest“ aufgrund der „durchwegs positive[n] Bilanz“ und des „gelungene[n] Zusammenleben[s]“ statt. Das Flüchtlingsquartier sei seit der Eröffnung 2004 erfolgreich genutzt worden. Zahlreiche Gäste besuchten das Dankeschönfest und die Beteiligten meinten: „Dies wird nicht das letzte Fest gewesen sein, das gemeinsam in Puch gefeiert wurde!“ (vgl. Salzburger Fenster)
- 2006 fand eine Ausstellung mit dem Titel „Mein Österreich“ im Pfarrzentrum Puch statt. Auch hier wurde ein „multikulturelles Fest“ gefeiert. Insgesamt wurde die Ausstellung von etwa 500 BesucherInnen frequentiert. Die Pucher Vizebürgermeisterin „lobte das weitgehend konfliktfreie Zusammenleben von AsylwerberInnen und anderen PucherInnen [...]“ (vgl. FluEqual, 2006)

Aufgrund der soeben dargestellten Textausschnitte lässt sich zeigen, dass in Puch/Hallein im Jahr 2006 aufnehmendes Verhalten im Sinne dieser Arbeit vorkam.

Puchenstuben (2004)

Die Gemeinde Puchenstuben (Niederösterreich) beherbergt seit Dezember 2003 AsylwerberInnen in der ehemaligen Pension „Alpenhof“ (Volkshilfe Österreich, 2008, 13). Bis zum Jahr 2009 war die Volkshilfe Österreich für die Unterbringung, Verpflegung und Betreuung von AsylwerberInnen in der Unterkunft zuständig (vgl. Interview 2, 6.8.2010, 3). Auf die Unterbringung und das Verhalten der Mehrheitsbevölkerung in Puchenstuben waren nur wenige Hinweise zu finden – diese Angaben stützen sich daher auf einen Zeitungsbericht sowie eine Reportage aus dem Südwind Magazin, beide aus dem Jahr 2004. Der Fokus der Untersuchung in Puchenstuben liegt daher ebenfalls auf dem Jahr 2004.

- Der Puchenstubener Bürgermeister meinte zur Situation in seiner Gemeinde: „Wenn es vielleicht auch kein großartiges Miteinander ist, so ist es doch ein akzeptiertes Nebeneinander. Man grüßt sich auf der Straße.“ (Kremla, 15.10.2004)
- Die große Aufnahme habe in Puchenstuben noch nicht stattgefunden – die AsylwerberInnen seien zu einer Selbstverständlichkeit geworden (vgl. Kremla, 15.10.2004).
- „Die Volksschule erfüllt bei der Integration der AsylwerberInnen eine zentrale Rolle.“ (Langthaler, 2009) Aus Kremlas Bericht lässt sich zum Thema Schule folgende Information entnehmen: Die Schuldirektorin bemühe sich zwar in ihrer Schule um Integration, „[a]ber die Schulsituation ist zu wenig [...]“ (Kremla, 15.10.2004) – Diese Aussage lässt sich in Verbindung mit „selektiven Integrationsbemühungen“, wie es bereits Brunner (o.J) erwähnt, sehen.

Auf Basis dieser Hinweise wurde die Gemeinde Puchenstuben als weitere Gemeinde mit aufnehmendem Verhalten ausgewählt.

3.2.2 Gemeinden mit ablehnendem Verhalten

Ablehnende Verhaltensweisen wurden in Kapitel 2.2 auf Seite 20 folgendermaßen definiert: Es kann zu einem sozialen Ausschluss der AsylwerberInnen durch die Mehrheitsbevölkerung kommen, Irritationen und Ängste herrschen

vor, allgemeine Feindseligkeit und Proteste existieren. Hinzu kommt die Möglichkeit bestehender Konflikte.

St. Michael im Lungau (2004)

Die Gemeinde St. Michael im Lungau (Salzburg) beherbergt seit September 2004 AsylwerberInnen im Gasthof „Staigerwirt“ (vgl. Marktgemeinde St. Michael, 2004, 12).

Die Identifizierung der Gemeinde St. Michael erfolgte zuerst aufgrund einiger Gemeindemitteilungen, die im Vorfeld der Unterbringung von AsylwerberInnen im Jahr 2004 von Befürchtungen berichteten. So lehnte etwa die Gemeindevertretung eine Unterbringung von AsylwerberInnen in der Gemeinde aufgrund zahlreicher Bedenken in einer Stellungnahme ab. Man befürchtete vor allem Einbußen im Fremdenverkehr sowie einen schulischen Misserfolg der St. Michaeler SchülerInnen (vgl. Marktgemeinde St. Michael, 2004, 2).

Anschließend klärte ich in einem Interview ab (vgl. Interview 3, 12.8.2010, 1), ob sich das Verhalten der Mehrheitsbevölkerung tatsächlich unter die Kategorie des „ablehnenden Verhaltens“ zuordnen lässt. Der ehemalige Bürgermeister von St. Michael berichtete von einer negativen Grundeinstellung der Bevölkerung: Es habe zwar keinen großen Aufruhr in der Gemeinde gegeben, die Gesamtbevölkerung sei jedoch auch nicht für eine Unterbringung gewesen (vgl. Interview 3, 12.8.2010, 1).

Aufgrund der vorliegenden Berichte über die Situation in St. Michael kurz nach der Quartiersgründung im Jahr 2004, die gegen die Bedenken der Gemeindevertretung erfolgte, konzentrierte ich mich im Bereich „Gemeinden mit ablehnendem Verhalten“ unter anderem auf diese Gemeinde.

Ramingstein (2006)

Die Gemeinde Ramingstein (Salzburg) beherbergte zwischen 2004 und 2008 AsylwerberInnen im Gasthof „Durigon“. Im Jahr 2008 wurde die Unterbringung geschlossen (vgl. Bieringer, 2008, 17).

Zwischen September 2005 und Juni 2006 leitete Hanna Westman ein Projekt, in dessen Zuge herausgearbeitet werden sollte, welche Faktoren Konflikte in den Gemeinden Goldegg und Ramingstein begünstigt beziehungsweise erschwert hatten (vgl. Westman, 2006, 3). Die Einflussfaktoren auf das Verhalten in Ramingstein sollen, auf Basis von Westmans Forschungsarbeit, mit

Fokus auf das Jahr 2006 untersucht werden. Aus der Literatur zu diesem Projekt ergaben sich Hinweise auf Konflikte, welche hier näher beschrieben werden:

- Es „wurden für uns mehrere Konfliktelemente erkennbar: Einerseits Konfliktelemente, die direkt mit der Unterbringung der AsylbewerberInnen im Ort verbunden waren, zum Beispiel Empfindungen seitens der Bevölkerung gegenüber AsylbewerberInnen (wie Ängste, Erwartungen). Und andererseits Konfliktelemente [...], welche die Konfliktdynamiken in Bezug auf die Unterbringung von AsylbewerberInnen mit begünstigt haben (z.B. strukturelle Bedingungen vor Ort).“ (vgl. Westman, 2006, 13)
- „Die Intensität des Konflikts wirkte [...] in der Gemeinde eher stabil, trotz regelmäßiger kleinerer oder größerer Ausbrüche.“ (vgl. Westman, 2006, 13)

Ramingstein entspricht somit ebenfalls der Kategorie „Gemeinden mit ablehnendem Verhalten“. Es wurde daher auch in dieser Gemeinde untersucht, welche Faktoren einen relevanten Einfluss auf dieses ablehnende Verhalten haben.

3.3 Datenerhebung

Die Daten, auf deren Grundlage die Untersuchung und die Analyse von Einflussfaktoren in Gemeinden ermöglicht wurden, entstammen zum Teil statistischen Materialien, zum Teil wurden fehlende Fakten im Rahmen von ExpertInneninterviews eingeholt. Die Gespräche mit ExpertInnen hatten jedoch neben dem Ziel der Datenerhebung auch den Zweck der allgemeinen kritischen Betrachtung der untersuchten Einflussfaktoren. Diese ExpertInnenmeinungen spielen eine wichtige Rolle bei der Besprechung der Analyseergebnisse in Kapitel 5 ab Seite 57.

Die ExpertInnen, mit welchen Interviews durchgeführt wurden, sind oder waren zentrale AkteurInnen im Unterbringungsprozess in den jeweiligen Gemeinden. Sie sollen hier kurz vorgestellt und als ExpertInnen identifiziert werden:

Interview 1 Mit Bezug auf die Gemeinde Puch bei Hallein (Salzburg) führte ich ein Interview mit DSA Gerlinde Hörl. Zum einen ist sie als Mitarbeiterin der Caritas Salzburg verantwortlich für die Grundversorgung im Bundesland Salzburg. Zum anderen fungiert sie im Quartier in Puch als Heimleiterin. Frau Hörl ist seit der Gründung des Pucher Quartiers eine zentrale Akteurin, die im Unterbringungsprozess maßgeblich beteiligt war und immer noch ist. Das Interview mit Frau Hörl führte ich am 6.8.2010 in Salzburg. Die Dauer des Gesprächs betrug etwa eine Stunde.

Interview 2 Der Experte zur Gemeinde Puchenstuben (Niederösterreich) ist der dortige Bürgermeister Christoph Kogler. Als Bürgermeister initiierte er 2004 den Unterbringungsprozess in der Gemeinde und ist seit diesem Zeitpunkt ein zentraler Akteur. Mit Herrn Bgm. Kogler sprach ich ebenfalls am 6.8.2010, ich führte das Interview am Telefon durch. Das Gespräch dauerte ca. 30 Minuten.

Interview 3 Ein wesentlicher Akteur in der Gemeinde St. Michael im Lungau (Salzburg) war bei der Quartiersgründung 2004 und darüber hinaus der damalige Bürgermeister DI Wolfgang Fanninger. Er war die zentrale Ansprechperson in der Gemeinde während des Quartiergründungs- und Unterbringungsprozesses. Das Interview mit Herrn DI Fanninger führte ich am 12.8.2010 per Telefon. Wir sprachen ca. 30 Minuten lang.

Interview 4 Interviewpartnerin für die Gemeinde Ramingstein (Salzburg) war die damalige Wirtin des Gasthofes, in welchem zwischen 2004 und 2008 AsylwerberInnen untergebracht waren. Frau Ewa Chilinska-Baftija betreute die AsylwerberInnen während des Quartierbestandes rund um die Uhr und fungierte auch als Mittlerin zwischen der Gemeindevertretung, der Bevölkerung und den AsylwerberInnen. Ich führte ein persönliches Interview mit Frau Chilinska in Ramingstein am 7.8.2010. Das Gespräch dauerte 45 Minuten.

Darüber hinaus erhielt ich weitere statistische Informationen über zwei telefonische Anfragen in Gemeinden:

Telefonische Anfrage 1 Am 5.8.2010 erhielt ich in einer telefonischen Anfrage beim Gemeindeamt Puchenstuben statistische Informationen zu den ge-

3 Methodische Vorgehensweise

meldeten AsylwerberInnen in der Gemeinde.

Telefonische Anfrage 2 Ebenfalls am 5.8.2010 erhielt ich in einer telefonischen Anfrage beim Gemeindeamt Ramingstein einige Informationen zu den dort gemeldeten AsylwerberInnen.

Mit Hilfe der ExpertInnengespräche sowie statistischer Daten und anderer Materialien konnte die eingangs gestellte Frage nach Einflussfaktoren auf das Verhalten der Mehrheitsbevölkerung untersucht und die aufgestellten Hypothesen durch die vergleichende empirische Analyse überprüft werden.

4 Einflussfaktoren in den Gemeinden

Im Zuge der Fallauswahl in Kapitel 3.2 ab Seite 30 erfolgte bereits eine erste kurze Präsentation der vier Gemeinden, in welchen Untersuchungen zu Einflussfaktoren auf das Verhalten der Mehrheitsbevölkerung stattfanden. An dieser Stelle finden sich nun konkrete Daten zu den zu vergleichenden Einflussfaktoren. Die Fakten der einzelnen Gemeinden wurden sowohl durch Statistiken als auch durch Informationen der ExpertInnen gewonnen. Die zusätzliche Darstellung der Gemeindedaten in Tabellen soll zu einer besseren Übersicht verhelfen. Abschließend ermöglicht eine tabellarische Zusammenschau und Gegenüberstellung aller vier Gemeinden einen zusätzlichen Überblick über die Einflussfaktoren (vgl. Tabelle 4.5). Eine vergleichende Besprechung der hier gegenübergestellten Daten findet sich im nächsten Kapitel.

4.1 Gemeinden mit aufnehmendem Verhalten

4.1.1 Puch bei Hallein

Tabelle 4.1 zeigt relevante Informationen zur Gemeinde Puch/Hallein aus dem Jahr 2006, welche in der Folge näher ausgeführt werden.

Status der Quartierbetreiberin Die Quartiergeberin in der Gemeinde Puch ist seit der Quartiersgründung am 1. Juli 2004 die Caritas Salzburg (Caritas Salzburg, 2004, 16).

Nutzen für die Gemeinde Aus einem Interview mit der Heimleiterin (vgl. Interview 1, 6.8.2010, 7) ergab sich, dass in der Gemeinde Puch keine „klassische Strukturhaltung“, beispielsweise im Zusammenhang mit einem Schu-

Tabelle 4.1: Einflussfaktoren in der Gemeinde Puch/Hallein im Jahr 2006

Einflussfaktoren	Daten aus der Gemeinde
<i>Status der Quartierbetreiberin</i>	karitative Betreiberin (Caritas)
<i>Nutzen für die Gemeinde</i>	kein klassischer, aber informeller Strukturerehalt
<i>Informationsmaßnahmen</i>	zahlreiche Informationsveranstaltungen
<i>Begegnungsmöglichkeiten</i>	etliche Begegnungsmöglichkeiten für beide Gruppen
<i>Anteil an der Mehrheitsbevölkerung</i>	0,84 %
<i>Bildungsgrad der Mehrheitsgesellschaft</i>	Pflichtschulabschluss: 27,4 % der PucherInnen ab 15 Jahren
<i>Familienstand</i>	Familien und alleinstehende Frauen und Männer
<i>Heterogene oder homogene Gruppe</i>	heterogene Gruppe, verschiedenste Herkunftsländer

Quelle: eigene Darstellung

lerhalt, stattgefunden habe. Zu einer „informellen Strukturweiterung“ komme es jedoch im Zuge von Begegnungen der Mehrheitsbevölkerung mit den AsylwerberInnen. Die Expertin berichtete etwa von SchülerInnen, die sich Anregungen für Referate bei den AsylwerberInnen holen würden. Außerdem würden zahlreiche Firmgruppen die Unterkunft in Puch besuchen, um zu sehen, wie es aussieht „mit der christlichen Nächstenliebe, wie kann man die letztendlich auch leben?“ (Interview 1, 6.8.2010, 6)

Informationsmaßnahmen Im Zuge der Quartiersgründung im Puch sei die ortsansässige Bevölkerung „von Beginn an in mehreren Informationsveranstaltungen einbezogen“ worden (Liebing/Reichl, 2007b, 54) Im Interview wurde dies bestätigt: Bei der Gründung des Quartiers 2004 seien bereits neben dem Bürgermeister und der Gemeindevertretung auch die PucherInnen über die Pläne informiert worden. Es habe im Vorfeld einige Vorbehalte der Gemeindebevölkerung gegeben, die im Zuge einer Informationsveranstaltung aus dem Weg geräumt werden sollten. „Es war gut, dass es die Möglichkeit gab, das alles so offen anzusprechen.“ (Interview 1, 6.8.2010, 2) In einem Gemeindeentscheid sei 2004 schließlich einstimmig die Unterbringung von 30 AsylwerberInnen in

Puch beschlossen worden. Im Interview wurde weiters berichtet, dass nach diesem Beschluss eine öffentliche Veranstaltung für die PucherInnen im Quartier stattgefunden habe. „Wir haben großflächig, über die Gemeinde und über die Pfarre, Interessierte eingeladen, sich das Haus anzuschauen, sich anzuhören, wie wir planen dort vorzugehen. An diesem Informationsabend waren dann 40-50 sehr interessierte PucherInnen da.“ (Interview 1, 6.8.2010, 3) Auch die Gründung eines AnrainerInnenbeirates sei an diesem Abend beschlossen worden. AnrainerInnen wurde somit die Möglichkeit geboten, anfangs alle vier, später alle sechs Wochen an Treffen teilzunehmen, bei denen Fragen rund um das Quartier und die Unterbringung besprochen wurden (vgl. Interview 1, 6.8.2010, 3).

Um die Bevölkerung grundsätzlich über die Situation von AsylwerberInnen in Österreich zu informieren seien ebenfalls Informationsveranstaltungen, gemeinsam mit der Katholischen Frauenbewegung und dem Katholischen Bildungswerk, veranstaltet worden. Dies sei geschehen, „um darauf hinzuweisen, was Leistungen sind, die AsylwerberInnen bekommen“. (Interview 1, 6.8.2010, 5)

Auch im Jahr 2006 hätte es Informationsmaßnahmen für die Bevölkerung gegeben. Der AnrainerInnenbeirat beispielsweise setzt seine – mittlerweile – sechswöchigen Treffen regelmäßig fort.

Begegnungsmöglichkeiten In Puch gab es 2006 zahlreiche Möglichkeiten der Begegnung zwischen der Mehrheitsbevölkerung und den AsylwerberInnen. Im Zuge des Projektes FluEqual habe es „gemeinnützige Beschäftigungsmöglichkeiten“ für die AsylwerberInnen gegeben – sie konnten im Kindergarten, im Pfarrzentrum oder im Gemeindebauhof mitarbeiten (vgl. Interview 1, 6.8.2010, 3). Bei Gemeindeveranstaltungen seien auch immer QuartierbewohnerInnen beteiligt: „Unsere Hausbewohner helfen beim Aufbau von Flohmärkten oder beim Zusammenräumen mit. Also es gibt da durchaus verschiedene Möglichkeiten, sich einzubringen.“ (Interview 1, 6.8.2010, 3)

Sollte einE AsylwerberIn beispielsweise im Fußballverein mitspielen wollen oder einen Kindergartenplatz suchen, könne sich die Caritas jederzeit bei der Gemeinde melden. „Es gibt auch eine gute Kooperation mit dem Sozialausschuss der Gemeinde Puch.“ Auch ehrenamtliche MitarbeiterInnen tragen das „Hausleben hinaus in die Gemeinde“. (Interview 1, 6.8.2010, 4)

Durch die strategisch günstige Lage des Quartiers an einem von den PucherInnen viel benützten Weg, entstünden ebenfalls zahlreiche Kontakte. Immer wieder einmal brächten die PucherInnen Äpfel und dergleichen im Quartier vorbei (vgl. Interview 1, 6.8.2010, 4).

Anteil an der Mehrheitsbevölkerung Am 31.10.2006 waren 4.184 Personen in der Gemeinde Puch bei Hallein gemeldet (Statistik Austria, 2009a). Da maximal 35 AsylwerberInnen zur selben Zeit beim Jägerwirt in Puch untergebracht werden können (vgl. Interview 1, 6.8.2010, 1), ergibt sich ein Anteil an der Gemeindebevölkerung von 0,84 % (eigene Berechnung).

Bildungsgrad der Mehrheitsgesellschaft Bei der Volkszählung im Jahr 2001 wurde unter anderem die höchste abgeschlossene Ausbildung abgefragt. Aus der Statistik geht hervor, dass 2001 893 in Puch gemeldete Personen, das entspricht 27,4 % der Wohnbevölkerung ab 15 Jahren, einen allgemeinbildenden Pflichtschulabschluss hatten (vgl. Statistik Austria, 2009e).

Familienstand Im Jahr 2006 wohnten sowohl alleinstehende Frauen und Männer als auch Familien im Pucher Quartier. Eine „bunt gemischte“ Gruppe der AsylwerberInnen werde von der Caritas aktiv gewünscht und forciert (vgl. Interview 1, 6.8.2010, 1).

Heterogene oder homogene Gruppe Im Jahr 2006 waren insgesamt 73 Personen aus 22 Nationen im Caritasquartier in Puch untergebracht. Die Herkunftsländer der untergebrachten AsylwerberInnen waren äußerst unterschiedlich – die meisten AsylwerberInnen kamen jedoch aus der Russischen Föderation¹ (10), aus dem Kosovo (9) sowie aus der Mongolei (9) und Armenien (8)

¹„Nachdem im zweiten Tschetschenienkrieg ab 1993 ein Großteil Tschetscheniens [...] durch russische Truppen besetzt worden war und es im Rahmen russischer 'Antiterror-Organisationen' in den Jahren 2000/2001 zu massiven Menschenrechtsverletzungen gekommen war, flüchteten Zehntausende von TschetschenInnen zuerst in die Nachbarrepubliken, vor allem nach Inguschetien, aber bald auch in westeuropäische Länder. Mit etwas Verzögerung hat sich Österreich seit 2002 zu einem der Hauptaufnahmeländer innerhalb der Europäischen Union entwickelt. Zwar ging die Zahl der AsylwerberInnen nach der EU-Erweiterung und dem Inkrafttreten neuer restriktiver Asylgesetze (Mai 2004) insgesamt zurück, aber TschetschenInnen sind heute mit ca. 15.000 Personen die größte Gruppe innerhalb der rezenten Flüchtlingspopulationen.“ (Langthaler, 2009, 165)

Tabelle 4.2: Einflussfaktoren in der Gemeinde Puchenstuben im Jahr 2004

Einflussfaktoren	Daten aus der Gemeinde
<i>Status der Quartierbetreiberin</i>	karitative Betreiberin (Volkshilfe)
<i>Nutzen für die Gemeinde</i>	Strukturerhalt in der Praxis kaum umsetzbar
<i>Informationsmaßnahmen</i>	Einbindung der Bevölkerung im Entscheidungsprozess
<i>Begegnungsmöglichkeiten</i>	aus einem aktiven Miteinander wurde ein freundliches Nebeneinander
<i>Anteil an der Mehrheitsbevölkerung</i>	14,85 %
<i>Bildungsgrad der Mehrheitsgesellschaft</i>	Pflichtschulabschluss: 47,1 % der PuchenstubenerInnen ab 15 Jahren
<i>Familienstand</i>	Familien bevorzugt
<i>Heterogene oder homogene Gruppe</i>	homogene Gruppe, hauptsächlich Russische Föderation

Quelle: eigene Darstellung

(vgl. Caritas Salzburg, 2006). Zum Religionsbekenntnis der BewohnerInnen fanden sich keine Statistiken.

4.1.2 Puchenstuben

Tabelle 4.2 gibt einen Überblick der relevanten Informationen zur Gemeinde Puchenstuben aus dem Jahr 2004, welche nachfolgend näher ausformuliert werden.

Status der Quartierbetreiberin Von 2004 bis 2009 war die Volkshilfe Österreich Betreiberin des Quartiers in Puchenstuben (vgl. Volkshilfe Österreich, 2008, 13). Im Frühjahr 2009 wurde die Unterbringungseinrichtung von einer privaten Wirtin übernommen (vgl. Interview 2, 6.8.2010, 3).

Nutzen für die Gemeinde Puchenstuben sei eine Fremdenverkehrsgemeinde, die jedoch immer öfter nur von TagestouristInnen besucht werde (vgl. Langthaler, 2009). Fragen des Strukturerhalts, auch über den Fremdenverkehr hinaus, seien für den Puchenstubener Bürgermeister bei der Quartierseröffnung 2004 auf jeden Fall ausschlaggebend gewesen (vgl. Interview 2, 6.8.2010,

1). Die Volksschule in Puchenstuben könne jedoch kaum von der Unterbringung von AsylwerberInnen in der Gemeinde profitieren, da ein häufiger Wechsel der AsylwerberInnen-Kinder problematisch sei. Strukturerehalt hätte in der Gemeinde prinzipiell von Vorteil sein können, gestalte sich in der Praxis jedoch schwierig (vgl. Interview 2, 6.8.2010, 1).

Informationsmaßnahmen Zur Frage nach Informationsmaßnahmen für die PuchenstubenerInnen berichtete der Bürgermeister im Interview Folgendes (vgl. Interview 2, 6.8.2010, 1): Da die Erstaufnahmestelle Traiskirchen im Jahr 2004 überfüllt gewesen sei, habe der Puchenstubener Bürgermeister beschlossen, AsylwerberInnen in seiner Gemeinde aufzunehmen. Er „hatte schon vor seiner Entscheidung wichtige MultiplikatorInnen wie die Volksschuldirektorin und den Gemeindearzt eingebunden [...]“. (Langthaler, 2009) An zwei Abenden sei schließlich die Gemeindebevölkerung über das Vorhaben informiert worden. Es sei unter anderem berichtet worden, wie viele AsylwerberInnen aufgenommen werden sollten. Die TeilnehmerInnen konnten anschließend selbst darüber entscheiden, ob sie einer Unterbringung von AsylwerberInnen in der Gemeinde zustimmen. „Es wurde einstimmig beschlossen, dass man es versuchen will.“ Der Bürgermeister und die Gemeindevertretung hätten schließlich mit den TeilnehmerInnen der Informationsveranstaltung einen Katalog mit Bestimmungen für die Beherbergung der AsylwerberInnen erarbeitet (vgl. Interview 2, 6.8.2010, 1).

Die Gemeindebevölkerung sei demnach im ersten Prozess der Gründung des Quartiers informiert und sogar in den Entscheidungsprozess eingebunden gewesen.

Begegnungsmöglichkeiten Im Jahr 2004, nach der Gründung des Quartiers, habe es einige Begegnungsmöglichkeiten der AsylwerberInnen mit den PuchenstubenerInnen gegeben (vgl. Interview 2, 6.8.2010, 1): Als die ersten AsylwerberInnen in den Ort kamen, seien diese von der Gemeindebevölkerung begrüßt worden. Es sei gemeinsam Tee getrunken und Kuchen gegessen worden. Die Volkshilfe als Heimbetreiberin habe darüber hinaus Tage der offenen Tür initiiert. Auch nach einem Spendenaufruf sei die Hilfsbereitschaft der Gemeindemitglieder stark spürbar gewesen: Zahlreiche Gegenstände seien gespendet worden.

Auch die Tatsache, dass zahlreiche Kinder der AsylwerberInnen in die örtliche Volksschule gehen, biete Möglichkeiten zur Begegnung² (vgl. Langthaler, 2009).

„Früher war es ein aktives Miteinander, jetzt ist es ein freundliches Nebeneinander.“ (Interview 2, 6.8.2010, 1) So beschrieb der Puchenstubener Bürgermeister den Umgang der beiden Gruppen miteinander. Er erzählte jedoch von immer noch existenten Berührungspunkten: Als beispielsweise zwei AsylwerberInnen in der Gemeinde heirateten, hätten zwei Mitglieder aus der Gemeinde als TrauzeugInnen fungiert (vgl. Interview 2, 6.8.2010, 1).

Anteil an der Mehrheitsbevölkerung Insgesamt wohnten laut Puchenstubener Gemeindeamt (vgl. Telefonische Anfrage 1, 5.8.2010) im Jahr 2004 247 AsylwerberInnen in Puchenstuben. Am Stichtag 31.8.2004 waren 40 AsylwerberInnen im Quartier gemeldet. Insgesamt bietet das Quartier maximal 45 Plätze für Familien in Grundversorgung. 45 AsylwerberInnen bei einer Wohnbevölkerung von 303 gemeldeten Personen in Puchenstuben (Statistik Austria, 2009c) ergibt einen Bevölkerungsanteil von 14,85 % (eigene Berechnung).

Bildungsgrad der Mehrheitsgesellschaft Bei der Volkszählung im Jahr 2001 wurde unter anderem die höchste abgeschlossene Ausbildung abgefragt. Aus der Statistik geht hervor, dass 2001 121 in Puchenstuben gemeldete Personen, das entspricht 47,1 % der Wohnbevölkerung ab 15 Jahren, einen allgemeinbildenden Pflichtschulabschluss hatten (vgl. Statistik Austria, 2009h).

Familienstand Auf Wunsch der Gemeinde Puchenstuben sei 2004 in einer Absichtserklärung festgelegt worden, dass eine „Unterbringung von Personen in Familienverbänden“ vorrangig erwünscht sei (vgl. Interview 2, 6.8.2010, 2). Bei der Quartiersgründung zogen insgesamt 45 AsylwerberInnen ein, dies waren 8 Familien mit insgesamt 20 Kindern (vgl. Langthaler, 2009).

Grundsätzlich wohnen großteils Familien sowie alleinstehende Frauen mit Kindern im Quartier. Alleinstehende Asylwerber seien eher die Ausnahme (vgl. Telefonische Anfrage 1, 5.8.2010).

²Auf der vorhergehenden Seite wurde besprochen, dass durch den häufigen Wechsel der AsylwerberInnen-Kinder keine nennenswerten Vorteile für die Gemeinde entstünden. Begegnungsmöglichkeiten schafft die Anwesenheit der Kinder von AsylwerberInnen in der örtlichen Volksschule jedoch allemal.

Tabelle 4.3: Einflussfaktoren in der Gemeinde St. Michael/Lungau im Jahr 2004

Einflussfaktoren	Daten aus der Gemeinde
<i>Status des Quartierbetreibers</i>	gewerblicher Wirt
<i>Nutzen für die Gemeinde</i>	keine Nachteile für die Gemeinde, Ausnahme: Arbeitslosigkeit
<i>Informationsmaßnahmen</i>	kaum Information der Bevölkerung, anfangs einige negative Meldungen
<i>Begegnungsmöglichkeiten</i>	kaum Begegnungsmöglichkeiten der beiden Gruppen
<i>Anteil an der Mehrheitsbevölkerung</i>	0,97 %
<i>Bildungsgrad der Mehrheitsgesellschaft</i>	Pflichtschulabschluss: 39,1 % der St. MichaelerInnen ab 15 Jahren
<i>Familienstand</i>	hauptsächlich Familien
<i>Heterogene oder homogene Gruppe</i>	relativ homogene Gruppe, hauptsächlich Russische Föderation

Quelle: eigene Darstellung

Heterogene oder homogene Gruppe Am Stichtag 31.8.2004 waren die gemeldeten AsylwerberInnen aus der Russischen Föderation sowie aus Nigeria (vgl. Telefonische Anfrage 1, 5.8.2010). Die relativ homogene Gruppe der AsylwerberInnen beruhe auf einer Vereinbarung der Gemeinde Puchenstuben mit dem Land Niederösterreich, in welcher festgelegt wurde, dass möglichst nur AsylwerberInnen einer Nationalität aufgenommen werden sollten. Grund für diese Auflage sei die Befürchtung gewesen, dass es bei einer Unterbringung unterschiedlicher Nationalitäten zu vermehrten Problemen im Quartier kommen könnte. Bei dieser Vereinbarung handle es sich jedoch bloß um eine Absichtserklärung, im Laufe der Zeit sei die Zuteilung der AsylwerberInnen flexibler gehandhabt worden (vgl. Interview 2, 6.8.2010, 2).

4.2 Gemeinden mit ablehnendem Verhalten

4.2.1 St. Michael im Lungau

Tabelle 4.3 zeigt relevante Informationen zur Gemeinde St. Michael/Lungau aus dem Jahr 2004, welche im Anschluss näher ausformuliert werden.

Status des Quartierbetreibers Seit September 2004 werden AsylwerberInnen im Gasthof Staigerwirt in St. Michael im Lungau untergebracht. Betrieben wird der Gasthof von einer Familie. Neben der Unterbringung der AsylwerberInnen stehe der Gasthof auch anderen Gästen zur Verfügung (vgl. Interview 3, 12.8.2010, 1).

Nutzen für die Gemeinde Im Vorfeld der Unterbringung von AsylwerberInnen wurden von einigen Seiten zahlreiche Befürchtungen in der Öffentlichkeit kommuniziert: So meldeten sich etwa der Obmann des Tourismusverbandes St. Michael sowie der St. Michaeler Bürgermeister zu Wort und äußerten ihre Bedenken in lokalen Gemeindeblättern (vgl. Marktgemeinde St. Michael, 2004; vgl. St. Michael im Lungau, 2004). Man befürchtete beispielsweise einen Imageverlust der Tourismusgemeinde sowie einen schulischen Misserfolg der SchülerInnen aus der Gemeinde. Beim Thema Schule existierten auch Bedenken über eine „Kostenbelastung der Gemeinde“ (Marktgemeinde St. Michael, 2004, 2). Eine weitere Sorge betraf mögliche Konflikte, die durch eine Unterbringung von AsylwerberInnen entstehen könnten: „Die Betreuungsmöglichkeiten bzw. Intensität (geschultes Personal nur einmal wöchentlich in der Unterkunft) und die Sprachkenntnisse scheinen nicht ausreichend, um einen reibungslosen Ablauf der Unterbringung, geschweige den [sic!] die frühzeitige Erkennung von Konfliktpotential zu gewährleisten.“ (Marktgemeinde St. Michael, 2004, 2)

Aus dem Interview ergab sich jedoch, dass diese anfänglichen Befürchtungen sich nicht bestätigt hätten (vgl. Interview 3, 12.8.2010, 2). Es seien demnach keine negativen Auswirkungen auf den Fremdenverkehr spürbar gewesen, da die AsylwerberInnen im Ort kaum aufgefallen seien.

Zur Schulthematik meinte der ehemalige St. Michaeler Bürgermeister im Interview, es bestehe die Möglichkeit, dass bei einer erhöhten Anzahl von AsylwerberInnen in der Schule der Schulerfolg der einheimischen SchülerInnen leiden könne (vgl. Interview 3, 12.8.2010, 2).

Ein strukturschwächender Faktor, der zu ablehnenden Verhaltensweisen beitrage, sei in St. Michael zentral (vgl. Interview 3, 12.8.2010, 3): Im Lungau und auch in St. Michael existiere eine relativ hohe Arbeitslosigkeit. Wenn nun AsylwerberInnen Gemeindearbeiten verrichteten, die auch die Mehrheitsbevölkerung gerne machen würde, entstünden sehr leicht Neidgefühle. Dies

führe zu einer negativen Stimmung in der Gemeinde.

Informationsmaßnahmen Im Vorfeld der Quartiersgründung in St. Michael wurden einige negative Informationen über lokale Medien kommuniziert (vgl. Marktgemeinde St. Michael, 2004; vgl. St. Michael im Lungau, 2004). Nachdem die Gemeindevertretung vor der Umwandlung des Gasthofes in ein AsylwerberInnen-Quartier über dieses Vorhaben vom damals zuständigen Landesrat informiert worden sei, verfasste diese eine ablehnende Stellungnahme. Es wurden dennoch AsylwerberInnen im Quartier untergebracht. Der Bürgermeister meinte in einer Meldung dazu etwa: „Damit hat das Land Salzburg den Wunsch und die Beschlüsse der Marktgemeinde St. Michael nicht respektiert und hat gegen den Willen der Marktgemeinde St. Michael im Lungau bestimmt.“ (Marktgemeinde St. Michael, 2004, 12)

Da sowohl der Bürgermeister als auch die Gemeindevertretung nicht hinter einer Unterbringung von AsylwerberInnen in der Gemeinde gestanden hätten, habe ersterer eine ausführliche Information der Gemeindebevölkerung bewusst zurückgehalten. Als Begründung nannte er die Befürchtung, dass man sonst Proteste in der Bevölkerung hätte hervorrufen können und dass die AsylwerberInnen durch derartige Informationsmaßnahmen erst sichtbar gemacht würden, was wiederum zu einer Polarisierung und folglich zu Problemen geführt hätte (vgl. Interview 3, 12.8.2010, 2,3). Da man sowieso nicht die gesamte Gemeindebevölkerung von einer positiven Einstellung überzeugen könne, entschied sich der Bürgermeister gegen eine umfangreiche Information. Die Mehrheitsbevölkerung habe daher lediglich eine einmalige kurze Information über Flugblätter erhalten (vgl. Interview 3, 12.8.2010, 2,3).

Begegnungsmöglichkeiten Ebenso wie bei Informationsmaßnahmen sei der Bürgermeister auch nicht von einer positiven Wirkung von Begegnungen mit AsylwerberInnen überzeugt gewesen. Es habe demnach keine breitenwirksamen Treffen für die beiden Gruppen gegeben, da derartige Veranstaltungen denjenigen eine Plattform geboten hätten, die gegen eine Unterbringung seien und somit die negative Stimmung nur begünstigt hätten (vgl. Interview 3, 12.8.2010, 2) Der Bürgermeister meinte weiter, dass diejenigen Personen, die den AsylwerberInnen gegenüber positiv eingestellt seien, sowieso einen Zugang zu diesen finden würden (vgl. Interview 3, 12.8.2010, 2).

Es habe jedoch zumindest einige Versuche des Sozialkreises der Pfarre gegeben, in dessen Namen eine gemeinsame Weihnachtsfeier und eine Teilnahme bei der Bildungswoche ermöglicht wurden. Von Seiten der Gemeindebevölkerung seien Begegnungsmöglichkeiten jedoch nicht angestrebt worden (vgl. Interview 3, 12.8.2010, 2).

Anteil an der Mehrheitsbevölkerung Der Gasthof in St. Michael beherbergt maximal 35 AsylwerberInnen zur selben Zeit (vgl. Interview 3, 12.8.2010, 1). Bei der Volkszählung der Statistik Austria im Jahr 2001 waren 3.590 EinwohnerInnen in St. Michael/Lungau gemeldet (Statistik Austria, 2009d). Dies ergibt einen Anteil der AsylwerberInnen an der Gesamtbevölkerung von 0,97 % (eigene Berechnung).

Bildungsgrad der Mehrheitsgesellschaft Bei der Volkszählung im Jahr 2001 wurde unter anderem die höchste abgeschlossene Ausbildung der Gemeindebevölkerung abgefragt. Aus der Statistik geht hervor, dass 2001 1.138 in St. Michael gemeldete Personen, das entspricht 39,1 % der Wohnbevölkerung ab 15 Jahren, einen allgemeinbildenden Pflichtschulabschluss hatten (vgl. Statistik Austria, 2009g).

Familienstand Aus dem Interview geht hervor, dass 2004 hauptsächlich AsylwerberInnen im Familienverband im Gasthof untergebracht waren. Es hätten lediglich vereinzelt auch alleinstehende AsylwerberInnen im Quartier gewohnt (vgl. Interview 3, 12.8.2010, 1).

Heterogene oder homogene Gruppe Eine genaue Auflistung der AsylwerberInnen nach Herkunftsländern und Religionszugehörigkeit ließ sich nicht ausfindig machen. 2004 seien jedoch nur AsylwerberInnen aus der Russischen Föderation im Quartier untergebracht gewesen (vgl. Interview 3, 12.8.2010, 1).

4.2.2 Ramingstein

Tabelle 4.4 zeigt relevante Informationen zur Gemeinde Ramingstein aus dem Jahr 2006, welche in der Folge näher ausformuliert werden.

Tabelle 4.4: Einflussfaktoren in der Gemeinde Ramingstein im Jahr 2006

Einflussfaktoren	Daten aus der Gemeinde
<i>Status der Quartierbetreiberin</i>	gewerbliche Wirtin
<i>Nutzen für die Gemeinde</i>	Stärkung des Schulstandortes, Hilfsarbeiten, keine Nachteile für Fremdenverkehr
<i>Informationsmaßnahmen</i>	keine Information der Bevölkerung vor Ankunft der AsylwerberInnen
<i>Begegnungsmöglichkeiten</i>	Begegnungen existierten, v.a. durch Gemeindearbeiten der AsylwerberInnen
<i>Anteil an der Mehrheitsbevölkerung</i>	3,10 %
<i>Bildungsgrad der Mehrheitsgesellschaft</i>	Pflichtschulabschluss: 44,7 % der RamingsteinerInnen ab 15 Jahren
<i>Familienstand</i>	Familien und alleinstehende Frauen und Männer
<i>Heterogene oder homogene Gruppe</i>	unterschiedliche Herkunftsländer

Quelle: eigene Darstellung

Status der Quartierbetreiberin Von 2004 bis 2008 wurden AsylwerberInnen im Gasthof Durigon in Ramingstein untergebracht (vgl. Interview 4, 7.8.2010). Die Quartierbetreiberin war demnach eine gewerbliche Wirtin. Die AsylwerberInnen seien gemeinsam mit anderen Gästen im Haus untergebracht gewesen, der normale Gasthofbetrieb sei also parallel zur Flüchtlingsunterbringung geführt worden (vgl. Interview 4, 7.8.2010, 4).

Nutzen für die Gemeinde Die Frage nach dem Nutzen für die Gemeinde habe 2006 in Ramingstein eine wichtige Rolle im Zusammenhang mit der Unterbringung von AsylwerberInnen gespielt. Die Wirtin der ehemaligen AsylwerberInnen-Unterkunft berichtete im Interview etwa, dass die Unterbringung einen großen Vorteil sowohl für den Kindergarten als auch für die Schule in der Gemeinde gehabt hätte. Zuvor existierte das Problem, dass zu wenige SchülerInnen die Schule in Ramingstein besuchten. „Da haben wir zur Landesregierung immer gesagt, sie sollen uns Familien mit Kindern im Schulalter, also im Volksschulalter, schicken. Weil dann haben die Lehrer einen Job [...].“ (Interview 4, 7.8.2010, 5) Eine Klassenteilung sei somit erst durch die Unter-

bringung der AsylwerberInnen in der Gemeinde ermöglicht worden, was einen großen Vorteil für die Gemeinde dargestellt habe (vgl. Interview 4, 7.8.2010, 5).

Ein weiterer positiver Aspekt seien Hilfsarbeiten gewesen, die die AsylwerberInnen für die Gemeinde verrichteten (vgl. Interview 4, 7.8.2010, 6). Die AsylwerberInnen hätten der Gemeindebevölkerung jedoch auch freiwillig geholfen, zum Beispiel beim Rasenmähen (vgl. Interview 4, 7.8.2010, 5).

Negative Folgen für den Fremdenverkehr in Ramingstein habe die Unterbringung der AsylwerberInnen im Gasthof laut Interview keine gehabt (vgl. Interview 4, 7.8.2010, 6). „Ich habe selber vier Jahre lang beide [TouristInnen und AsylwerberInnen] untergebracht und es war überhaupt kein Nachteil, absolut [nicht].“ (Interview 4, 7.8.2010, 6)

Informationsmaßnahmen Aus Westmans Forschungsarbeit (vgl. Westman, 2006, 13) geht hervor, dass die Bevölkerung vor der Ankunft der AsylwerberInnen in Ramingstein nicht informiert worden sei. Generell hätten die RamingsteinerInnen stets von einer „Nacht-und-Nebel-Aktion“ (Westman, 2006, 13) im Zusammenhang mit dem Einzug der ersten AsylwerberInnen berichtet. Die Tatsache, dass die Bevölkerung erst nach dem Eintreffen der AsylwerberInnen Informationen erhalten habe, leugnete die Wirtin nicht. Sie begründete diese Entscheidung jedoch folgendermaßen:

„Und damals war im April 2004, das Ministerium hatte ein Problem [...] und die haben sie [die AsylwerberInnen] einfach in den Bus hineingesteckt und in den Wald irgendwohin gebracht. Und dafür haben sie gesucht und haben uns angerufen, ob wir helfen, ob wir die Asylwerber nehmen. Wir hatten aber noch keinen Vertrag oder ähnliches. Wir haben gesagt 'Gut, wir machen das, wenn die Gemeinde zustimmt.' [...] Und das war für sie [das Bundesministerium für Inneres] eine Notsituation sozusagen, so schnell wie möglich die Leute unter Dach zu bringen. Und damals hat die Gemeinde zugestimmt und ich habe sie aufgenommen.“ (Interview 4, 7.8.2010, 2)

Aus einer Notsituation heraus musste folglich eine schnelle Entscheidung getroffen werden, die ein Einbeziehen der ortsansässigen Bevölkerung nicht

4 Einflussfaktoren in den Gemeinden

zugelassen habe. Lediglich die GemeindevertreterInnen seien bei der Ankunft der AsylwerberInnen anwesend gewesen und hätten deren Unterbringung einstimmig beschlossen (vgl. Interview 4, 7.8.2010, 2).

Nachdem die AsylwerberInnen bereits im Quartier eingezogen waren, habe schließlich ein Informationsabend für die Bevölkerung stattgefunden. „Das heißt, die Leute, die Interesse hatten, sind gekommen und haben das ein bisschen beobachtet.“ (Interview 4, 7.8.2010, 2).

Begegnungsmöglichkeiten Trotz einiger Konflikte im Ort habe es durchaus Kontakt der Gemeindebevölkerung mit den AsylwerberInnen gegeben. Die Wirtin berichtet etwa von Begegnungen im öffentlichen Raum:

„Die älteren Damen und die älteren Herren [...] haben sich begrüßt auf der Straße, sie haben gesprochen. Sie haben gesagt, das sind ganz nette Leute. Sie sind ab und zu hierher gekommen und haben irgendwas mitgebracht, Kleider, Schuhe, für die Kinder etwas.“ (Interview 4, 7.8.2010, 4)

Auch ein Tschetschenischer Abend sei in der Volksschule veranstaltet worden. Größere Feste habe es jedoch darüber hinaus keine gegeben (vgl. Interview 4, 7.8.2010, 4).

Betrachtet man die – teilweise freiwilligen – Gemeindearbeiten, die die AsylwerberInnen verrichteten, lassen sich auch hier Kontaktmöglichkeiten ausmachen: AsylwerberInnen hätten beispielsweise Mäharbeiten für ältere Personen verrichtet (vgl. Interview 4, 7.8.2010, 5).

Anteil an der Mehrheitsbevölkerung Das Quartier in Ramingstein konnte maximal 40 AsylwerberInnen aufnehmen (vgl. Interview 4, 7.8.2010, 1). Bei der Probezählung der Statistik Austria im Jahr 2006 waren 1.288 EinwohnerInnen in Ramingstein gemeldet (Statistik Austria, 2009b). Dies ergibt einen Anteil der AsylwerberInnen an der Gemeindebevölkerung von 3,10 % (eigene Berechnung).

Bildungsgrad der Mehrheitsgesellschaft Bei der Volkszählung im Jahr 2001 wurde unter anderem die höchste abgeschlossene Ausbildung der Gemeindebevölkerung abgefragt. Aus der Statistik geht hervor, dass 2001 520 in Ramingstein gemeldete Personen, das entspricht 44,7 % der Wohnbevölkerung ab 15

Jahren, einen allgemeinbildenden Pflichtschulabschluss hatten (vgl. Statistik Austria, 2009f).

Familienstand Im Ramingsteiner Quartier waren im Jahr 2006 sowohl Familien als auch alleinstehende Frauen und Männer untergebracht (vgl. Interview 4, 7.8.2010, 1).

Heterogene oder homogene Gruppe Am Stichtag 30.9.2006 waren 36 AsylwerberInnen aus unterschiedlichen Herkunftsländern in Ramingstein gemeldet. Von diesen 36 Personen kamen 14 aus der Russischen Föderation und 8 aus Serbien und Montenegro; die restlichen AsylwerberInnen waren aus der Ukraine, Mazedonien, Armenien, Irak, Iran, Syrien, Aserbaidshan. Was die Religionszugehörigkeit der gemeldeten AsylwerberInnen am Stichtag betrifft, so gaben von den 36 Personen 22 ein islamisches Glaubensbekenntnis an. Eine Person war zu diesem Zeitpunkt orthodox, die Religionszugehörigkeit der restlichen 13 Personen ist unbekannt (vgl. Telefonische Anfrage 2, 5.8.2010).

Betrachtet man also die Herkunftsländer der einzelnen AsylwerberInnen, so handelte es sich zum Stichtag um eine heterogene Gruppe.

Tabelle 4.5: Gegenüberstellung der Gemeinden

Einflussfaktoren	Puch/Hallein	Puchenstuben	St. Michael/Lungau	Ramingstein
<i>Status der QuartierbetreiberInnen</i>	karitativ	karitativ	gewerblich	gewerblich
<i>Nutzen für die Gemeinde</i>	kein klassischer, aber informeller Strukturerehalt	Strukturerehalt in der Praxis kaum umsetzbar	keine Nachteile für die Gemeinde, Ausnahme: Arbeitslosigkeit	Stärkung des Standortortes, Hilfsarbeiten, keine Nachteile für Fremdenverkehr
<i>Informationsmaßnahmen</i>	zahlreiche Informationsveranstaltungen	anfangs Einbindung der Bevölkerung	kaum Information, anfangs negative Meldungen	keine Information vor Anknunft der AsylwerberInnen
<i>Begegnungsmöglichkeiten</i>	zahlreiche Möglichkeiten	von „aktivem Miteinandere“ zu „freundlichem Nebeneinander“	kaum Begegnungsmöglichkeiten	Begegnungen u.A. durch Gemeindearbeiten
<i>Anteil an der Mehrheitsbevölkerung</i>	0,84 %	14,85 %	0,97 %	3,10 %
<i>Bildungsgrad der Mehrheitsgesellschaft</i>	Pflichtschulabschluss: 27,4 % ab 15 Jahre	Pflichtschulabschluss: 47,1 % ab 15 Jahre	Pflichtschulabschluss: 39,1 % ab 15 Jahre	Pflichtschulabschluss: 44,7 % ab 15 Jahre
<i>Familienstand</i>	Familien, alleinstehende Frauen und Männer	bevorzugt Familien	hauptsächlich Familien	Familien, alleinstehende Frauen und Männer
<i>Heterogene oder homogene Gruppe</i>	heterogene verschiedenste kunftsländer	homogene hauptsächlich Föderation	homogene hauptsächlich Föderation	Gruppe, unterschiedliche kunftsländer

Quelle: eigene Darstellung

5 Vergleichende Analyse und Ergebnisse

Das vorhergehende Kapitel stellte gegenüber, welche Einflussfaktoren in den untersuchten Gemeinden relevant waren. Dieses Kapitel widmet sich nun anhand dieser Auflistung der vergleichenden Analyse und Diskussion der relevanten Faktoren. Ziel der Besprechung ist die Beantwortung der eingangs gestellten zentralen Frage, welche dieser Faktoren einen relevanten Einfluss auf das Verhalten der Mehrheitsbevölkerung gegenüber AsylwerberInnen in den vier Gemeinden haben.

Zu Beginn soll jeweils in Erinnerung gerufen werden, welche Feststellungen sich aus der Literatur bezüglich der einzelnen Faktoren entnehmen lassen. Weiters erfolgt eine (Nicht-)Bestätigung der Grundannahmen bezüglich ihres Einflusses auf Verhalten in den vier Gemeinden aufgrund eines Vergleichs von Daten und Fakten. Darüber hinaus wird der Einfluss des jeweiligen Faktors auf der Grundlage von Aussagen der interviewten ExpertInnen analysiert und besprochen.

Es sei vorweg genommen, dass die Konzentration dieser Arbeit auf vier Gemeinden in Österreich keine pauschalen Aussagen über diese Fälle hinaus zulässt. Die Ergebnisse der vergleichenden Analyse sind aufgrund der vorliegenden explorativen Untersuchung lediglich auf die vier betrachteten Gemeinden anwendbar und bieten keine generellen Erkenntnisse über Einflussfaktoren in weiteren Gemeinden – wenngleich manche Feststellung als Grundlage für weitere Untersuchungen in Gemeinden dienen könnte.

5.1 Strukturelle Rahmenbedingungen der Unterbringung

Eine Annahme in dieser Arbeit lautet, dass strukturelle Rahmenbedingungen das Verhalten der Mehrheitsbevölkerung gegenüber AsylwerberInnen beeinflussen. An dieser Stelle erfolgt nun eine Untersuchung des Einflusses der Faktoren „Status der QuartierbetreiberInnen“, „Nutzen für die Gemeinde“, „Informationsmaßnahmen und Begegnungsmöglichkeiten“ sowie „Anteil an der Mehrheitsbevölkerung“ in den vier untersuchten Gemeinden.

5.1.1 Status der QuartierbetreiberInnen

Wie bereits in Kapitel 2.3.1 ab Seite 21 ausgeführt wurde, kann der Status der QuartierbetreiberInnen ein wichtiger Einflussfaktor für aufnehmendes oder ablehnendes Verhalten sein (vgl. Liebing/Reichl, 2007b; vgl. Westman, 2006; vgl. Brunner et al., 1998).

Liebing/Reichl (2007b, 54) sowie Westman (2006, 18) stellten etwa fest, dass gewerbliche BetreiberInnen negatives Verhalten dadurch fördern würden, dass sie Neid in der Bevölkerung hervorrufen.

Brunner (1998, 76) und Liebing/Reichl (2007b, 54) fanden im Gegenzug dazu heraus, dass karitative BetreiberInnen durch ihre „institutionelle“ Rechtfertigung“ (Liebing/Reichl, 2007b, 54) eher zu aufnehmendem Verhalten unter der Gemeindebevölkerung beitragen würden als gewerbliche WirtInnen.

In den vier untersuchten Gemeinden zeigte sich, dass der Status der QuartiergeberInnen einen Einfluss auf aufnehmendes bzw. ablehnendes Verhalten hat. Sowohl das Pucher als auch das Puchenstubener Quartier, welche als Gemeinden mit aufnehmendem Verhalten charakterisiert werden, wurden zum Untersuchungszeitpunkt von karitativen Quartiergeberinnen – Caritas bzw. Volkshilfe – betrieben (vgl. Caritas Salzburg, 2004; vgl. Volkshilfe Österreich, 2008).

Die beiden Quartiere in St. Michael und Ramingstein, welche in den Bereich der Gemeinden mit ablehnenden Verhaltensweisen fallen, wurden hingegen von privaten WirtInnen betrieben (vgl. Westman, 2006; vgl. Marktgemeinde St. Michael, 2004).

Aufgrund des Vergleichs der Fallgemeinden ließe sich somit bestätigen, dass

der Status der QuartiergeberInnen anscheinend einen Einfluss auf aufnehmendes bzw. ablehnendes Verhalten in der Mehrheitsbevölkerung hat. Dies ging auch aus den ExpertInneninterviews hervor: Im Interview mit der Pucher Heimleiterin wurde diese Annahme beispielsweise bestätigt (vgl. Interview 1, 6.8.2010, 1): Es mache demnach einen Unterschied, ob eine NGO oder einE gewerblicheR WirtIn ein Quartier für AsylwerberInnen betreue. „Wir hören immer wieder: 'Und bei uns funktioniert es deshalb so gut, weil es die Caritas macht.' Weil sie [die Gemeindemitglieder] uns zutrauen, einen anderen Hintergrund, einen anderen Antrieb für die Unterbringung und die Versorgung von Asylwerbenden zu haben.“ (Interview 1, 6.8.2010, 1) Im Gegensatz dazu meinte die Expertin weiter, dass es natürlich sehr viele Vorbehalte gegen gewerbliche Quartiere gebe. Ein Grund hierfür sei die Meinung in der Bevölkerung, der/die WirtIn beherberge AsylwerberInnen bloß aus finanziellen Gründen (vgl. Interview 1, 6.8.2010, 1).

Auch der Puchenstubener Bürgermeister bestätigte diese Aussage (vgl. Interview 2, 6.8.2010, 2): Er meinte etwa, eine Unterbringung durch Privatpersonen sei nicht vorteilhaft für das Verhalten der Mehrheitsbevölkerung. Eine NPO hingegen achte nicht auf ihren persönlichen Gewinn, sondern auf das Wohlergehen der AsylwerberInnen (vgl. Interview 2, 6.8.2010, 2).

Der ehemalige Bürgermeister von St. Michael relativierte die oben getätigten Aussagen jedoch folgendermaßen (vgl. Interview 3, 12.8.2010, 2): Natürlich könne es Schwierigkeiten geben, wenn einE WirtIn nur an seinem/ihrer finanziellen Gewinn interessiert sei. Wesentlich sei jedoch nicht unbedingt der Status des/der QuartierbetreiberIn, sondern sein/ihr Engagement den AsylwerberInnen und der Bevölkerung gegenüber.

Abschließend lässt sich zum Status des/der QuartiergeberIn also festhalten, dass es einen Unterschied macht, ob dieseR eine karitative Organisation oder einE gewerblicheR WirtIn ist. Es ist jedoch die Grundintention hinter der Unterbringung von AsylwerberInnen, die den Ausschlag gibt. So etwa kann einE gewerblicheR WirtIn genauso zu aufnehmendem Verhalten in einer Gemeinde beitragen, wenn er/sie genügend Engagement mitbringt und eventuell sogar versucht, Kontakte der beiden Gruppen herzustellen (siehe hierzu Kapitel 5.1.3 ab Seite 62).

5.1.2 Nutzen für die Gemeinde

Auch die Frage, ob sich durch die Unterbringung von AsylwerberInnen Vor- oder Nachteile für eine Gemeinde ergeben, kann laut Literatur ein Einflussfaktor sein.

Strukturerhaltende Faktoren würden demnach zu aufnehmendem Verhalten führen (vgl. Brunner et al., o.J; vgl. Brunner et al., 1998), während strukturschwächende Faktoren ablehnendes Verhalten einer Mehrheitsbevölkerung begünstigen würden (siehe Kapitel 2.3.1 ab Seite 21). Wenn eine Gemeinde und somit auch ihre Bevölkerung aus der Unterbringung von AsylwerberInnen also einen Vorteil genießt, so äußert sich dies wiederum in aufnehmenden Verhaltensweisen der Mehrheitsbevölkerung. Ergeben sich durch die Beherbergung von Asylsuchenden jedoch Nachteile für eine Gemeinde, wie etwa fehlende Arbeitsplätze oder überfüllte Kindergärten, kann dies ablehnendes Verhalten hervorrufen.

Bei der Durchführung der empirischen Untersuchungen ergaben sich folgende Erkenntnisse: In den beiden Gemeinden mit aufnehmendem Verhalten Puch und Puchenstuben gab es weder eine wesentliche Stärkung noch eine Schwächung der bestehenden Gemeindestrukturen. Die Pucher Heimleiterin meinte dazu etwa: „Die klassische Strukturerhaltung können wir jetzt nicht bieten, ich glaube aber, dass wir zu einer informellen Strukturerweiterung auf alle Fälle beitragen.“ (Interview 1, 6.8.2010, 7) Damit meint sie einen kulturellen Austausch der Mehrheitsbevölkerung mit den AsylwerberInnen, welcher etwa dadurch entstehe, dass SchülerInnen die Hilfe der AsylwerberInnen beim Verfassen von Schulreferaten in Anspruch nehmen oder Ähnliches.

Auch in Puchenstuben konnten keine besonderen Vorteile für die Gemeinde aus der Unterbringung von AsylwerberInnen gezogen werden. Der Bürgermeister meinte zwar, dass derartige Überlegungen für ihn persönlich ausschlaggebend für seine Entscheidung für eine Unterbringung gewesen seien. In der Praxis habe sich jedoch herausgestellt, dass beispielsweise die Volksschule durch den häufigen Wechsel der AsylwerberInnen-Kinder nicht von einer Unterbringung profitiert habe (vgl. Interview 2, 6.8.2010, 1).

In den beiden Gemeinden mit ablehnendem Verhalten konnten sowohl strukturerhaltende als auch -schwächende Elemente festgestellt werden: Positiv für die Gemeinde St. Michael sei etwa gewesen, dass diese, entgegen aller anfänglichen Befürchtungen, keine Einbußen im Fremdenverkehr aufgrund der

5.1 Strukturelle Rahmenbedingungen der Unterbringung

Unterbringung von AsylwerberInnen erlitten habe (vgl. Interview 3, 12.8.2010, 2). Ramingstein konnte sogar von einer Klassenteilung in der Volksschule profitieren. „Das war natürlich ein großer Vorteil für die Gemeinde.“ (Interview 4, 7.8.2010, 5) Auch durch die – teilweise freiwilligen – Gemeindefarbeiten, die die AsylwerberInnen verrichteten, habe die Gemeinde Ramingstein Unterstützung erfahren (vgl. Interview 4, 7.8.2010, 5). Ein weiterer Vorteil ergab sich für die Gemeinde, da die Quartierbetreiberin des öfteren den Gasthof renovieren ließ. „Wir haben sehr viel mit einheimischen Firmen gearbeitet, während die Asylwerber hier gewohnt haben. Alle Firmen hatten da nur Vorteile.“ (Interview 4, 7.8.2010, 7)

In St. Michael hätten sich hingegen auch Nachteile aus der Unterbringung ergeben, etwa durch die Problematik der Arbeitslosigkeit: Würden AsylwerberInnen Gemeindefarbeiten verrichten, die auch die ortsansässige Bevölkerung gerne machen würde, so entstehe Neid, welcher in der Folge zu ablehnendem Verhalten führe (vgl. Interview 3, 12.8.2010, 3).

Der Einfluss von Fragen nach dem Nutzen für eine Gemeinde scheint im Zusammenhang mit aufnehmendem bzw. ablehnendem Verhalten äußerst komplex zu sein. Profitiert eine gesamte Gemeinde von der Unterbringung von AsylwerberInnen, kann dies auch einen Einfluss auf aufnehmendes Verhalten haben. „Man muss die Gemeindebevölkerung immer wieder einmal darauf hinweisen, auch das macht Sinn, [...], mit solchen Dingen [beispielsweise gemeinnütziger Arbeit] wird man [als AsylwerberIn] auch noch einmal anders in das Bewusstsein der Menschen gebracht.“ (Interview 1, 6.8.2010, 7)

Aus zwei Interviews ergab sich ein bisher unberücksichtigt gebliebener Vorteil für eine Gemeinde: Kann eine Gemeindebevölkerung stolz auf ihre Gemeinde als funktionierenden Unterbringungsort blicken, kann dies aufnehmendes Verhalten weiter verstärken. Die Pucher Heimleiterin meinte etwa: „[M]ittlerweile sehen sie [die PucherInnen] sich ja auch ein bisschen in der VorreiterInnenrolle und heften sich das auch ein bisschen auf ihre Flügel und sehen sich daher vielleicht auch ein bisschen heroisch. Zu sagen: 'Ja, wir haben uns getraut und es funktioniert gut.'“ (Interview 1, 6.8.2010, 9)

Auch im Gespräch mit dem Puchenstubener Bürgermeister ließ sich eine derartige Einstellung ausmachen: Die Tatsache, dass eine kleine Gemeinde wie Puchenstuben freiwillig 40 bis 45 AsylwerberInnen aufnehme, verschaffe der Gemeinde einen besonderen Status (vgl. Interview 2, 6.8.2010, 1). Stolz als

Vorteil für die Gemeinde spielt demnach in diesem Bereich eine zentrale Rolle.

Es kann für die vier untersuchten Gemeinden anhand des erfolgten Vergleichs nicht eindeutig bestätigt werden, dass Vor- bzw. Nachteile aus der Unterbringung einen maßgeblichen Einfluss auf das Verhalten der Mehrheitsbevölkerung haben. Diese Aussage lässt sich aufgrund der Erkenntnis treffen, dass sowohl Gemeinden mit aufnehmendem als auch ablehnendem Verhalten Vor- und Nachteile aus der Unterbringung von AsylwerberInnen davontragen. Es existieren zahlreiche Vor- und Nachteile, die im Zuge einer Unterbringung auftreten können. Ob einzelne dieser Möglichkeiten einen Einfluss auf das Verhalten der Mehrheitsbevölkerung haben können, hängt von den spezifischen Interessen in der Gemeinde ab.

5.1.3 Informationsmaßnahmen und Begegnungsmöglichkeiten

Information und Kontakte spielen in Literaturbeiträgen eine zentrale Rolle beim Einfluss auf aufnehmendes Verhalten einer Mehrheitsbevölkerung gegenüber AsylwerberInnen (vgl. Büttner/Meyer, 2001; vgl. Haller/Feistritzer, 2001; vgl. Brunner et al., o.J; vgl. Finney, 2005). Da im Unterbringungsprozess die Faktoren „Informationsmaßnahmen“ und „Begegnungsmöglichkeiten“ teilweise unterschiedlich gehandhabt wurden, sollen diese beiden Punkte im Anschluss getrennt besprochen werden.

Informationsmaßnahmen

Zu den Informationsmaßnahmen für die Mehrheitsbevölkerung ließ sich eine Vielzahl von Angaben aus den Interviews ausmachen. Es soll daher zuerst ein vergleichender Überblick über die Informationsmaßnahmen in den einzelnen Gemeinden gegeben werden, bevor eine (Nicht-)Bestätigung der Annahme, dass Informationen aufnehmendes Verhalten in den vier Kommunen fördern würden, erfolgt.

Die beiden InterviewpartnerInnen aus den Gemeinden mit aufnehmendem Verhalten berichteten von zahlreichen Informationsmaßnahmen für die Mehrheitsbevölkerung:

In der Gemeinde Puch lief dieser Prozess etwa wie folgt ab (vgl. Interview 1,

6.8.2010, 2,3): Als die Gemeindevertretung im Jahr 2004 erfahren habe, dass eine Unterbringung von AsylwerberInnen in der Gemeinde Puch geplant sei, beschlossen eben jene GemeindevertreterInnen, eine erste Informationsveranstaltung für die ortsansässige Bevölkerung abzuhalten. In dieser Veranstaltung habe man die Gemeindemitglieder erstmals über die Pläne informiert und ein Meinungsaustausch habe stattgefunden. „Das war eine sehr gut besuchte Veranstaltung im Frühjahr 2004 und die Wogen sind dort sehr hoch gegangen. [...] Es war gut, dass es die Möglichkeit gab, das alles so offen anzusprechen.“ (vgl. Interview 1, 6.8.2010, 2) Ausgehend von dieser Veranstaltung habe man schließlich die Unterbringung von 30 AsylwerberInnen in der Gemeinde einstimmig beschlossen.

Vor dem offiziellen Einzug der AsylwerberInnen im Juli 2004, berichtete die Pucher Heimleiterin, habe man eine weitere öffentliche Veranstaltung im Quartier für die PucherInnen organisiert. „Wir haben da großflächig über die Gemeinde, über die Pfarre, eingeladen, Interessierte, sich das Haus anzuschauen, sich anzuhören, wie wir planen, dort vorzugehen. An diesem Informationsabend waren dann 40-50 sehr interessierte PucherInnen.“ (Interview 1, 6.8.2010, 3) Auch ein AnrainerInnen-Beirat sei laut Heimleiterin gegründet worden, welcher in 4-wöchigen Abständen zusammenkommen sollte, um eventuelle Fragen und Probleme zu besprechen.

Weiters berichtete die Heimleiterin im Interview (vgl. Interview 1, 6.8.2010, 5), dass sie einmal jährlich für die Gemeindevertretung einen Rückblick über das abgelaufene Jahr präsentiere. Im Fokus stünden hier Ereignisse im Quartier, das Funktionieren der Zusammenarbeit mit der Gemeinde, aber auch die momentane rechtliche Situation von AsylwerberInnen in Österreich.

Speziell für die Bevölkerung habe man zwei Informationsveranstaltungen organisiert, welche über die generelle Situation von AsylwerberInnen informiert hätten. Auch eine Ausstellung sei initiiert worden (vgl. Interview 1, 6.8.2010, 5).

Auch in der Gemeinde Puchenstuben sei die Bevölkerung maßgeblich am Unterbringungsprozess beteiligt gewesen (vgl. Interview 2, 6.8.2010, 1). Nachdem sich der Bürgermeister für eine Unterbringung von AsylwerberInnen im Ort entschieden hatte, habe er einen gemeinsamen Abend für die PuchenstubenerInnen veranstaltet. Bei dieser Informationsveranstaltung habe man die Bevölkerung darüber informiert, welche und wie viele AsylwerberInnen unter-

gebracht werden sollten. Die Entscheidung über die Unterbringung habe man schließlich den TeilnehmerInnen der Veranstaltung überlassen – es folgte ein einstimmiger Beschluss über eine Quartiersgründung. Es sei in der Folge auch ein Katalog von den TeilnehmerInnen erstellt worden, welchen Bestimmungen die Unterbringung unterliegen sollte (vgl. Interview 2, 6.8.2010, 1).

In den Gemeinden St. Michael und Ramingstein, in welchen ablehnende Verhaltensweisen nachgewiesen werden konnten, spielte sich der Informationsprozess gegenteilig ab:

In Ramingstein etwa habe man aufgrund einer Notsituation im Vorfeld der Quartiersgründung keine Möglichkeit gefunden, die Bevölkerung über dieses Vorhaben zu informieren (vgl. Interview 4, 7.8.2010, 2). Lediglich die GemeindevertreterInnen seien über den Einzug der AsylwerberInnen informiert gewesen, und eine Unterbringung sei einstimmig beschlossen worden. Bei der Bevölkerung habe dieses Vorgehen den Eindruck einer „Nacht-und-Nebel-Aktion“ hinterlassen (vgl. Interview 4, 7.8.2010, 2). Erst im Anschluss an diese Quartiersgründung habe man die Bevölkerung informiert: „Nachher hatten wir schon einen Infoabend. Das heißt, die Leute, die Interesse hatten, sind gekommen und haben das ein bisschen beobachtet.“ (Interview 4, 7.8.2010, 2)

In St. Michael wurde der Prozess der Information ganz anders gehandhabt: Nachdem die Gemeindevertretung vom damaligen Landesrat informiert worden sei, dass man eine Unterbringung von AsylwerberInnen in der Gemeinde plane, hätten die GemeindevertreterInnen ein solches Quartier abgelehnt. Als der Gasthof dennoch als Grundversorgungsquartier herangezogen wurde, habe man in der Gemeindevertretung bewusst auf eine Information der Bevölkerung verzichtet. Als Grund nannte der ehemalige Bürgermeister im Interview, man habe einen „Wirbel“ verhindern wollen (vgl. Interview 3, 12.8.2010, 2). Bei einer Internetrecherche stieß ich auf zwei Gemeindeinformationsblätter, durch welche die St. MichaelerInnen dennoch über die Pläne informiert wurden (vgl. Marktgemeinde St. Michael, 2004; vgl. St. Michael im Lungau, 2004). Aus diesen Informationen ließen sich jedoch lediglich Ängste, Befürchtungen und Sorgen herauslesen, die in die Bevölkerung getragen wurden. Dazu meinte der ehemalige Bürgermeister, man habe solche negativen Informationen nicht verhindern können, die Ängste hätten sich aber nicht bestätigt (vgl. Interview 3, 12.8.2010, 3).

5.1 Strukturelle Rahmenbedingungen der Unterbringung

Betrachtet man die unterschiedlichen Vorgehensweisen in den Gemeinden im Vergleich, lässt sich die Annahme bestätigen, dass Informationsmaßnahmen einen wesentlichen Einfluss auf das Verhalten der Mehrheitsbevölkerung haben. In den Gemeinden, in welchen die Bevölkerung umfangreich und regelmäßig informiert wurde, ließ sich auch aufnehmendes Verhalten feststellen. Diejenige Gemeindebevölkerung, die die Aufnahme von AsylwerberInnen ablehnte, erhielt im Vorfeld oder im Prozess der Unterbringung der AsylwerberInnen keine Informationen.

Aufgrund der nun dargestellten Faktenlage lässt sich erkennen, dass Informationsmaßnahmen in den untersuchten Gemeinden einen zentralen Einfluss auf das Verhalten gegenüber AsylwerberInnen haben. Diese Tatsache bestätigten auch die ExpertInnen in den Gesprächen, so etwa die Pucher Heimleiterin (vgl. Interview 1, 6.8.2010, 5). Auch der Puchenstubener Bürgermeister teilte mir mit, dass Informationsmaßnahmen sehr wichtig seien. Ohne Informationen gebe es von Haus aus Spannungen. Wenn man allerdings die Gemeindebevölkerung darauf hinweise, dass es noch nie zu Problemen im Ort gekommen wäre, dann hätten diese Informationen einen positiven Effekt (vgl. Interview 2, 6.8.2010, 2).

Die Ramingsteiner Wirtin betonte, dass die Bevölkerung regelmäßig informiert werden müsse (Interview 4, 7.8.2010, 5,6):

„Sicher muss man die Leute mehr aufklären. Da muss man Sitzungen machen oder Veranstaltungen, wo man sagt, warum die Leute kommen, wieso, von welchen Ländern, etc. [...] Und die Bevölkerung muss informiert sein. Die wissen, dass jetzt Fremde da sind. Da gibt es ein Informationsblatt mit Gemeindeinfo, da müsste immer stehen: 'So viele Asylwerber sind in Ramingstein, so viele Männer, Frauen und Kinder.' Jedes Monat. [...] Eine Veranstaltung einmal im Monat über die Fakten wäre gut. Weil ohne Aufklärung geht es nicht. [...]"

Lediglich der ehemalige Bürgermeister von St. Michael vertrat eine konträre Auffassung (vgl. Interview 3, 12.8.2010, 3): Informationen würden bloß polarisieren und die AsylwerberInnen sichtbar machen. Man könne sowieso keine Gesamtbevölkerung einer Gemeinde von einer positiven Einstellung überzeugen. Eine Information der Gemeindebevölkerung würde lediglich noch mehr

Probleme hervorrufen. Er stellte jedoch fest, dass sich diese Aussagen eher auf mittlere als auf kleine Gemeinden beziehen ließen. In kleineren Gemeinden könne Information durchaus sinnvoll sein.

Es wurde bereits festgestellt, dass Informationsmaßnahmen in den vier Gemeinden ein maßgeblicher Einflussfaktor sind. Es kommt jedoch darauf an, mit welchem Hintergrund eine Bevölkerung informiert wird: Transportiert man negative Botschaften, werden diese ihren Beitrag zu ablehnendem Verhalten leisten. Doch auch positive Informationen haben anscheinend nur eine langfristige Wirkung auf aufnehmendes Verhalten, wenn sie regelmäßig erfolgen. Einmalige Informationen haben keinen nachhaltigen positiven Effekt¹.

Begegnungsmöglichkeiten

Ebenso wie die Informationsmaßnahmen waren auch die Begegnungsprozesse in den Gemeinden sehr unterschiedlich. Es erfolgt daher wiederum eine kurze Gegenüberstellung der jeweiligen Situation in den Gemeinden, bevor eine Analyse der Begegnungsmöglichkeiten als Einflussfaktor erfolgt.

Die Heimleiterin des Pucher Quartiers berichtete von zahlreichen Möglichkeiten, wie die Gemeindebevölkerung mit den AsylwerberInnen in Kontakt treten könne und dies auch tue (vgl. Interview 1, 6.8.2010, 3). Für den Untersuchungszeitraum zentral ist beispielsweise das Projekt FluEqual. Im Rahmen dieses Projektes habe es gemeinnützige Beschäftigungsmöglichkeiten für die AsylwerberInnen gegeben. Einige von ihnen arbeiteten etwa im Kindergarten, im Pfarrheim oder im Gemeindebauhof mit. Die Heimleiterin berichtete hierzu: „Also das hat uns unglaublich viele positive Anmerkungen eingebracht, auch zu sehen: 'Ja genau, die [AsylwerberInnen] wollen arbeiten, die können arbeiten, die haben Ressourcen, die bringen sich mit ein.“ (Interview 1, 6.8.2010, 3)

Auch über dieses Projekt hinaus gab es und gibt es zahlreiche Begegnungsmöglichkeiten (vgl. Interview 1, 6.8.2010, 3,4): Der Kindergarten sei zum Beispiel ein zentraler „Umschlagplatz an Aufeinandertreffen, sozialen Kontakten, Gerüchten, an Möglichkeiten, usw.“ (Interview 1, 6.8.2010, 3). Es komme

¹Im Laufe der Zeit erfolgten in Puchenstuben beispielsweise keine weiteren Informationsmaßnahmen mehr, was in Zusammenhang mit dem Wechsel von einem „aktiven Miteinander“ zu einem „freundlichen Nebeneinander“ (vgl. Interview 4, 7.8.2010, 8) gesehen werden könnte.

durchaus auch vor, dass Mütter und ihre Kinder aus dem Kindergarten die AsylwerberInnen und ihre Kinder besuchten (vgl. Interview 1, 6.8.2010, 4). Auch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen im Quartier trügen das Hausleben in die Gemeinde hinaus: „Das heißt, es gibt da einfach auch die Außenkontakte, die natürlich auch über unser Leben vor Ort berichten.“ (Interview 1, 6.8.2010, 4) Ebenfalls eine Kontaktmöglichkeit ergebe sich, wenn einE AsylwerberIn etwa in einem Verein Mitglied sei. Die Heimleiterin berichtete hierzu von einem Asylwerber, der im Sportschützenverein Mitglied war: „Wir hatten einen Teilnehmer bei den Sportschützen. Dann kamen die Sportschützen natürlich auch hier vorbei.“ (Interview 1, 6.8.2010, 4)

Eine weitere Kontaktmöglichkeit ergebe sich auch durch die Lage des Quartiers, welches viele Personen auf dem Weg zum und vom Bahnhof passieren müssten. Die Heimleiterin beschrieb dies folgendermaßen (Interview 1, 6.8.2010, 4):

„Es gibt dadurch allein schon die Kontakte, da gehen die Leute vom Bahnhof vorbei auf dem Weg nach Hause, da gehen die Nordic-Walkerinnen vorbei zweimal am Tag. Und da gibt es einfach ganz ungezwungene Kontakte, die das ganze doch auch möglich machen, die ein Aufeinanderzugehen möglich machen, ohne, dass man sich gleich in irgendwelchen Fantasien verheddern muss [...].“

Auch in Puchenstuben gab es im Jahr 2004 Begegnungsmöglichkeiten, mögen sie auch nicht so zahlreich gewesen sein wie in Puch. Der Bürgermeister berichtete im Interview (vgl. Interview 2, 6.8.2010, 1), dass die Gemeindebevölkerung die AsylwerberInnen bei ihrem Einzug begrüßt hätten. Man habe gemeinsam Tee getrunken und Kuchen gegessen. Die Volkshilfe als Betreiberin habe sich ebenfalls um Kontakte bemüht und Tage der offenen Tür organisiert. Auch die Hilfsbereitschaft in der Gemeinde sei groß gewesen. Bei einem Spendenaufruf im Jahr 2004 hätten die Gemeindemitglieder zahlreiche Sachspenden für die AsylwerberInnen hinterlassen (vgl. Interview 2, 6.8.2010, 1).

Im Laufe der Zeit, so der Puchenstubener Bürgermeister, hätten sich die Begegnungsmöglichkeiten sowie die Begegnungen an sich verringert. Aus einem aktiven Miteinander sei ein freundliches Nebeneinander geworden. Man „spüre“ die AsylwerberInnen kaum, es gebe nur mehr ab und an Berührungspunkte (vgl. Interview 2, 6.8.2010, 1).

5 Vergleichende Analyse und Ergebnisse

Aus St. Michael berichtete der ehemalige Bürgermeister, dass er keine „breitenwirksamen Veranstaltungen“ für Begegnungen erwünscht habe (vgl. Interview 3, 12.8.2010, 2). Eine Begründung für diese Entscheidung war, dass derartige Veranstaltungen jenen eine Plattform böten, die gegen eine Unterbringung seien. Darüber hinaus fänden „positiv eingestellte Personen“ einen Zugang zu den AsylwerberInnen, wenn sie dies wünschten (vgl. Interview 3, 12.8.2010, 2).

Begegnungsmöglichkeiten hätten sich für die St. MichaelerInnen nur dann ergeben, wenn der Sozialkreis der Pfarre diese herstellte. Die Gemeindevertretung habe derartige Kontakte nicht aktiv ermöglicht (vgl. Interview 3, 12.8.2010, 2).

In Ramingstein gab es laut damaliger Quartierbetreiberin einige Kontakte zwischen den AsylwerberInnen und der Gemeindebevölkerung (vgl. Interview 4, 7.8.2010, 4). Man habe sich auf der Straße begrüßt und sich unterhalten. Ab und an hätten Personen auch Sachspenden für die AsylwerberInnen im Quartier abgegeben. In der Schule habe man einmal einen tschetschenischen Abend veranstaltet. Größere Veranstaltungen oder Feste habe es in der Gemeinde jedoch nicht gegeben.

Betrachtet man die Begegnungsmöglichkeiten in den vier Gemeinden im Vergleich, lässt sich der Einfluss von Kontakten und Begegnungen auf Verhalten durchaus bestätigen. In den beiden Gemeinden mit aufnehmendem Verhalten Puch und Puchenstuben wurden zahlreiche Begegnungen ermöglicht. In den Gemeinden mit ablehnenden Verhaltensweisen St. Michael und Ramingstein konnten keine zahlreichen Kontaktmöglichkeiten festgestellt werden.

Aus den ExpertInneninterviews ließen sich zusätzlich zu den oben bereits dargestellten Erzählungen keine weiteren, für die Analyse relevanten, Aussagen entnehmen.

Aufgrund der Faktenlage lässt sich jedoch bestätigen, dass Begegnungsmöglichkeiten – ebenso wie Informationsmaßnahmen – in den vier Gemeinden entscheidende Einflussfaktoren auf Verhalten sind. In Gemeinden, in welchen zahlreiche Begegnungen ermöglicht wurden, kam es viel eher zu aufnehmendem Verhalten, während sich die Gemeindebevölkerung, welche kaum Kontaktmöglichkeiten hatte, den AsylwerberInnen gegenüber eher ablehnend ver-

hielt.

Wichtig sind jedoch nicht bloß einmalige oder punktuelle Begegnungsmöglichkeiten, sondern regelmäßige Kontakte. Diese Tatsache zeigt sich besonders gut in Puchenstuben. So lange Kontaktmöglichkeiten von einer zentralen Schnittstelle – in diesem Fall Tage der offenen Tür über die Volkshilfe – organisiert wurden, war das Verhalten aufnehmend zu beurteilen. Im Verlauf der Zeit wurden jedoch keine aktiven Kontaktmöglichkeiten mehr hergestellt, was den Schritt von einem „aktiven Miteinander“ hin zu einem „freundlichen Nebeneinander“ (vgl. Interview 2, 6.8.2010, 1) erklären würde.

Sowohl bei Informationsmaßnahmen als auch bei Begegnungsmöglichkeiten kommt es auf deren Regelmäßigkeit an. Unregelmäßige, einmalige oder gar fehlende Möglichkeiten reichen nicht aus, um ein „gelungenes Miteinander“ zu fördern – so zeigen es zumindest die Ergebnisse aus den empirischen Untersuchungen.

5.1.4 Anteil an der Mehrheitsbevölkerung

Ein relativ hoher Anteil der AsylwerberInnen trägt laut Hewstone (2004), Bischof (2007) und Westman (2006) zu ablehnenden Verhaltensweisen bei. Ob diese Aussage auf die vier untersuchten Gemeinden zutrifft, wurde ebenfalls untersucht.

Die Differenz zwischen den einzelnen Gemeinden beim Anteil der AsylwerberInnen an der Gesamtgemeindebevölkerung könnte größer nicht sein: Puch und St. Michael hatten einen AsylwerberInnenanteil von unter 1 %, in Ramingstein betrug dieser 3,10 %. Puchenstuben, das bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 303 Personen 45 AsylwerberInnen beherbergte, stellt im Vergleich zu den ersten drei Gemeinden eine Besonderheit dar. Der AsylwerberInnenanteil in Puchenstuben beträgt knappe 15 %. Exakte Daten und Quellen befinden sich in Kapitel 4 ab Seite 41.

Mit Ausnahme von Puchenstuben (15 % Anteil) könnte man also meinen, dass der geringe Anteil von AsylwerberInnen an der Gesamtgemeindebevölkerung keinen Einfluss auf deren Verhalten haben würde. Interessanterweise bestätigte gerade der Bürgermeister von Puchenstuben diese Annahme (vgl. Interview 2, 6.8.2010, 3): Da die AsylwerberInnen in Puchenstuben nicht auffallen würden, sei der Anteil an der Bevölkerung auch nicht ausschlaggebend.

5 Vergleichende Analyse und Ergebnisse

Die Wirtin aus Ramingstein vertrat eine ähnliche Meinung: „Ich denke, man muss einfach schauen, dass das ungefähr 20-30 Personen, je nach Größe der Gemeinde, sind. Bei uns sind es ca. 1.500 Einwohner, und da waren 40 Personen. Das tut dann nicht weh.“ (Interview 4, 7.8.2010, 7) Die absolute Zahl der untergebrachten AsylwerberInnen sei demnach wesentlicher als deren relativer Anteil an der Gesamtbevölkerung.

Der ehemalige St. Michaeler Bürgermeister meinte, die Höhe des AsylwerberInnenanteils sei sehr wohl entscheidend, da sich die einheimische Bevölkerung – besonders in Zusammenhang mit hoher Arbeitslosigkeit – leicht ins Eck gedrängt fühle (vgl. Interview 3, 12.8.2010, 4). Die Pucher Quartierleiterin bestätigt diese Aussage, greift jedoch zusätzlich den Gedanken der Ramingsteiner Wirtin auf:

„Es [der AsylwerberInnenanteil] macht natürlich etwas aus. [...] Und natürlich macht es etwas aus, wie viele Leute dort untergebracht sind. Ich behaupte auch, es macht etwas aus, wie die Betreuung ausschaut oder wer betreut und ich behaupte auch, es macht etwas aus – das höre ich nämlich immer wieder einmal [...] – [...] wenn es mehr beteiligte Gemeinden gäbe. Weil die Gemeinde Puch sagt ihrer Meinung nach auch mit gutem Recht: 'Wenn alle Gemeinden so wären wie wir, dann würden wir ja diese ganzen Diskussionen rund um zu große Quartiere usw. überhaupt nicht haben, weil dann würden in jeder Gemeinde drei bis vier oder sieben AsylwerberInnen sein.“ (Interview 1, 6.8.2010, 9)

Wie man besonders gut aus dem letzten Zitat herauslesen kann, scheint nicht der Anteil der AsylwerberInnen an der Gesamtgemeindebevölkerung ausschlaggebend für das Verhalten zu sein. Wesentlich ist eher die Größe des Quartiers und somit die Anzahl der untergebrachten AsylwerberInnen. Ein Quartier, das ca. 100 AsylwerberInnen beherbergt, trägt demnach viel eher zu ablehnenden Verhaltensweisen bei als ein kleines Quartier mit einer überschaubaren Zahl von untergebrachten AsylwerberInnen.

5.2 Bildungsgrad der Mehrheitsgesellschaft

Neben den strukturellen Rahmenbedingungen der Unterbringung bildet der Bildungsgrad der Mehrheitsbevölkerung einen weiteren Teil der Hypothese in dieser Arbeit.

Etliche AutorInnen sehen aufnehmendes Verhalten gegenüber AsylwerberInnen in Verbindung mit einem hohen Bildungsgrad der Bevölkerung (vgl. Finney, 2005; vgl. Crawley, 2009; vgl. Pedersen/Attwell/Heveli, o.J.). Der Einfluss eines geringen Bildungsniveaus auf ablehnendes Verhalten wird ebenfalls in einigen Beiträgen festgestellt (vgl. Winkler, 2003; vgl. Bretschneider, 2007).

Einem niedrigen Bildungsniveau entspricht laut meiner Arbeitsdefinition die „allgemeinbildende Pflichtschule“ als höchste abgeschlossene Ausbildung. Betrachtet man nun die Ergebnisse aus den einzelnen Fallstudien, so lässt sich keine eindeutige Aussage über den Bildungsgrad als Einflussfaktor treffen.

In Puch hatten im Jahr 2001 27,4 % der Wohnbevölkerung ab 15 Jahren lediglich einen Pflichtschulabschluss; in Puchenstuben waren es hingegen 47,1 %. In St. Michael betrug der Anteil 39,1 % der Wohnbevölkerung ab 15 Jahren, in Ramingstein betraf dies 44,7 % der wohnhaften Bevölkerung (vgl. Statistik Austria, 2009e; vgl. Statistik Austria, 2009h; vgl. Statistik Austria, 2009g; vgl. Statistik Austria, 2009f).

Da der Bildungsgrad der Mehrheitsbevölkerung sowohl in Gemeinden mit aufnehmendem als auch mit ablehnendem Verhalten Ähnlichkeiten aufweist, lässt sich die Annahme, dass ein niedriger Bildungsgrad ablehnendes Verhalten fördere, anhand des empirischen Vergleichs für die untersuchten Gemeinden nicht bestätigen.

In den ExpertInneninterviews wurde ebenfalls die Frage nach einem möglichen Einfluss des Bildungsgrades der Mehrheitsbevölkerung auf deren Verhalten gegenüber AsylwerberInnen gestellt. Hier waren die Antworten der ExpertInnen höchst unterschiedlich.

Die Ramingsteiner Wirtin meinte etwa, der Bildungsgrad der Bevölkerung habe einen großen Einfluss auf deren Verhalten (Interview 4, 7.8.2010, 8):

„Die Leute, die Maturaabschluss oder eine höhere Schule besucht haben, die haben ein anderes Verständnis. Die einfachen Leute haben nur Pflichtschule, die verstehen das nicht. [...] Es ist schwieriger, ihnen das rüber zu bringen und zu erklären, wie das funk-

tioniert. Und die Leute mit Matura und Akademieabschluss, die verstehen das einfach und die denken ein bisschen anders. Das hat schon einen Einfluss. Weil ich kann Ihnen das sagen, z.B. Doktor, Anwälte, Förster, Bankdirektor, Bürgermeister, das sind alles Leute, die eine hohe Schulbildung hatten. Und mit denen hatten wir überhaupt kein Problem. [...]“

Der damalige St. Michaeler Bürgermeister meinte im Interview, ein geringer Bildungsgrad sei ausschlaggebend für Probleme in der Gemeinde (vgl. Interview 3, 12.8.2010, 3). Dies hänge mit der Arbeitslosigkeit zusammen. Geringer gebildete Leute würden um ihre unqualifizierten Arbeitsplätze fürchten, die auch von AsylwerberInnen im Rahmen von Gemeindearbeiten ausgeführt werden könnten. Da der Lungau generell hauptsächlich Arbeitsplätze im Fremdenverkehr biete, sei eine Bedrohung durch AsylwerberInnen möglich.

Die Pucher Heimleiterin meinte jedoch im Gegensatz zu den anderen ExpertInnen, sie könne einen Zusammenhang von Bildungsgrad und Verhalten nicht bestätigen. „Ich glaube, es kommt auf die persönlichen Erfahrungen an. Hat man überhaupt schon persönliche Erfahrungen gemacht oder sind die Erfahrungen solche, die einem berichtet wurden, die man gehört hat, usw. Ich glaube, es kommt auch sehr zentral darauf an, welche Medien letztendlich im Gebrauch sind. [...]“ (Interview 1, 6.8.2010, 7)

Über die Auswirkungen des Bildungsgrades lassen sich demnach weder aus den Gemeindedaten noch aus den ExpertInneninterviews eindeutige Aussagen treffen. Die Relevanz des Bildungsniveaus der Mehrheitsbevölkerung als Einflussfaktor in den vier Gemeinden muss daher angezweifelt werden.

5.3 Charakteristika der AsylwerberInnen-Gruppe

Neben der Struktur der Unterbringung und dem Bildungsgrad der Mehrheitsgesellschaft soll nun auch eine vergleichende Analyse und Diskussion der Einflussfaktoren, die die Zusammensetzung der AsylwerberInnen-Gruppe betreffen, stattfinden. In der Folge werden die Faktoren „Form des Zusammenlebens“ und „Zusammensetzung der Gruppe“ behandelt.

5.3.1 Familienstand

Im Rahmen der Untersuchung der soziodemografischen Konstellation der untergebrachten AsylwerberInnen-Gruppe wurde auch ein Augenmerk auf die Form des Zusammenlebens gelegt. Aus der Literatur ließ sich die Feststellung herauslesen, dass die Unterbringung von AsylwerberInnen, die sich in einem Familienverband befinden, eher aufnehmendes Verhalten zu Tage bringe, während die Unterbringung speziell von alleinstehenden Männern ablehnendes Verhalten begünstige (vgl. Brunner et al., o.J; vgl. Westman, 2006).

Während in Puch und in Ramingstein² sowohl Familien als auch alleinstehende Frauen und Männer untergebracht waren, wurden in Puchenstuben und St. Michael bevorzugt AsylwerberInnen in Familienverbänden aufgenommen (vgl. dazu die jeweiligen Punkte in Kapitel 4 ab Seite 41).

Auf Basis der vorliegenden Daten lassen sich Aussagen aus der Literatur, wonach eine Unterbringung von Familien im Gegensatz zu v.a. alleinstehenden Männern eher zu aufnehmendem Verhalten beitrage, für die vier untersuchten Gemeinden nicht bestätigen.

Die Frage nach der Form des Zusammenlebens als Einflussfaktor wurde auch an die ExpertInnen gerichtet. Der Puchenstubener Bürgermeister berichtete, dass eine Unterbringung von Familien in einer Vereinbarung mit dem Land im Jahr 2004 aktiv erwünscht gewesen sei. Als Begründung für diesen Wunsch meinte er, dass Personen in Familienverbänden von der Gemeindebevölkerung positiver aufgenommen würden (vgl. Interview 2, 6.8.2010, 3). Ebenso erzählte der ehemalige Bürgermeister von St. Michael, dass man ausschließlich Familien im Ort gewollt habe, da die Erfahrung mit der Unterbringung von Alleinstehenden gezeigt habe, dass es hier zu Konflikten unter den AsylwerberInnen gekommen sei. Mit den Familien habe es hingegen keine Probleme gegeben (vgl. Interview 3, 12.8.2010, 1).

Im Caritas-Quartier in Puch herrscht jedoch ein völlig gegensätzlicher Denkansatz – eine Unterbringung von einer bunt gemischten AsylwerberInnen-Gruppe sei besonders wichtig, so die Pucher Heimleiterin (vgl. Interview 1, 6.8.2010, 1). Dies betreffe natürlich auch die Unterbringung sowohl von Familien als auch von alleinstehenden Männern und Frauen. Es sei einfach eine Lebensrealität, die auch im Haus vorgelebt werden müsse. Die Expertin ge-

²Aus Hanna Westmans Forschungsbericht lässt sich jedoch entnehmen, dass in Ramingstein „meist junge alleinstehende Männer wohn[t]en [...]“ (Westman, 2006, 16).

stand allerdings ein, dass eine vorwiegende Unterbringung von alleinstehenden Männern „[i]n einer sehr subjektiven und in einer von Vorurteilen geprägten Sicht der Dinge“ etwas ausmache in der Bevölkerung (Interview 1, 6.8.2010, 8).

Anhand der Gemeindedaten lässt sich für die vier Gemeinden nicht eindeutig feststellen, dass eine Unterbringung von Familien ein aufnehmenderes Verhalten in der Bevölkerung hervorruft, als es dies die Unterbringung von alleinstehenden Männern täte. Den Interviews und den Erfahrungsberichten der ExpertInnen in den jeweiligen Gemeinden kann man jedoch sehr wohl entnehmen, dass die Beherbergung von Familien weitgehend problemlos in der Bevölkerung aufgenommen würde. Gerade im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit und Bedrohungsgefühlen scheint die Unterbringung von alleinstehenden Asylwerbern in einer Gemeinde durchaus Konfliktpotential – sowohl untereinander als auch mit der Mehrheitsbevölkerung – in sich zu bergen. Natürlich muss die Unterbringung einer einheitlichen Gruppe – in diesem Fall von mehreren alleinstehenden Männern – auch in Zusammenhang mit dem nächsten Unterkapitel betrachtet werden.

5.3.2 Heterogene oder homogene Gruppe

Ebenfalls ein Einflussfaktor in der Literatur ist die Zusammensetzung der Gruppe der AsylwerberInnen aufgrund ihrer Nationalität bzw. Religionszugehörigkeit. Eine homogene Gruppe trägt demnach eher zu ablehnendem Verhalten bei als eine gemischte Gruppe (vgl. Bischof, 2007).

Im Pucher Quartier wurde 2006 – und wird heute noch – großer Wert auf eine heterogene AsylwerberInnen-Gruppe gelegt: „[D]ie Caritas-Quartiere legen Wert darauf, dass die AsylwerberInnen bunt gemischt zusammenleben.“ (Interview 1, 6.8.2010, 1) Diese bunte Mischung der AsylwerberInnen bezieht sich sowohl auf deren Geschlecht, als auch auf deren Herkunftsländer und Religionszugehörigkeit.

Auch in Ramingstein waren im Jahr 2006 AsylwerberInnen aus zahlreichen Herkunftsländern untergebracht. Auf Anfrage (vgl. Telefonische Anfrage 2, 5.8.2010) erhielt ich jedoch die Auskunft, dass die meisten Personen einen muslimischen Hintergrund hatten (22 von 36 Personen, also ca. 61 % der zum Stichtag gemeldeten AsylwerberInnen). Diese Gruppe war daher unterschiedlich in ihrer Nationalität, sie war jedoch relativ einheitlich, was ihre

Religionszugehörigkeit betrifft.

In den Quartieren in Puchenstuben sowie in St. Michael war die Gruppe im Gegensatz zu den ersten beiden Gemeinden homogen. In beiden Quartieren waren im Jahr 2004 Familien aus der Russischen Föderation untergebracht (vgl. Interview 2, 6.8.2010, 2; vgl. Interview 3, 12.8.2010, 1).

Es kann aufgrund der ermittelten Daten daher für die untersuchten Gemeinden keine Bestätigung der Annahme erfolgen, dass eine homogene Gruppe zu ablehnendem Verhalten der Mehrheitsbevölkerung beitrage.

Die Ramingsteiner Wirtin bekräftigte im Interview jedoch die Aussage aus der Literatur, wonach eine homogene Gruppe ablehnendes Verhalten begünstige. Sie meinte hierzu, dass es im April 2004, als nur AsylwerberInnen aus der Russischen Föderation im Gasthof untergebracht waren, zu Problemen gekommen sei. „Die Bevölkerung [gemeint sind hier die untergebrachten AsylwerberInnen] bildet sich einfach irgendwie zusammen und dann hast du vierzig Personen gegen dich.“ (Interview 4, 7.8.2010, 1) Eine gewisse Ghettoisierungsproblematik kann also anscheinend sowohl für die QuartiergeberInnen als auch für die Mehrheitsbevölkerung entstehen. Die Wirtin meinte, eine gemischte Unterbringung sei daher besser (vgl. Interview 4, 7.8.2010, 7).

Während die Unterbringung einer homogenen AsylwerberInnen-Gruppe in einigen Gemeinden, z.B. in Ramingstein im Jahr 2004 sowie in St. Michael, anscheinend zu Konflikten beigetragen hat, war eine solche homogene Gruppe in Puchenstuben sogar ausdrücklich erwünscht. Als Begründung für eine derartige Entscheidung meinte der Puchenstubener Bürgermeister Folgendes (vgl. Interview 2, 6.8.2010, 2): Da man aus Traiskirchen gehört habe, dass es Konflikte zwischen den AsylwerberInnen verschiedener Nationalitäten gegeben habe, entschied man sich für die Unterbringung von AsylwerberInnen aus einem Herkunftsland. Dieser Vorschlag sollte Harmonie in der Gemeinde garantieren. Eine Beherbergung einer homogenen Gruppe stelle in den Augen des Bürgermeisters daher kein Problem dar, ausgenommen, es handle sich um „optisch auffallende Personen“ (vgl. Interview 2, 6.8.2010, 3), die im Ort untergebracht wären. Eine Bestätigung dieser Aussage fand sich auch im Gespräch mit der Pucher Heimleiterin (Interview 1, 6.8.2010, 8):

„Ich glaube, das ist weniger auf die Religionszugehörigkeit letztendlich abzuzielen. Das würde in einer Gemeinde gar nicht auffallen, ob wir jetzt MuslimInnen im Haus haben oder ob auch ein

paar Orthodoxe dabei sind oder ein paar Buddhisten. [...] Es würde aber sehr wohl auffallen, wenn wir lauter TibeterInnen im Haus hätten. Es würde auch auffallen, wenn wir lauter Ugander oder Somalis im Haus hätten. Ich glaube schon, dass es mit der Bevölkerung etwas machen würde [...]. [...] und da sind wir halt wieder bei sehr offensichtlichen Merkmalen, ja natürlich würde es in der Bevölkerung auffallen, wenn eher asiatische oder afrikanische BewohnerInnen da wären. Und ich glaube, das würde auch mit der Bevölkerung etwas machen: 'Da ist ja das ganze Haus voller...' Ja, ich glaube schon.“

Als die Heimleiterin des Pucher Quartiers davon erfuhr, dass man in Puchenstuben eine homogene Gruppe bevorzuge, meinte sie im Interview dazu: „[D]as mag vielleicht noch angehen, dass ein gewerblicher Quartiergeber sagt: 'Für mich ist es einfacher, wenn ich nur Asylwerbende aus einer Nation da habe.' Also für eine NGO halte ich es für denkbar unangebracht, das zu sagen.“ (Interview 1, 6.8.2010, 1) Ihrer Auffassung nach begünstige eine heterogene Gruppe aufnehmendes Verhalten allemal: „Bunt gemischt ist ganz einfach eine Lebensrealität, die wir auch unseren BewohnerInnen nicht vorenthalten wollen.“, meinte die Heimleiterin im Gespräch (Interview 1, 6.8.2010, 8). Ihre Begründung für eine positive Aufnahme von AsylwerberInnen lautete:

„Ich glaube, dass es – und das kennen wir ja bei uns selbst – schnell dazu kommt, dass man seine Landessprache in der Gruppe spricht. Und die verbindende Sprache bei uns in den Häusern muss aufgrund der Buntheit und der Gemischtheit [der AsylwerberInnengruppe] wohl Deutsch sein. [...] Und das sind die ersten Schritte an Integration, die letztendlich schon zu leisten sind. Sich auf andere Menschen, andere Lebensumstände, andere Kulturen einzustellen.“ (Interview 1, 6.8.2010, 8)

Es kann für die vier Gemeinden nicht behauptet werden, die Frage nach einer heterogenen bzw. homogenen AsylwerberInnen-Gruppe sei ein relevanter Einflussfaktor. Aus den Daten sowie aus den ExpertInneninterviews lässt sich jedoch eine Tendenz in diese Richtung herauslesen.

5.4 Weitere Einflussfaktoren aus ExpertInnengesprächen

Aus den Gesprächen mit ExpertInnen, die zentrale AkteurInnen im Unterbringungsprozess von AsylwerberInnen waren und sind, ergaben sich weitere Faktoren, welchen Relevanz beim Einfluss auf Verhalten nachgesagt wird. Einige dieser Faktoren finden auch bei den AutorInnen, die im Rahmen dieser Arbeit herangezogen wurden, Erwähnung. Andere scheinen neue Dimensionen zu eröffnen. Da die Eindrücke der ExpertInnen nicht verloren gehen sollten, werden ausgewählte Ideen an dieser Stelle eingerückt.

5.4.1 Vorbildwirkung

Aus zwei Gesprächen ergab sich, dass die Rolle einer Gemeinde als „positives“ Vorbild Auswirkungen auf aufnehmendes Verhalten einer Mehrheitsbevölkerung gegenüber AsylwerberInnen haben könne.

Die Pucher Heimleiterin berichtete etwa: „Ich glaube, mittlerweile sehen sie [die PucherInnen] sich ja selber durchaus auch ein bisschen in der VorreiterInnenrolle und heften sich das auch ein bisschen auf ihre Flügel und sehen sich daher vielleicht auch ein bisschen heroisch. Zu sagen: 'Ja, wir haben uns das getraut und es funktioniert gut.'“ (Interview 1, 6.8.2010, 9) Werde die Gemeinde als positives Beispiel dargestellt, habe dies auch einen Einfluss auf das Verhalten in der Bevölkerung (vgl. Interview 1, 6.8.2010, 9). Dies bestätigte auch der Puchenstubener Bürgermeister: Die Tatsache, dass eine kleine Gemeinde wie Puchenstuben freiwillig 40-45 AsylwerberInnen aufnehme, verschaffe der Gemeinde einen besonderen Status (vgl. Interview 2, 6.8.2010, 1,2).

Wenn die Unterbringung in einer Gemeinde von außen als gut funktionierend beurteilt wird, kann dieser Stolz unter den Gemeindemitgliedern aufnehmendes Verhalten noch einmal verstärken.

5.4.2 Schulung der QuartiergeberInnen

Die ehemalige Quartiergeberin aus Ramingstein berichtete im Interview, dass eine ungenügende Kompetenz der (gewerblichen) QuartierbetreiberInnen ein Problem darstelle. „Ich betone immer, die Gastgeber brauchen auf jeden Fall

eine Schulung, wenn sie Asylwerber aufnehmen. Ich habe von anderen Häusern gehört, die Gastgeber sprechen nur Deutsch, das Verständnis fehlt und dann kommt es zum Zusammenstoß, weil die Asylwerber verstehen nicht Deutsch. Man muss die Leute [die AsylwerberInnen] aufklären [können].“ (Interview 4, 7.8.2010, 7)

Ein gewisses Maß an Kompetenz der QuartiergeberInnen sei also wünschenswert. Wenn der/die WirtIn weiß, wie er/sie besser mit der Situation der Unterbringung umgehen kann, könnte dies auch einen positiven Einfluss auf das Verhalten der Gemeindebevölkerung haben. Kompetente QuartiergeberInnen könnten nämlich nicht nur Konflikte unter den AsylwerberInnen und mit der Mehrheitsbevölkerung verhindern, sie könnten auch aktiv zu einem gelungenen Miteinander beitragen, indem sie beispielsweise Raum für Begegnungen schaffen.

5.4.3 MeinungsmacherInnen

Der Puchenstubener Bürgermeister antwortete auf die Frage, welcher Faktor seiner Meinung nach den stärksten Einfluss auf aufnehmendes oder ablehnendes Verhalten einer Gemeindebevölkerung gegenüber AsylwerberInnen habe, wie folgt: Am wichtigsten seien die „Meinungsmacher“ (vgl. Interview 2, 6.8.2010, 2), sei es auf lokaler oder auf Bundesebene. Unter sogenannten MeinungsmacherInnen verstehe er zum einen Personen, wie zum Beispiel politische AkteurInnen, zum anderen seien dies die Medien. Durch derartige AkteurInnen würden oft negative Bilder vermittelt, die es in dieser Form gar nicht gebe (vgl. Interview 2, 6.8.2010, 2).

Auch der ehemalige Bürgermeister von St. Michael/Lungau nannte als einen Einflussfaktor die politische Zusammensetzung in der Gemeinde (vgl. Interview 3, 12.8.2010, 2). In beiden Interviews wurde die FPÖ als Akteurin genannt, die zu ablehnendem Verhalten beitrage (vgl. Interview 2, 6.8.2010, 2; vgl. Interview 3, 12.8.2010, 2).

Zentrale politische AkteurInnen und Medien – sei es auf lokaler oder auf Bundesebene – wurden auch in einigen Literaturbeiträgen als Einflussfaktoren identifiziert.

Roland Schäfer (2006, 350) beschreibt beispielsweise die „Rolle des Lokaljournalismus“ folgendermaßen: „Kommunalpolitik braucht weitgehend die Lokalmedien, um wahrgenommen zu werden. 'Was nicht in der Zeitung steht hat

nicht stattgefunden.“ (Schäfer, 2006, 350)

Nissa Finney (2005) weist in ihrem Bericht jedoch darauf hin, dass LeserInnen dazu neigen würden, Medienberichte zu filtern (vgl. Finney, 2005). Die Autorin meint hierzu: „Key factors that influence the nature of media effects include the individual’s perception of the media source; the individual’s prior knowledge and personal experience of the issues; the prominence of a message including its repetition; and whether the message reinforces or challenges the individual’s existing attitudes.“ (Finney, 2005, 4) Schlüsselfaktoren, die einen Einfluss auf Medienwirkung hätten, seien unter anderem die persönliche Wahrnehmung der Medien, die individuellen Vorkenntnisse über und persönlichen Erfahrungen mit den Themen, die Prominenz und Häufigkeit der Nachricht und die Frage, ob eine Nachricht die bestehende Einstellung des/der RezipientIn herausfordere oder bestätige.

6 Schlussfolgerungen

AsylwerberInnen, die in organisierten Grundversorgungsquartieren in kleinen österreichischen Gemeinden leben, erfahren häufig unterschiedliches Verhalten der dort ansässigen Mehrheitsbevölkerung. Dieses Verhalten kann den AsylwerberInnen gegenüber entweder aufnehmend oder ablehnend sein. Die zentrale Frage, die mit Hilfe der vorliegenden Arbeit beantwortet werden sollte, lautete demnach:

Welche Faktoren beeinflussen aufnehmendes/ablehnendes Verhalten seitens der Mehrheitsbevölkerung gegenüber AsylwerberInnen in vier kleineren österreichischen Gemeinden?

Anhand von Untersuchungen in vier kleineren österreichischen Gemeinden wurde mit Hilfe eines Vergleichs deshalb überprüft, welche Faktoren einen relevanten Einfluss auf das Verhalten der Mehrheitsbevölkerung in jenen vier Gemeinden haben. Die Annahme von möglichen Einflussfaktoren umfasste sowohl strukturelle Rahmenbedingungen der Unterbringung als auch den Bildungsgrad der Mehrheitsbevölkerung sowie Charakteristika der AsylwerberInnen-Gruppe.

Es wurden sieben Faktoren auf ihre Relevanz hin in den vier Fallgemeinden untersucht. An dieser Stelle soll nun anhand der Untersuchung und des anschließenden Vergleichs der einzelnen Faktoren die eingangs gestellte Frage beantwortet werden.

Strukturelle Rahmenbedingungen der Unterbringung Der Einfluss struktureller Rahmenbedingungen lässt sich in Bezug auf einige Faktoren durchaus bestätigen. Sowohl der Status der QuartierbetreiberInnen als auch Informationsmaßnahmen und Begegnungsmöglichkeiten haben in den vier Fallgemeinden einen zentralen Einfluss darauf, ob die Gemeindebevölkerung untergebrachten AsylwerberInnen aufnehmendes oder ablehnendes Verhalten entgegenbringt. Doch sowohl beim Status der QuartierbetreiberInnen als auch bei

6 Schlussfolgerungen

Informationsmaßnahmen sowie bei Begegnungsmöglichkeiten ergab sich aus den Ergebnissen der empirischen Untersuchungen, dass für die untersuchten Gemeinden einige Erweiterungen zu den Aussagen aus der Literatur notwendig sind:

Bereits der Status der QuartiergeberInnen im Allgemeinen hat einen Einfluss auf das Verhalten der Gemeindebevölkerung. Doch erst im Zusammenhang mit dem Engagement der QuartierbetreiberInnen spielt dieser Faktor eine maßgebliche Rolle – es ist daher durchaus möglich, dass einE WirtIn zu einem ebenso aufnehmenden Verhalten wie eine NGO beitragen kann, wenn er/sie einen aktiven Beitrag – beispielsweise zu Informationsmaßnahmen und Begegnungen – leistet.

Die Faktoren Information und Begegnungen können mit diesem ersten Einflussfaktor in engem Zusammenhang stehen. Ungeachtet dessen, wer letztendlich Informationsmaßnahmen und Begegnungsmöglichkeiten für die Mehrheitsbevölkerung und die AsylwerberInnen initiiert, spielen diese in den vier Gemeinden eine wesentliche Rolle beim Einfluss auf aufnehmendes Verhalten. Es hat sich im Laufe des Forschungsprozesses jedoch herausgestellt, dass einmalige Informationsmaßnahmen und zufällige Kontakte nicht ausreichen, um aufnehmendes Verhalten längerfristig zu fördern. Regelmäßigkeit ist in diesem Zusammenhang äußerst wichtig.

Unklarheiten zum Einfluss von Vor- bzw. Nachteilen für die Gemeinden bleiben auch nach dem Forschungsprozess bestehen. Es hat sich gezeigt, dass Fragen des Strukturerhalts einen Einfluss auf Verhalten haben können, nicht jedoch zwingend haben müssen. Sowohl in den Gemeinden mit aufnehmenden als auch mit ablehnenden Verhaltensweisen fanden sich Vor- und Nachteile für die Gemeinde und deren Struktur. Es ist daher wichtig, festzustellen, welche spezifischen Interessen eine Gemeindebevölkerung verfolgt und ob diese durch die Unterbringung von AsylwerberInnen in der Gemeinde durchgesetzt bzw. gewahrt werden können. Erst dann kann die Frage nach der Relevanz des Nutzens für die Gemeinde ausreichend beantwortet werden.

Ein Einflussfaktor, der sich wiederum als relevant herausgestellt hat, ist der Anteil der AsylwerberInnen an der Gesamtgemeindebevölkerung. Im Laufe des Forschungsprozesses ergab sich jedoch, dass auch hier die Feststellungen aus der Literatur für die untersuchten Gemeinden relativiert werden müssen. Nicht der relative Anteil der AsylwerberInnen hat dort einen Einfluss auf das

Verhalten der Mehrheitsbevölkerung, sondern die absolute Anzahl der untergebrachten AsylwerberInnen in einem Ort. Ob diese nun einen Anteil von 0,5 oder 15 % an der Gesamtgemeindebevölkerung ausmachen, ist weniger ausschlaggebend, als die Tatsache, ob es sich um fünf oder um 100 untergebrachte AsylwerberInnen in einer Gemeinde handelt.

Bildungsgrad der Mehrheitsbevölkerung Trotz der Tatsache, dass der Bildungsgrad der Mehrheitsbevölkerung ein in der Literatur viel zitierter Einflussfaktor ist, konnte anhand der empirischen Untersuchung in den vier Beispielgemeinden keine Relevanz dieses Faktors nachgewiesen werden. Dies mag auch aufgrund der Problematik bestehen, dass ein niedriger Bildungsgrad keiner genauen Definition unterliegt. Sein Einfluss auf ablehnendes Verhalten kann somit für die vier Gemeinden nicht bestätigt werden.

Charakteristika der AsylwerberInnen-Gruppe Neben strukturellen Rahmenbedingungen der Unterbringung und dem Bildungsgrad der Mehrheitsbevölkerung soll nun auch die soziodemografische Zusammensetzung der AsylwerberInnen-Gruppe besprochen werden. Hierzu fanden sich in der Literatur ebenfalls zahlreiche Aussagen, wonach der Zusammensetzung ein maßgeblicher Einfluss zugeschrieben wird.

Aus den empirischen Forschungsergebnissen ließ sich zur Frage, ob die Unterbringung von Familien beziehungsweise von alleinstehenden Männern und Frauen einen eklatanten Unterschied im Verhalten der Mehrheitsbevölkerung bewirke, keine eindeutige Aussage für die Gemeinden treffen. Aus den Erfahrungsberichten der interviewten ExpertInnen ging hingegen hervor, dass dieser Faktor sehr wohl relevant sein kann.

Ebenso wie bei den Formen des Zusammenlebens wurde auch untersucht, ob die Zusammensetzung der AsylwerberInnen-Gruppe – in Hinblick auf deren Nationalität beziehungsweise Religionszugehörigkeit – ein zentraler Einflussfaktor in den Fallgemeinden ist. Auch in diesem Zusammenhang lassen sich anhand des Vergleichs keine eindeutigen Aussagen anhand der Forschungsergebnisse treffen. Im Forschungsprozess war in den Gemeinden lediglich eine Tendenz bemerkbar, jedoch keine tatsächlich feststellbare Relevanz dieses Faktors.

Fazit

Insgesamt lässt sich die eingangs gestellte Frage, welche Faktoren in den vier untersuchten kleineren Gemeinden das Verhalten der Mehrheitsbevölkerung gegenüber untergebrachten AsylwerberInnen beeinflussen, folgendermaßen beantworten: Zentrale Einflussfaktoren sind hauptsächlich mit strukturellen Rahmenbedingungen der Unterbringung in Verbindung zu sehen. Die größte empirische Relevanz wurde für Informationsmaßnahmen, Begegnungsmöglichkeiten, aber auch den Status der QuartierbetreiberInnen und die Zahl der untergebrachten AsylwerberInnen in einer Gemeinde festgestellt. Entgegen der Feststellungen aus der Literatur ließ sich für die vier untersuchten Gemeinden nicht bestätigen, dass der Bildungsgrad der Mehrheitsbevölkerung einen Einfluss auf deren Verhalten gegenüber AsylwerberInnen hat. Darüber hinaus ließen sich ebenfalls keine eindeutigen Aussagen zu den Charakteristika der AsylwerberInnen-Gruppe treffen.

Durch die Gespräche mit ExpertInnen ergab sich außerdem noch eine mögliche Relevanz weiterer Einflussfaktoren. So seien etwa die Vorbildwirkung einer unterbringenden Gemeinde sowie eine Schulung der QuartiergeberInnen relevante Einflussfaktoren auf aufnehmendes Verhalten. Auch MeinungsmacherInnen, das sind zentrale politische AkteurInnen und Medien, können beeinflussende Faktoren sein.

Die anscheinend wichtigsten Einflussfaktoren für aufnehmendes Verhalten gegenüber AsylwerberInnen sind nach den Ergebnissen dieser Arbeit sowohl Informationsmaßnahmen als auch Begegnungsmöglichkeiten. Doch nicht sie alleine beeinflussen Verhalten. Heaven Crawley beschreibt sehr gut, was sich auch im Rahmen dieser Arbeit herausgestellt hat:

„The factors influencing attitudes towards asylum and immigration are highly complex and frequently inter-connected. One of the difficulties in unpicking attitudes to any issue, is that these often reflects [sic!] an individual's broader 'world view' which develops over time and is based on a whole range of factors in addition to those which are immediate or obvious.“ (Crawley, 2005, 13)

Einflussfaktoren sind demnach äußerst komplex und häufig miteinander verwoben. Einstellungen zu einem spezifischen Thema getrennt zu betrachten

gestaltet sich schwierig, da diese oft das breitere Weltbild einer Person widerspiegeln, das sich im Laufe der Zeit entwickelt hat und welches auf einer ganzen Reihe von Faktoren, zusätzlich zu jenen, die unmittelbar im Blickpunkt stehen, basiert.

Es zeigte sich in der vergleichenden Untersuchung, dass vor allem strukturelle Rahmenbedingungen der Unterbringung in den vier Gemeinden einen zentralen Einfluss auf Verhalten haben. Es würde sich daher für AkteurInnen der Politik und der Verwaltung anbieten, an diesen Rahmenbedingungen anzuknüpfen und aufnehmendes Verhalten dadurch zu fördern.

Interviewverzeichnis

Die Interviewtranskripte und -protokolle sowie die Protokolle der telefonischen Anfragen befinden sich in Privatbesitz der Autorin. Bei Bedarf können diese per E-Mail an sabrina.fichtinger@gmx.at angefordert werden.

Interview 1: *DSA Gerlinde Hörl*, Heimleiterin Puch/Hallein,
Caritas Salzburg, 6.8.2010, 60 Min., persönliches Interview

Interview 2: *Bgm. Christian Kogler*, Bürgermeister Puchenstuben,
6.8.2010, 30 Min., telefonisches Interview

Interview 3: *DI Wolfgang Fanninger*, ehem. Bürgermeister St. Michael/Lungau,
12.8.2010, 30 Min., telefonisches Interview

Interview 4: *Ewa Chilinska-Baftija*, Wirtin Gasthof Durigon,
7.8.2010, 45 Min., persönliches Interview

Telefonische Anfrage 1: *Gemeindeamt Puchenstuben*, 5.8.2010

Telefonische Anfrage 2: *Gemeindeamt Ramingstein*, 5.8.2010

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Bieringer, Ingo (2008):** „Weil sie da einfach kein Sein nicht haben“: Anmerkungen zur Schließung des Quartiers für AsylwerberInnen in Ramingstein. In Menschenrechtsbericht 2008 (URL: <http://www.menschenrechte-salzburg.at/fileadmin/menschenrechte/user/mr-berichte/MR-Bericht.2008.pdf>) – Zugriff am 02.08.2010, 17–19
- Bischof, Karin (2007):** NÖ-Studie: Zusammenleben am Prüfstand. In **Janda, Alexander (Hrsg.):** Integration im Fokus. Band 3, Wien (URL: http://www.integrationsfonds.at/fileadmin/Integrationsfond/5_wissen/5.2_integration_im_fokus/2007_03/fokus_200703_web.pdf) – Zugriff am 09.06.2010, 28–29
- Bretschneider, Rudolf (2007):** Wir und die Anderen. In **Janda, Alexander (Hrsg.):** Integration im Fokus. Band 3, Wien (URL: http://integrationsfonds.at/fileadmin/Integrationsfond/5_wissen/5.2_integration_im_fokus/2007_03/fokus_200703_web.pdf) – Zugriff am 06.07.2010, 21–25
- Brunner, Karl-Michael et al. (1998):** Flüchtlingsintegration in Kleingemeinden: Forschungsnotiz. Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Nr. 1, 73–81
- Brunner, Karl-Michael et al. (o.J):** Flüchtlingsaufnahme in Kleingemeinden. (URL: http://www.wu.ac.at/sozio/institut/person_detail/lueger_hp/migration) – Zugriff am 20.01.2010
- Bundesministerium für Inneres (2009):** Asylstatistik 2009. (URL: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/statistik/files/Asyl_Jahresstatistik_2009.pdf) – Zugriff am 06.05.2010

- Bundesministerium für Inneres (o.J.a):** Asylwesen - Integration. [〈URL: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/integration/start.aspx〉](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/integration/start.aspx) – Zugriff am 17.06.2010
- Bundesministerium für Inneres (o.J.b):** Erstaufnahmestelle Süd - eine Chance für Ihre Gemeinde! [〈URL: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Service/EAST_Broschuere.pdf〉](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Service/EAST_Broschuere.pdf) – Zugriff am 20.07.2010
- Büttner, Christian/Meyer, Berthold (Hrsg.) (2001):** Integration durch Partizipation: "Ausländische Mitbürger" in demokratischen Gesellschaften. Frankfurt/Main: Campus Verlag [〈URL: http://books.google.at/books?id=VSY5jUdVIbQC&printsec=frontcover#v=onepage&q&f=false〉](http://books.google.at/books?id=VSY5jUdVIbQC&printsec=frontcover#v=onepage&q&f=false) – Zugriff am 27.05.2010
- Caritas Salzburg (2004):** Jahresbericht 2004. [〈URL: http://www.kirchen.net/upload/12061_S-JB%20Caritas%20Salzburg%202004%20Endversion.pdf〉](http://www.kirchen.net/upload/12061_S-JB%20Caritas%20Salzburg%202004%20Endversion.pdf) – Zugriff am 25.07.2010
- Caritas Salzburg (2006):** Statistik 2006 - Jägerwirt Puch.
- Crawley, Heaven (2005):** Evidence on Attitudes to Asylum and Immigration: What We Know, Don't Know and Need to Know. [〈URL: http://www.compas.ox.ac.uk/fileadmin/files/pdfs/Heaven%20Crawley%20WP0523.pdf〉](http://www.compas.ox.ac.uk/fileadmin/files/pdfs/Heaven%20Crawley%20WP0523.pdf) – Zugriff am 02.08.2010
- Crawley, Heaven (2009):** Understanding and Changing Public Attitudes: A Review of Existing Evidence from Public Information and Communication Campaigns: Executive Summary. [〈URL: http://www.google.at/url?sa=t&source=web&cd=10&ved=OCFYQFjAJ&url=http%3A%2F%2Fwww.phf.org.uk%2Ftrackdoc.asp%3Fid%3D257%26page%3D11&rct=j&q=negative+attitudes+asylum+age&ei=9JYoTOfuPIaoOPGJ1NOC&usg=AFQjCNGpy2WXP9ypopy_8rPMD1ylatzexg〉](http://www.google.at/url?sa=t&source=web&cd=10&ved=OCFYQFjAJ&url=http%3A%2F%2Fwww.phf.org.uk%2Ftrackdoc.asp%3Fid%3D257%26page%3D11&rct=j&q=negative+attitudes+asylum+age&ei=9JYoTOfuPIaoOPGJ1NOC&usg=AFQjCNGpy2WXP9ypopy_8rPMD1ylatzexg) – Zugriff am 28.06.2010
- Eggerth, Gerhard (2007):** Gemeinnützige Beschäftigung in den Regionen: Flüchtlinge arbeiten in Gemeinden mit. In **FluEqual - Salzburg integriert Flüchtlinge (Hrsg.):** Projekt-Manual. Salzburg [〈URL: http://www.fluequal.at/picture/upload/Projektmanual_FluEQUAL%283%29.pdf〉](http://www.fluequal.at/picture/upload/Projektmanual_FluEQUAL%283%29.pdf) – Zugriff am 06.07.2010, 42–44

- Fekter, Maria (2010):** Anfragebeantwortung durch die Bundesministerin für Inneres Mag. Dr. Maria Theresia Fekter zu der schriftlichen Anfrage (5436/J) der Abgeordneten Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend kriminelle Asylwerber. [URL: http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIV/AB/AB_00455/fname_149862.pdf](http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIV/AB/AB_00455/fname_149862.pdf) – Zugriff am 11.08.2010
- Finney, Nissa (2005):** Key issues: Public Opinion on Asylum and Refugee Issues: Briefing. [URL: http://www.icar.org.uk/download.php?id=263](http://www.icar.org.uk/download.php?id=263) – Zugriff am 20.01.2010
- FluEqual (2006):** Dialogprozesse Puch. [URL: http://fluequal.at/index.php?id=52,66,1,1,1,0](http://fluequal.at/index.php?id=52,66,1,1,1,0) – Zugriff am 28.07.2010
- Friesl, Christian/Polak, Regina/Hamachers-Zuba, Ursula (Hrsg.) (2009):** Die Österreicher /-innen: Wertewandel 1990-2008. Wien: Czernin Verlag
- Gachowetz, Iris (2005):** (N)irgendwo in Österreich: Eine sozialanthropologische Untersuchung des (Zusammen)lebens von AsylwerberInnen und Einheimischen in einer österreichischen Gemeinde. Jur. Diss., Universität Wien, Wien
- Grundversorgungsvereinbarung - Art. 15a B-VG:** Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde (Asylwerber, Asylberechtigte, Vertriebene und andere aus rechtlichen oder faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen) in Österreich: Österreichischer Nationalrat. [URL: http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2004_I_80/BGBLA_2004_I_80.pdf](http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2004_I_80/BGBLA_2004_I_80.pdf) – Zugriff am 19.07.2010
- Güngör, Kenan/Riepl, Edith (2008):** Zusammenleben und Integration in Gemeinden. In **Österreichischer Städtebund (Hrsg.):** Österreichische Gemeinde-Zeitung. 11., 18–19
- Haller, Birgitt/Feistritzer, Gert (2001):** Wie ist die Haltung der Exekutive zu Fremden in Österreich und wie geht sie mit ihnen um? Endbericht. Wien

- Hewstone, Miles (2004):** Neuere Forschungen über Intergruppenkonflikte: Konsequenzen für den Umgang mit Migration und Integration. Berlin
⟨URL: <http://skylla.wzb.eu/pdf/2004/iv04-601.pdf>⟩ – Zugriff am 20.01.2010
- Institut für Deutsche Gebärdensprache und Kommunikation Gehörloser (o.J.):** Psychologie-Fachgebärdenlexikon: Verhalten. ⟨URL: <http://www.sign-lang.uni-hamburg.de/projekte/plex/plex/lemmata/v-lemma/verhal00.htm>⟩ – Zugriff am 27.07.2010
- Jahn, Detlef (2006):** Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Janda, Alexander/Wolf-Maier, Franz (2007):** Integration braucht Kommunikation. In **Janda, Alexander (Hrsg.):** Integration im Fokus. Band 3, Wien ⟨URL: http://integrationsfonds.at/fileadmin/Integrationsfond/5_wissen/5.2_integration_im_fokus/2007_03/fokus_200703_web.pdf⟩ – Zugriff am 06.07.2010, 4–5
- Koordinationsstelle für Ausländerfragen beim Amt der NÖ Landesregierung (o.J.):** Grundversorgung in Niederösterreich für Asylwerber und andere nicht abschiebbare Fremde. ⟨URL: <http://www.noe.gv.at/bilder/d29/Englisch.pdf>⟩ – Zugriff am 02.08.2010
- Kremla, Andreas (15.10.2004):** Report: Flucht nach Puchenstuben. wienweb.at, 2004 ⟨URL: <http://www.hochzeitinwien.at/content.aspx?menu=1&cid=74514>⟩ – Zugriff am 29.07.2010
- Langthaler, Herbert (2009):** Tschetschenische Fluchtmigration nach Österreich - ein Überblick. In **Schinnerl, Herwig/Schmidinger, Thomas (Hrsg.):** Dem Krieg entkommen? Wiener Neustadt: Verein Alltag Verlag
- Langthaler, Herbert/Trauner, Helene (2009):** Das österreichische Asylregime unter besonderer Berücksichtigung der Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen. SWS-Rundschau 49, Nr. 4
- Liebing, Ursula/Reichl, Angelika (2007a):** Dialogprozesse zur Förderung von Integration. In **FluEqual - Salzburg integriert Flüchtlinge (Hrsg.):** Projekt-Manual. Salzburg ⟨URL: <http://fluequal.at/>⟩

picture/upload/Projektmanual_FluEQUAL%283%29.pdf) – Zugriff am 25.07.2010, 57–60

Liebing, Ursula/Reichl, Angelika (2007b): Die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in Gemeinden. In **FluEqual - Salzburg integriert Flüchtlinge (Hrsg.):** Projekt-Manual. Salzburg (URL: http://www.fluequal.at/picture/upload/Projektmanual_FluEQUAL%283%29.pdf) – Zugriff am 06.07.2010, 53–57

Marktgemeinde St. Michael (2004): Gemeindenachricht Nr. 97 - August 2004. (URL: <http://www.sanktmichael.info/Gemeindenachricht97.pdf>) – Zugriff am 12.08.2010

Netzwerk Migration in Europa e.V. (2001): Europa: Einstellung gegenüber Minderheiten und Zuwanderern: Newsletter. (URL: http://www.migration-info.de/mub_artikel.php?Id=010306) – Zugriff am 20.01.2010

Obermayr, Bernhard (o.J.): Recherche des Zukunftszentrums zum Thema „Bildungsferne Gruppen“. (URL: http://www.tu-was.com/tuwas/bildungtirol/recherchen_zukunftszentrum/bildungsferne.pdf) – Zugriff am 03.08.2010

Österreichischer Gemeindebund (o.J.): Gemeinden: Zahlen und Fakten. (URL: <http://www.gemeindebund.at/content.php?m=2&sm=5>) – Zugriff am 16.07.2010

Pedersen, Anne/Attwell, Jon/Heveli, Diana (o.J.): Let them stay or send them away? A paper about attitudes to asylum seekers. (URL: <http://www.safecom.org.au/pedersen.htm>) – Zugriff am 20.01.2010

Salzburger Fenster: Jägerwirt lud zum Dankefest in Pucher Flüchtlingsquartier. Salzburger Fenster, Nr. 28/05 (URL: http://www.salzburger-fenster.at/rubrik/lokales/2805/jaegerwirt-lud-zum-dankefest-in-pucher_1463.html) – Zugriff am 25.07.2010

Schäfer, Roland (2006): Integration beginnt vor Ort: Rolle von Städten und Gemeinden in der Integrationspolitik. Stadt und Gemeinde interaktiv, Nr. 9, 347–350

- Schrader, Lutz (2007):** Was ist ein Konflikt? (URL: http://www.bpb.de/themen/V24LGM,0,Was_ist_ein_Konflikt.html) – Zugriff am 20.09.2010
- St. Michael im Lungau (2004):** St. Michael informativ: Ein Service der Marktgemeinde, der Wirtschaft & des Tourismusverbandes St. Michael im Lungau. (URL: http://www.stmichael-lungau.at/36949_Eindrucke_NetAugust.pdf) – Zugriff am 12.08.2010
- Statistik Austria (2009a):** Probezählung 2006 - Bevölkerungsstand und -struktur 31.10.2006: Gemeinde Puch bei Hallein. (URL: <http://www.statistik.at/blickgem/pz2/g50209.pdf>) – Zugriff am 09.08.2010
- Statistik Austria (2009b):** Probezählung 2006 - Bevölkerungsstand und -struktur 31.10.2006: Gemeinde Ramingstein. (URL: <http://www.statistik.at/blickgem/pz2/g50506.pdf>) – Zugriff am 11.08.2010
- Statistik Austria (2009c):** Volkszählung vom 15. Mai 2001 - Demografische Daten: Gemeinde Puchenstuben. (URL: <http://www.statistik.at/blickgem/vz7/g32007.pdf>) – Zugriff am 11.08.2010
- Statistik Austria (2009d):** Volkszählung vom 15. Mai 2001 - Demografische Daten: Gemeinde St. Michael im Lungau. (URL: <http://www.statistik.at/blickgem/vz7/g50509.pdf>) – Zugriff am 12.08.2010
- Statistik Austria (2009e):** Volkszählung vom 15. Mai 2001 - Wohnbevölkerung nach Bildung; Familien und Haushalte: Gemeinde Puch bei Hallein. (URL: <http://www.statistik.at/blickgem/vz4/g50209.pdf>) – Zugriff am 09.08.2010
- Statistik Austria (2009f):** Volkszählung vom 15. Mai 2001 - Wohnbevölkerung nach Bildung; Familien und Haushalte: Gemeinde Ramingstein. (URL: <http://www.statistik.at/blickgem/vz4/g50506.pdf>) – Zugriff am 11.08.2010
- Statistik Austria (2009g):** Volkszählung vom 15. Mai 2001 - Wohnbevölkerung nach Bildung; Familien und Haushalte: Gemeinde St. Michael/Lungau. (URL: <http://www.statistik.at/blickgem/vz4/g50509.pdf>) – Zugriff am 12.08.2010

- Statistik Austria (2009h):** Volkszählung vom 15. Mai 2001 - Wohnbevölkerung nach Bildung; Familien und Haushalte: Gemeinde Puchenstuben. [〈URL: http://www.statistik.at/blickgem/vz4/g32007.pdf〉](http://www.statistik.at/blickgem/vz4/g32007.pdf) – Zugriff am 11.08.2010
- Stockner, Marlies (2007):** Ein Beispiel für gelebte Integration: Wagna. In **Janda, Alexander (Hrsg.):** Integration im Fokus. Band 3, Wien [〈URL: http://integrationsfonds.at/fileadmin/Integrationsfond/5_wissen/5.2_integration_im_fokus/2007_03/fokus_200703_web.pdf〉](http://integrationsfonds.at/fileadmin/Integrationsfond/5_wissen/5.2_integration_im_fokus/2007_03/fokus_200703_web.pdf) – Zugriff am 06.07.2010, 16–17
- Volkshilfe Österreich (2008):** Jahresbericht 2008. [〈URL: http://194.106.226.228/volk/customer/2/folder/12/Jahresbericht08_Volkshilfe.pdf〉](http://194.106.226.228/volk/customer/2/folder/12/Jahresbericht08_Volkshilfe.pdf) – Zugriff am 29.07.2010
- Wang, Yifan/Revelle, Rachel (o.J.):** Refugees and Asylum Seekers in Irish Society: Public Perception Survey: Report. [〈URL: http://www.spirasi.ie/2008/survey_report.pdf〉](http://www.spirasi.ie/2008/survey_report.pdf) – Zugriff am 20.07.2010
- Westman, Hanna (2006):** Konfliktodynamiken im Zuge der Unterbringung von AsylwerberInnen in Salzburger Gemeinden: Projektbericht. Salzburg [〈URL: http://www.friedensbuero.at/sys/upload/projektbericht_asyl_konfliktdynamiken.pdf〉](http://www.friedensbuero.at/sys/upload/projektbericht_asyl_konfliktdynamiken.pdf) – Zugriff am 16.07.2010
- Winkler, Jürgen R. (2003):** Ursachen fremdenfeindlicher Einstellungen in Westeuropa: Befunde einer international vergleichenden Studie. Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. B26, 33–38 [〈URL: http://www.bpb.de/files/Z0TwxB.pdf〉](http://www.bpb.de/files/Z0TwxB.pdf) – Zugriff am 28.06.2010

Kurzzusammenfassung

AsylwerberInnen, die in organisierten Grundversorgungsquartieren in kleinen österreichischen Gemeinden leben, erfahren häufig unterschiedliches Verhalten der dort ansässigen Mehrheitsbevölkerung. Dieses Verhalten kann den AsylwerberInnen gegenüber entweder aufnehmend oder ablehnend sein. Die zentrale Frage, die mit Hilfe der vorliegenden Arbeit beantwortet werden soll, lautet demnach: *Welche Faktoren beeinflussen aufnehmendes/ablehnendes Verhalten seitens der Mehrheitsbevölkerung gegenüber AsylwerberInnen in vier kleineren österreichischen Gemeinden?*

Anhand von Untersuchungen in vier kleineren österreichischen Gemeinden wurde mit Hilfe der vergleichenden empirischen Analyse überprüft, welche Faktoren einen relevanten Einfluss auf das Verhalten der Mehrheitsbevölkerung in jenen Gemeinden haben. Die Annahme von möglichen Einflussfaktoren umfasste sowohl strukturelle Rahmenbedingungen der Unterbringung als auch den Bildungsgrad der Mehrheitsbevölkerung sowie Charakteristika der AsylwerberInnen-Gruppe. Es zeigte sich, dass in den vier Gemeinden hauptsächlich strukturelle Rahmenbedingungen der Unterbringung, hier vor allem Informationsmaßnahmen und Begegnungsmöglichkeiten, aber auch der Status der QuartierbetreiberInnen und die Zahl der untergebrachten AsylwerberInnen, zentrale Einflussfaktoren auf Verhaltensweisen sind.

Abstract

Asylum seekers who live in small municipalities in a sheltered accommodation on the basis of the Austrian Grundversorgung (i.e. minimum rights and benefits during the asylum procedure), often experience different behavior of the local majority population. This behavior may vary from receiving to dismissive. Therefore this thesis asks which factors affect receiving/dismissive behavior towards asylum seekers in four small Austrian municipalities.

With the help of comparative empirical analysis it should be examined which factors have a relevant impact on the behavior of the majority population in those four small municipalities. The assumption of possible factors included both the structural framework of accommodation and the educational level of the majority population, as well as characteristics of the asylum seekers' group.

For the four examined municipalities it has been found that mainly factors concerning the structural framework of accommodation, especially the provision of information and contacts but also the status of accommodation providers and the number of housed asylum seekers, are central factors influencing behavior.

Curriculum Vitae

Persönliche Daten

Sabrina Fichtinger (sabrina.fichtinger@gmx.at)
geboren am 1. Dezember 1986 in Wien
Österreichische Staatsbürgerin

Ausbildung

10/2005 – 01/2011	Diplomstudium Politikwissenschaft, Universität Wien
10/2005 – 02/2008	Bakkalaureatsstudium Übersetzen/Dolmetschen
2000 – 2005	Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Berufe Wien XIX, Ausbildungsschwerpunkt Europa

Berufserfahrung

seit 05/2010	Projekt Europäische Identität didaktische Mitarbeiterin und Trainerin
2006 – 2009	Journalistinnenkongress Kongressbetreuung
01/2006 – 05/2008	Competence Circle Service GmbH Messehostess, Datenpflegerin, Bürohilfe

Forschungsschwerpunkte

Asylpolitik, Integration, Österreichische Politik, Politische Bildung, Deutsch als Fremd- und Zweitsprache

Publikationen

Fichtinger, Sabrina/Lanegger, Nicole/Pferschinger, Sigrid. Niederösterreich: Mehr als Traiskirchen. In: Rosenberger, Sieglinde (Hg.). Asylpolitik in Österreich – Unterbringung im Fokus, 2010, S. 223-241